



Rheinland-Pfalz


Statistische Monatshefte

Statistik
nutzen



10 | 2004

Statistisches Landesamt



Fotonachweis

Titelfoto: Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Rheinland-pfälzische Hochschulen bieten ein breites Ausbildungsspektrum, das auch Bachelor- und Masterstudiengänge umfasst.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	357
Der Trend bei den Hochschulen geht zu Bachelor- und Masterstudiengängen	363
Verschuldung der Kommunen 2003	370
Rekordernte von Getreide und Winterraps 2004	378
STATSPEZ – der einfachere Weg zu einer statistischen Tabelle	382
Daten zur Konjunktur	389
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	411
Neuerscheinungen	421

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

- 0 Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
- nichts vorhanden
- . Zahl unbekannt oder geheim
- x Nachweis nicht sinnvoll
- ... Zahl fällt später an
- / keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher

- D Durchschnitt
- p vorläufig
- r revidiert
- s geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Neuer Höchststand an Studierenden, aber weniger Studienanfänger als im Sommersemester 2003

Die Zahl der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen hat im Sommersemester 2004 mit gut 96 000 eine neue Rekordmarke erreicht; niemals zuvor waren in einem Sommersemester so viele Studentinnen und Studenten eingeschrieben. Rund zwei Drittel studierten an einer der vier Universitäten im Land, ein Drittel an den Fachhochschulen. Der Anteil der Studentinnen lag mit knapp 50% auf Vorjahresniveau, ebenso blieb der Ausländeranteil mit 11,6% unverändert.

An den Universitäten des Landes absolvierten im Sommersemester 2004 knapp 65 100 Personen ein Studium, fast 3 800 oder 6,1% mehr als im Jahr zuvor. Den größten Zuwachs mit über 2 500 Kommilitoninnen und

Kommilitonen (+7,9%) auf über 34 500 Studierende hatte die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz zu verzeichnen. Auch die Universität Koblenz-Landau erreichte bei einer Steigerung um 658 Studierende (+6,8%) einen neuen Höchststand mit über 10 300 Immatrikulierten.

Auch an den Fachhochschulen war der Studenten-Ansturm ungebrochen. Hier wurde eine Zunahme von 1 934 Immatrikulierten oder 7,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum registriert. Die höchsten Zuwächse wurden von den Fachhochschulen Kaiserslautern (+12%), Koblenz (+10,8%) und Trier (+10,3%) gemeldet.

Erstmals seit sieben Jahren ist allerdings die Zahl der Studienanfänger wieder rückläufig – dies, obwohl die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung noch im

Ansteigen begriffen ist. Nachdem im Sommersemester 2003 mit 5 564 Ersteinschreibern die bisherige Höchstmarke verzeichnet werden konnte, immatrikulierten sich im Sommersemester 2004 nur 5 234 Erststudierende (–5,9%). Die Zahl der Fachstudienanfänger (Studierende im ersten Fachsemester eines Studiengangs) hatte sich demgegenüber auch im letzten Sommersemester weiter erhöht und mit 10 195 Personen (+12,6%) einen neuen Rekordwert erreicht. Die Tatsache, dass die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester die der Studienanfänger erheblich übersteigt, ist ein Hinweis darauf, dass sich auch im vergangenen Semester viele Studentinnen und Studenten für einen Wechsel des Studiengangs entschieden haben bzw. nach einer erfolgreich absolvierten Hochschulausbildung ihre Qualifikation durch Aufnahme eines weiteren Studiums erhöhen möchten.

Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Hochschule	Sommersemester 2004			Veränderung gegenüber dem Sommersemester 2003	
	insgesamt	darunter weiblich			
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	%
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	34 518	19 206	55,6	2 527	7,9
Universität Trier	12 244	6 881	56,2	477	4,1
Universität Koblenz-Landau	10 323	6 736	65,3	658	6,8
Universität Kaiserslautern	8 006	2 660	33,2	104	1,3
Fachhochschule Trier	5 215	1 888	36,2	488	10,3
Fachhochschule Koblenz	4 915	1 815	36,9	478	10,8
Fachhochschule Kaiserslautern	4 831	1 260	26,1	516	12,0
Fachhochschule Mainz	4 366	2 116	48,5	50	1,2
Fachhochschule Ludwigshafen	2 610	1 202	46,1	190	7,9
Fachhochschule Worms	2 523	1 280	50,7	84	3,4
Fachhochschule Bingen	1 943	470	24,2	141	7,8
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	1 462	586	40,1	81	5,9
Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen	634	474	74,8	- 8	-1,2
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	569	280	49,2	- 3	-0,5
Katholische Fachhochschule Mainz	506	388	76,7	- 5	-1,0
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Vallendar	447	78	17,4	11	2,5
Fachhochschule für Finanzen Edenkoben	373	211	56,6	22	6,3
Theologische Fakultät Trier	304	158	52,0	37	13,9
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	218	110	50,5	- 74	-25,3
Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar	91	18	19,8	- 33	-26,6
Insgesamt	96 098	47 817	49,8	5 741	6,4

Durchschnittlich 16 050 Euro pro Kopf zum Ausgeben und Sparen

Den Rheinland-Pfälzern stand im Jahr 2002 durchschnittlich ein Einkommen von 16 050 Euro für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung. Das waren 94 Euro mehr als im Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt lag das Pro-Kopf-Einkommen mit gut 16 550 Euro etwas höher, jedoch war hier der Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 47 Euro nur halb so stark.

Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag im Durchschnitt der kreisfreien Städte nur geringfügig über dem in den Landkreisen. Zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken ergaben sich allerdings erhebliche Unterschiede: So stand den Einwoh-

nern im Landkreis Bitburg-Prüm mit 13 510 Euro nur gut 74% des Einkommens der Einwohner des Rhein-Pfalz-Kreises (rund 18 190 Euro) zur Verfügung.

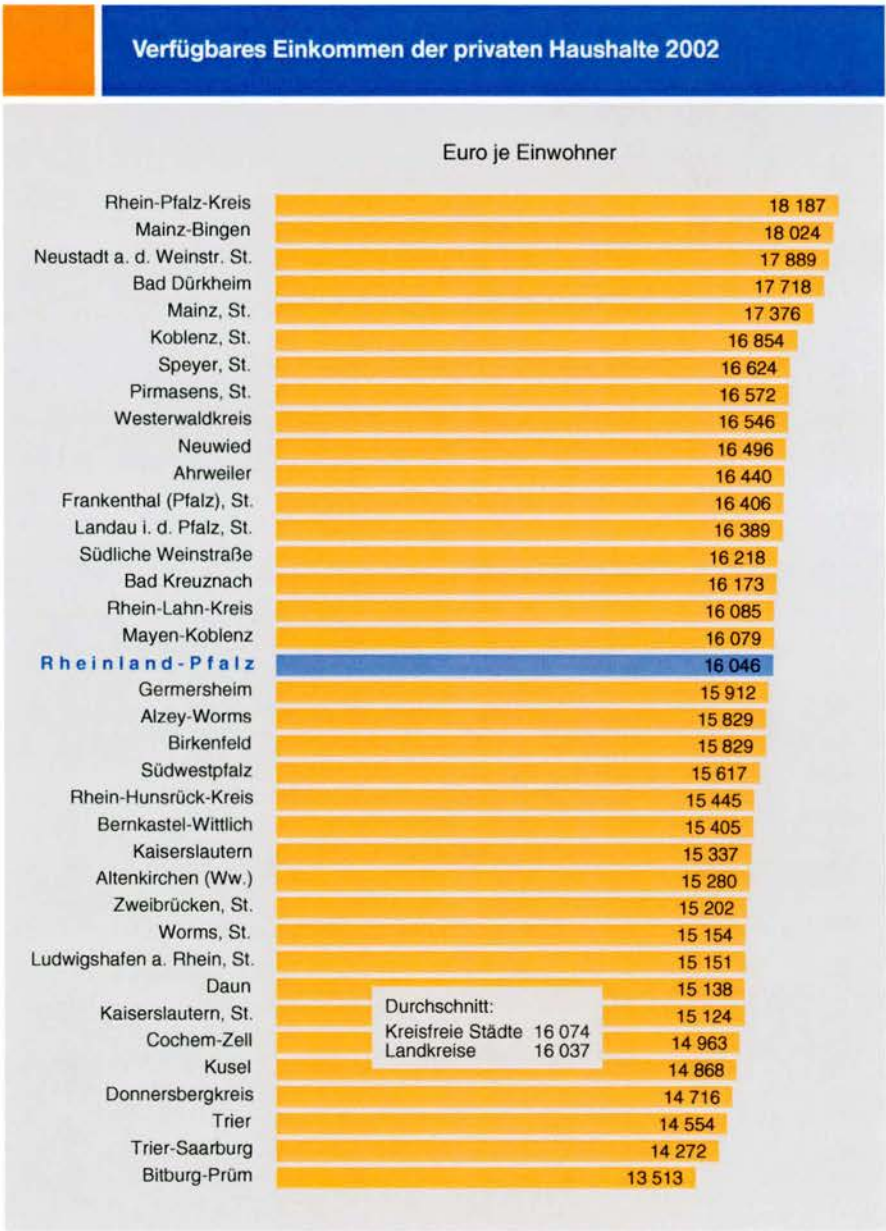
Insgesamt betrug das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz rund 65 Mrd. Euro – rund 30% mehr als im Jahr 1992. Da

im gleichen Zeitraum auch die Einwohnerzahl gewachsen ist, fiel der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens mit knapp 23% etwas geringer aus. Am stärksten hat sich das Einkommen je Einwohner in diesen zehn Jahren im Kreis Bernkastel-Wittlich erhöht, wohingegen das Pro-Kopf-Einkommen in Worms unterdurchschnittlich zunahm.

Info

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte beinhaltet sämtliche empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen einschließlich der empfangenen Übertragungen (wie Renten, Arbeitslosengeld usw.) und abzüglich der geleisteten Übertragungen (vor allem direkte Steuern und Sozialbeiträge). Damit entspricht das verfügbare Einkommen dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse sind in dem Statistischen Bericht „Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2002“ (Bestellnummer P 1053) veröffentlicht.



Gesellen verdienten im Mai 12,74 Euro brutto je Stunde

Die Gesellen in zehn ausgewählten Gewerben des rheinland-pfälzischen Handwerks verdienten im Mai 2004 mit durchschnittlich 12,74 Euro brutto je Stunde 1,4% mehr als im Mai 2003. Dieser Verdienstzuwachs liegt im Mittel der vergangenen fünf Jahre. Bei einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Handwerksgesellen von 39,4 bezahlten Stunden ergibt sich ein Bruttomonatslohn von 2 182 Euro.

Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes zeigen, dass die Verdienste aufgrund der Steuerreform 2004 netto stärker gestiegen sind als brutto. Ein durchschnittlich verdienender lediger Handwerksgeselle (Steuerklasse I) hatte im Mai 2004 mit

1 358 Euro netto 3,5% mehr als im Vorjahr. Die Abzüge für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge lagen damit bei knapp 38% vom Bruttolohn. Einem verheirateten Gesellen mit Steuerklasse III (für die Ehefrau wurde keine Lohnsteuerkarte oder eine mit der höchsten Steuerklasse V ausgestellt) blieben 1 643 Euro netto übrig, das waren 3,2% mehr als im Mai 2003. In diesem Fall erreichten die Abzüge rund ein Viertel vom Bruttolohn. Bei unveränderten Steuersätzen hätte der Nettolohnzuwachs in beiden Fällen lediglich 1% betragen.

Wie in den Jahren zuvor zahlten von den zehn ausgewählten Gewerben die Maler und Lackierer ihren Gesellen mit durchschnittlich 13,40 Euro die höchsten Bruttostundenlöhne. Die Fleischer- und Bäckerge-sellen lagen mit einem Stundenverdienst von 12,12 Euro bzw. 12,18 Euro am Ende der Verdienstska-la.

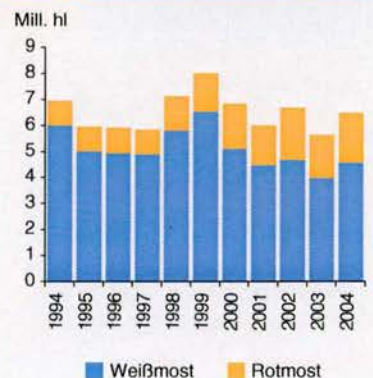
Bruttostundenlohn der männlichen Handwerksgesellen im Mai 2004



Weinmosternte 2004 wieder über 6 Mill. hl

Aus der diesjährigen Weinlese werden 6,4 Mill. hl Weinmost erwartet. Mit dieser gegenüber dem Vorjahr rund 15% höheren Menge, rechnen die Ernteberichterstatler des Statistischen

Weinmosternte 1994-2004



Landesamtes Rheinland-Pfalz für den neuen Weinjahrgang. Was die Menge anbelangt, wird die Weinmosternte 2004 damit durchschnittlich ausfallen, ähnlich hoch wie zuletzt vor zwei Jahren oder im Jahr 2000.

Dieser ersten landesweiten Ertrags-schätzung zufolge werden die Weißweinrebsorten rund 4,6 Mill. hl (Vorjahr: 4,0), die Rotweinsorten gut 1,8 Mill. hl (Vorjahr: 1,6) erbringen.

Ein so gutes und früh vollreifes Lese-material wie 2003 wird es in diesem Jahr allerdings nicht geben; dazu ist das Rebenwachstum nicht optimal verlaufen. Auf Spätfröste Ende Mai, die vor allem die südlichen Anbaugelände heimsuchten, folgte eine zöger-

liche Blüte mit unterschiedlichem Ansatz der Trauben. Ab Juni traten lokale Unwetter mit Hagel häufiger als sonst auf, besonders in der Pfalz und an der Nahe. Bei der oft feuchtwarmen Witterung im Hochsommer sorgten die Schädlinge für erhöhten Befallsdruck in den Rebanlagen. Hinzu kamen bislang unbekannte Krankheiten wie die Schwarzfäule, die gebietsweise (Mosel-Saar-Ruwer, Mittelrhein) eskalierte. In der zweiten Augushälfte schließlich geriet die Reifeentwicklung der Beeren während einer längeren Regenphase ins Stocken.

Adoptionen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz weiter rückläufig

Die Zahl der Adoptionen in Rheinland-Pfalz ging in den letzten Jahren stetig zurück. Seit 1995 ist die Zahl der Adoptionen um 40% gesunken. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 279 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren adoptiert. Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von über 5% an den Adoptionen in Deutschland an sechster Stelle. Unter den Adoptivkindern waren 126 Mädchen und 153 Jungen. 28% der Kinder hatten das dritte Lebensjahr noch nicht erreicht.

65% der im Jahr 2003 adoptierten Kinder und Jugendlichen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Von den 98 adoptierten ausländischen Minderjährigen kam fast jedes vierte Kind aus dem asiatischen Raum.

Auch die Zahl der Adoptionsbewerbungen ging zurück: Seit 1999 melden sich jedes Jahr weniger Paare bei den Vermittlungsstellen. Zuletzt sank die Zahl um 21%. Im Schnitt kommen 23 Bewerber auf ein für die Adoption vorgemerktetes Kind.

Bundesweit gesehen ist die Zahl der Adoptionen ebenfalls rückläufig: 5 330 Kinder und Jugendliche wurden im Jahr 2003 adoptiert, das sind 6% weniger als ein Jahr zuvor.

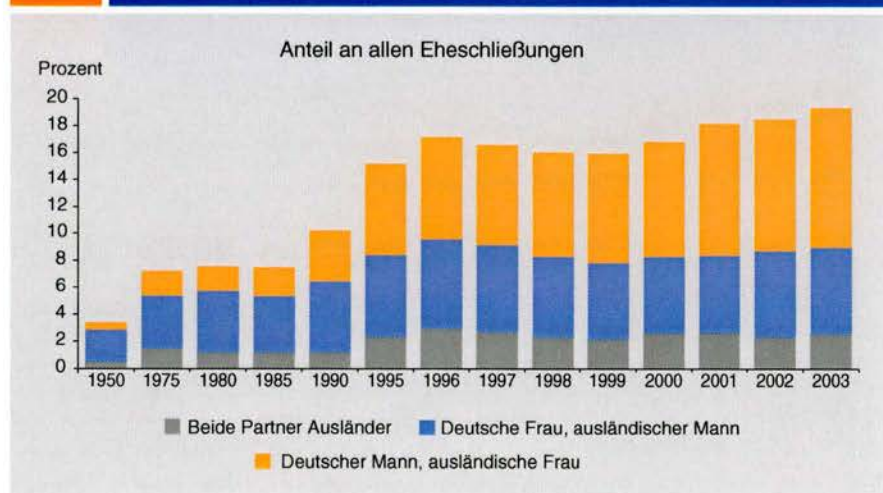
Immer weniger entscheiden sich zu heiraten

Immer weniger Paare treten vor den Traualtar. Die Zahl der Eheschließungen hat in Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 einen neuen Tiefstand erreicht. 20 123 Paare gaben sich das Ja-Wort, das waren fast 700 weniger als im Jahr zuvor und rund 500 weniger als der bisherige Tiefstand aus dem Jahr 2001.

Ein Grund für die sinkende Zahl an Eheschließungen ist die demographische Entwicklung: Es gibt weniger Frauen und Männer im „heiratsfähigen“ Alter. Außerdem sinkt aber auch generell die Bereitschaft, den „Bund fürs Leben“ einzugehen. Das zeigt der Blick auf den Anteil der 35- bis 40-Jährigen, die nicht verheiratet sind und auch nie verheiratet waren. Der Anteil lag bei den Männern im Jahr 1993 bei 18% und ist bis 2003 auf 30,5% gestiegen. Bei den Frauen hat es eine Zunahme der Ledigen in dieser Altersgruppe von 9% im Jahr 1993 auf 16,8% im Jahr 2003 gegeben.

Immer häufiger wird „international“ geheiratet. 3 462mal wurde der Bund fürs Leben im vergangenen Jahr zwischen Deutschen und Ausländern geschlossen, das waren 17,2% aller neuen Ehen. 1 321mal gaben deutsche Frauen ausländischen Männern das Ja-Wort, 2 141 deutsche Männer heirateten ausländische Frauen. Die

Eheschließungen mit ausländischen Partnern 1950 bis 2003



Männer bevorzugten Partnerinnen aus Polen, Thailand und Russland, deutsche Frauen schlossen die meisten „gemischten“ Ehen mit Männern aus der Türkei, den USA und aus Serbien und Montenegro. Bei 534 im Jahr 2003 geschlossenen Ehen hatten sowohl Braut als auch Bräutigam keinen deutschen Pass.

Auch bundesweit hat es im vergangenen Jahr so wenige Eheschließungen gegeben wie noch nie. Laut Statistischem Bundesamt heirateten 382 900 Paare, das waren rund 9 000 weniger als im Jahr 2002 und fast 6 700 weniger als im Jahr 2001, das bisher auch in ganz Deutschland das Jahr mit den wenigsten Hochzeiten gewesen war.

In den ersten sieben Monaten kamen mehr Touristen ins Land
Im Juli Plus bei den Gästen, aber Minus bei den Übernachtungen

Die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe registrierten im Zeitraum von Januar bis Juli 2004 mehr als 3,8 Mill. Gäste. Das waren 3,9% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen lag bei 11,2 Mill. und damit um 0,5% höher als in den Monaten Januar bis Juli 2003.

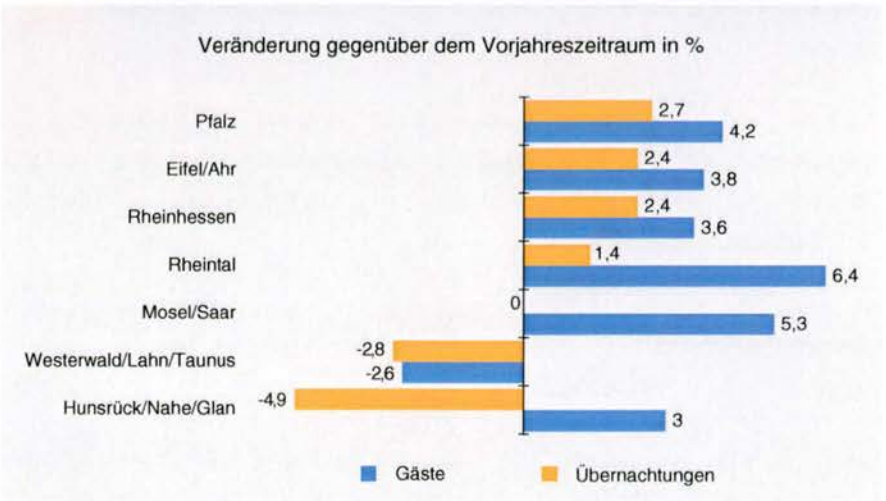
Mit Ausnahme der Region Westerwald/Lahn/Taunus stiegen die Gästezahlen in allen Fremdenverkehrsgebieten des Landes. Im Rheintal, in Rheinhessen, in der Pfalz sowie in der Region Eifel/Ahr konnte die größere

Gäste und Übernachtungen im Tourismus von Januar bis Juli 2004¹⁾

Herkunft der Gäste Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	3 829 872	3,9	11 209 887	0,5
aus Deutschland	3 021 031	3,2	8 903 775	0,3
aus dem Ausland	808 841	6,7	2 306 112	1,2
nach Fremdenverkehrsgebieten				
Pfalz	823 572	4,2	2 206 519	2,7
Eifel/Ahr	684 348	3,8	2 383 301	2,4
Rheinhessen	374 977	3,6	674 506	2,4
Rheintal	455 507	6,4	1 053 110	1,4
Mosel/Saar	859 905	5,3	2 745 151	0,0
Westerwald/Lahn/Taunus	287 300	-2,6	898 087	-2,8
Hunsrück/Nahe/Glan	344 263	3,0	1 249 213	-4,9
nach Betriebsarten				
Hotels	2 013 470	5,8	4 166 731	5,0
Hotels garnis	251 052	6,7	529 495	3,9
Jugendherbergen u. Ä.	311 086	4,7	695 526	3,3
Privatquartiere ²⁾	317 952	0,1	1 430 056	0,1
Pensionen	149 365	4,4	463 470	-0,5
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	249 112	-0,9	778 057	-2,2
Gasthöfe	166 904	1,4	430 475	-3,6
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	312 175	0,2	1 458 851	-4,1
Vorsorge- u. Rehabilitationskliniken	58 756	-5,4	1 257 226	-6,8

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Neben Privatquartieren mit weniger als 9 Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Betten berücksichtigt.

Gäste und Übernachtungen im Tourismus von Januar bis Juli 2004



Nachfrage auch in mehr Übernachtungen umgesetzt werden. In der Region Mosel/Saar nahm die Gästezahl zwar zu, das Übernachtungsvolumen blieb jedoch konstant. In den Reisegebieten Hunsrück/Nahe/Glan und Westerwald/Lahn/Taunus gingen die Übernachtungszahlen zurück.

Vom Gästeplus profitierten fast alle Betriebsarten. Rückgänge sowohl bei

den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen waren bei Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie bei Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zu verzeichnen. Nennenswerte Zunahmen an Übernachtungen verbuchten Hotels, Hotels garnis sowie Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen. Auch die rheinland-pfälzischen Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbe-

triebe freuten sich über ein leichtes Übernachtungsplus. Rückgänge verzeichneten Gasthöfe, Pensionen sowie Ferienzentren- und Ferienhäuser.

Der Ferienmonat Juli bescherte den Beherbergungsbetrieben zwar knapp 750 000 Gäste, 3,3% mehr als ein Jahr zuvor, die Zahl der Übernachtungen lag mit knapp 2,4 Mill. jedoch um 1,9% unter der von Juli 2003.

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern zu Gast: Entlastung der Wirtschaft und nutzerorientiertes Datenangebot

Zentrale Punkte der Reform der amtlichen Statistik, wie die Entlastung der Wirtschaft von Auskunftspflichten, der Einsatz moderner Kommunikationstechnik sowie ein nutzerorientiertes Datenangebot beispielsweise für die Industrie- und Handelskammern, standen im Mittelpunkt eines Grundsatzgesprächs, das die Hauptgeschäftsführer der IHK für Rheinhessen, Richard Patzke, und der IHK Trier, Arne Rössel, im Statistischen Landesamt in Bad Ems führten. Präsident Jörg Berres erläuterte den Kammervetretern, die auch für die Arbeitsgemeinschaft der vier rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern sprachen, zunächst die wesentlichen Ziele des Masterplanes zur Reform der amtlichen Statistik, der die weitere Optimierung der Zusammenarbeit aller statistischen Landesämter bei Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der Statistik vorantreibt. Dabei lassen sich sowohl für auskunftspflichtige Betriebe als Datenlieferanten als auch für die zahlreichen Datennutzer amtlicher Wirtschaftsstatistiken nachhaltige Verbesserungen erzielen.

Von besonderer Bedeutung ist die Entlastung der berichtspflichtigen Betriebe von administrativen Aufgaben, die unter anderem durch die Streichung, Kürzung oder Verschiebung von Erhebungen, die Minimierung von Stichproben und die bessere Nutzung bereits vorhandener Verwaltungsdaten erreicht werden soll. Hier, wie auch beim Einsatz des Internets als Übertragungsweg, sind Fortschritte zu verbuchen und es lässt sich viel Aufwand und Zeit sparen. „Statistik online“, das Verfahren zur Übermittlung von Daten via Internet, ist seit seiner Einführung Anfang 2003 auf 14 Statistiken ausgeweitet worden und wird von den Unternehmen immer besser angenommen.

Präsident Jörg Berres machte deutlich, dass die durch die Umsetzung des Masterplans frei werdenden Ressourcen gebraucht werden, um neue Anforderungen meistern zu können, die sich etwa aus dem Aufbau und der Führung des statistikübergreifenden Unternehmensregisters oder einer verbesserten Verwaltungsdatennutzung auch zum Zweck der Konjunkturbeobachtung ergeben.

Statistik, so stellten die Hauptgeschäftsführer fest, darf kein Selbstzweck sein. Sie muss den Nutzern aufgrund des nachhaltigen Datenbedarfs so passgenau wie möglich angeboten werden. Mit der Neugestaltung von Publikationen, einem in Arbeit befindlichen verbesserten Internetauftritt und der Möglichkeit, den wichtigen Konsumenten das benutzerfreundliche Landesinformationssystem des Statistischen Landesamtes zugänglich zu machen, will Berres auch Adressaten wie die Industrie- und Handelskammern noch besser erreichen. Er bat die Hauptgeschäftsführer darum, ihre Wünsche an die Statistikprodukte zu formulieren und so Anregungen für eine weitere Optimierung zu geben.

Der Trend bei den Hochschulen geht zu Bachelor- und Masterstudiengängen

Von Hans-Jürgen Weber



Seit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) im Jahr 1998 besteht an deutschen Hochschulen die Möglichkeit, Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten. Entsprechende Regelungen hierfür wurden auch in das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz (HochSchG) aufgenommen. Mit der Etablierung dieser gestuften Studiengänge angelsächsischer Prägung verbindet sich die Erwartung einer stärkeren Internationalisierung der Ausbildung. Sie sind damit ein zentraler Baustein des angestrebten Europäischen Hochschulraums, der bis zum Jahr 2010 entsprechend den Zielsetzungen der Bologna-Konferenz geschaffen und eine grenzüberschreitende Ausbildung ohne bürokratische Hürden ermöglichen soll.

Studienstrukturreform beabsichtigt eine stärkere Internationalisierung der Ausbildung

Die Studienstrukturreform zielt darauf, die Internationalität der Universitäten und Fachhochschulen zu stärken, die Mobilität der Studierenden zu erhöhen und die weltweite Akzeptanz der in Deutschland erworbenen Hochschulabschlüsse zu sichern. Die Kultusministerkonferenz hat mit Beschluss vom 12. Juni 2003 ein zehn Punkte umfassendes Thesenpapier zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland erarbeitet. Hiernach soll der Bachelorgrad künftig zum Regelabschluss eines Hochschulstudiums in Deutschland werden. Ein Bachelorstudium ermöglicht schon nach drei- bis vierjähriger Ausbildungsdauer einen qualifizierten Berufseinstieg.

Bachelor künftig Regelabschluss eines Hochschulstudiums

Durch einen sich zeitlich direkt anschließenden weiterführenden Ausbildungsgang kann in der Regel eine Höherqualifizierung zum Master erreicht werden, wobei in diesem aufbauenden Studiengang die im Bachelorstudium erlangten Kenntnisse fachlich vertieft bzw. fächerübergreifend erweitert werden. Neben dieser konsekutiven Form kann der Mastertitel alternativ auch in einem Weiterbildungsstudium erlangt werden. Diese Ausbildungsform setzt allerdings eine berufspraktische Phase voraus. Die Regelstudienzeiten in Masterstudiengängen, die in beiden Ausgestaltungsformen zwingend auf einen ersten berufsqualifizierenden Hochschul- oder einen vergleichbaren Abschluss aufsetzen, liegen zwischen 1 und höchstens 2 Jahren. Bei konsekutiver Ausgestaltung in Verbindung mit einem Bachelorstudium ist die Gesamt-Regelstudienzeit auf höchstens

Höherqualifizierung durch Masterstudium

Statistischer Nachweis seit dem Wintersemester 1999/2000

5 Jahre festgelegt. Grundsätzlich müssen alle neuen Bachelor- und Masterstudiengänge neben einem staatlichen Genehmigungsverfahren auch ein qualitätssicherndes Akkreditierungsverfahren durchlaufen, in dem die Einhaltung länderübergreifend vereinbarter Standards durch eine unabhängige Agentur geprüft wird.

Ein gesonderter statistischer Nachweis der Ausbildungssituation in Studiengängen, die mit einem Bachelor- oder Mastergrad abschließen, wird in der Studenten- und Prüfungsstatistik bundesweit seit dem Wintersemester 1999/2000 geführt.

Anstieg der Studierendenzahlen

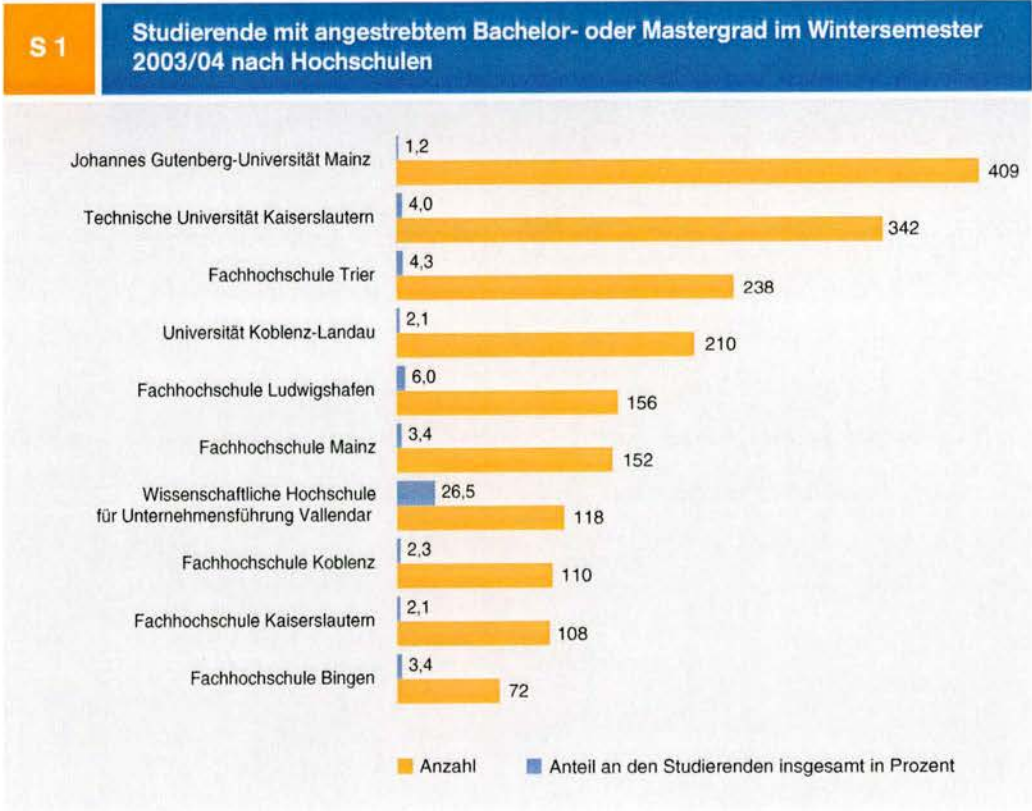
In den vergangenen Jahren wurden an den rheinland-pfälzischen Hochschulen insgesamt 36 Bachelor- und Masterstudiengänge eingerichtet; 15 Ausbildungsgänge, die zum Bachelor führen und 21 Masterstudiengänge, darunter 4 in konsekutiver Form. Eine Ausnahme von der gestuften Studienstruktur gibt es nur für den Studiengang Maschinenbau, der auch als grundständiger Masterstudiengang angeboten wird.

Seit dem Wintersemester 1999/2000 hat sich die Zahl der Studierenden in den an-

T 1 Im Wintersemester 2003/04 angebotene Bachelor- und Masterstudiengänge

Studiengang	Hochschule	Bachelor	Master		
		grundständiger	konsekutiver	Aufbau-/Weiterbildungs-	grundständiger
		Studiengang			
Allgemeiner Maschinenbau	FH Kaiserslautern	X			
Anglistik und Medienmanagement	U Koblenz-Landau	X			
Archäologie	U Mainz	X			
Bauschäden, Baumängel und Instandsetzungsplanung	FH Kaiserslautern			X	
Betriebswirtschaftslehre	WHU Vallendar			X	
Chemistry of Materials	U Mainz			X	
Electrical Engineering	TU Kaiserslautern			X	
Erwachsenenbildung	TU Kaiserslautern			X	
Fassadenkonstruktion	FH Koblenz		X		
Geoinformatik	FH Mainz			X	
Informatik	U Mainz	X			
	FH Trier	X	X		
Informationsmanagement	U Koblenz-Landau	X	X		
International Lean Manufacturing Consulting	FH Ludwigshafen			X	
Internationale Unternehmensberatung	FH Ludwigshafen			X	
Journalismus	U Mainz			X	
Maschinenbau	TU Kaiserslautern	X			
Maschinenbau (Integr. Studiengang)	FH Kaiserslautern				X ¹⁾
Master of Business Administration	U Mainz			X	
	FH Koblenz			X	
	FH Mainz			X	
Materialwissenschaften	TU Kaiserslautern			X	
Mathematik	TU Kaiserslautern	X			
Medienrecht	U Mainz			X	
Molekulare Biologie	U Mainz	X			
Musical Arts	U Mainz	X			
Prozesstechnik	FH Bingen	X			
Soziale Arbeit	FH Koblenz	X			
Systemingenieur	FH Kaiserslautern	X			
Technisches Gebäudemanagement	FH Mainz	X	X	X	
Virtual Design	FH Kaiserslautern	X			
Voice	U Mainz			X	

1) Dieser Studiengang bildet eine Ausnahme von der gestuften Studienstruktur.



gebotenen Ausbildungsgängen von 264 auf 1 915 im vergangenen Wintersemester mehr als versiebenfacht. Diese Zahlen beruhen einerseits auf einem Anstieg der Studierenden in den einzelnen Studiengängen, andererseits auf zwischenzeitlich neu angebotenen Studiengängen. So wurden im Wintersemester 2003/04 allein fünf neue Bachelor- und fünf neue Masterstudiengänge geschaffen, wodurch allein 434 Studierende hinzukamen.

ten, studierten 452 an wissenschaftlichen Hochschulen und 366 an Fachhochschulen. Auch wenn die Studierenden in diesen neuen Ausbildungsgängen im vergangenen Wintersemester erst rund 2% der Gesamtstudentenschaft stellten, so sind diese Studiengänge offensichtlich doch sehr gefragt. Die Einrichtung weiterer Studienmöglichkeiten ist an verschiedenen Hochschulen geplant, so dass die Zahl der Studierenden in diesem Bereich beständig steigen wird.

Mehrzahl der Studierenden strebte Mastertitel an

Die Mehrzahl der Studentinnen und Studenten, die im Wintersemester 2003/04 eingeschrieben waren (1 097), strebte einen Mastertitel an. Von diesen waren 627 an wissenschaftlichen Hochschulen und 470 an Fachhochschulen immatrikuliert. Von den 818 jungen Menschen, die ihre Ausbildung mit dem Bachelorgrad beschließen möch-

Über ein Fünftel der Betroffenen (409) war im Wintersemester 2003/04 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eingeschrieben. Es folgen die Technische Universität Kaiserslautern mit 342, die Fachhochschule Trier mit 238 und die Universität Koblenz-Landau mit 210 Personen.

T 2

Studierende, Studienanfänger und Absolventen in Bachelor- und Masterstudiengängen 2000-2003

Berichts- zeitraum	Bachelor- und Masterstudiengänge				Bachelorabschluss				Masterabschluss			
	insge- samt	männ- lich	weib- lich	Aus- länder	zusam- men	männ- lich	weib- lich	Aus- länder- anteil	zusam- men	männ- lich	weib- lich	Aus- länder- anteil
	Anzahl				%				Anzahl	%		

Studierende im Wintersemester

1999/2000	264	225	39	62	-	-	-	-	264	85,2	14,8	23,5
2000/2001	356	281	75	91	43	69,8	30,2	4,7	313	80,2	19,8	28,4
2001/2002	627	478	149	190	215	71,6	28,4	24,7	412	78,6	21,4	33,3
2002/2003	1 045	778	267	252	507	74,6	25,4	19,3	538	74,3	25,7	28,6
2003/2004	1 915	1 321	594	358	818	72,1	27,9	18,7	1 097	66,6	33,4	18,7

Studienanfänger im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester)

2000	78	51	27	47	22	54,5	45,5	4,5	56	69,6	30,4	82,1
2001	190	137	53	99	97	69,1	30,9	28,9	93	75,3	24,7	76,3
2002	299	216	83	86	237	72,6	27,4	14,3	62	71,0	29,0	83,9
2003	401	265	136	137	294	62,6	37,4	18,7	107	75,7	24,3	76,6

Absolventen im Prüfungsjahr (Sommer- und vorangegangenes Wintersemester)

2000	53	48	5	6	-	-	-	-	53	90,6	9,4	11,3
2001	69	64	5	16	-	-	-	-	69	92,8	7,2	23,2
2002	79	64	15	12	-	-	-	-	79	81,0	19,0	15,2
2003	172	132	40	68	7	71,4	28,6	-	165	77,0	23,0	41,2

Frauen unter-
repräsentiert

Sieben von zehn Studierenden waren Männer. Somit waren die Frauen in den angebotenen Ausbildungsgängen deutlich unterrepräsentiert. Das dürfte nicht zuletzt auf das bislang verfügbare Spektrum an Studienfächern zurückzuführen sein. Allerdings hat der Anteil der weiblichen Studierenden bei den Masterstudiengängen stetig zugenommen und liegt mittlerweile mit 33,4% höher als bei den Studienangeboten mit Bachelorabschluss. Auch der Anteil der Absolventinnen hat in den Prüfungsjahren 2002 und 2003 deutlich zugenommen.

Viele
ausländische
Studierende

Auf vergleichsweise große Resonanz stoßen die neuen Studiengänge bei ausländischen Studierenden. Von den 1 915 im Wintersemester 2003/04 eingeschriebenen Studierenden waren 358 oder knapp 19% aus-

ländische Staatsbürger; dies bei einem Ausländeranteil in der Gesamtstudentenschaft von 11,6%. Der Ausländeranteil war bei den Masterstudiengängen deutlich höher als bei den Bachelorstudiengängen. Aufgrund des zuletzt stärkeren Anstiegs deutscher Studentinnen und Studenten ging der Ausländeranteil insgesamt zurück.

Es entschlossen sich allerdings nur auffallend wenige Personen aus dem anglo-amerikanischen Raum, ein Bachelor- oder Masterstudium in Rheinland-Pfalz aufzunehmen. Aus den Vereinigten Staaten stammten 13 und aus dem Vereinigten Königreich 4 junge Menschen, hingegen kamen 67 aus China, 40 aus Indien sowie jeweils 24 aus der Schweiz und aus Bulgarien.

36% der Studierenden wählten mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer

Die Palette der an rheinland-pfälzischen Hochschulen angebotenen „internationalisierten“ Studiengänge reicht von der Archäologie über die Betriebswirtschaftslehre und die Mathematik bis zum Virtual Design.

Insgesamt konzentrierten sich die Immatrikulationen im Wintersemester 2003/2004

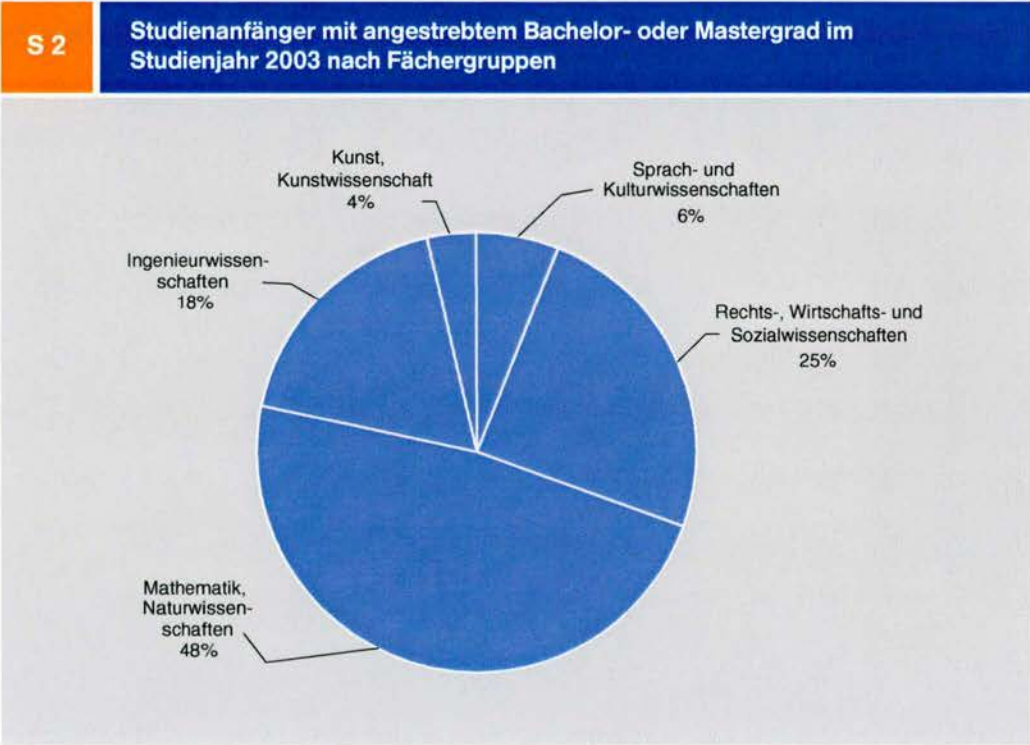
mit 36% (695 Einschreibungen) auf mathematisch-naturwissenschaftliche und mit 31% (601 Einschreibungen) auf rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studiengänge. 16% (308) der Kommilitoninnen und Kommilitonen bereiteten sich in sprach- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen, 13% (255) in ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen und knapp 3% (56) in musisch-künstlerischen Bereichen auf einen Bachelor- oder Masterabschluss vor. Im ver-

Fast 400 Studierende derzeit in den neuen Informatikstudiengängen

T 3

Studierende mit angestrebtem Bachelor- oder Mastergrad in den Wintersemestern 2002/03 und 2003/04

Studiengang	Wintersemester 2002/03		Wintersemester 2003/04		Veränderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bachelorstudiengang						
Allgemeiner Maschinenbau	X	X	1	0,1	1	X
Anglistik und Medienmanagement	2	0,4	2	0,2	-	-
Archäologie	-	-	25	3,1	25	100,0
Informatik	258	50,9	384	46,9	126	48,8
Informationsmanagement	130	25,6	155	18,9	25	19,2
Maschinenbau	2	0,4	5	0,6	3	150,0
Mathematik	26	5,1	42	5,1	16	61,5
Molekulare Biologie	14	2,8	35	4,3	21	150,0
Musical Arts	27	5,3	28	3,4	1	3,7
Prozesstechnik	48	9,5	72	8,8	24	50,0
Soziale Arbeit	X	X	27	3,3	27	X
Systemingenieur	X	X	2	0,2	2	X
Technisches Gebäudemanagement	X	X	17	2,1	17	X
Virtual Design	X	X	23	2,8	23	X
Insgesamt	507	100	818	100	311	61,3
Masterstudiengang						
Bauschäden, Baumängel und Instandsetzungsplanung	X	X	58	5,3	58	X
Betriebswirtschaftslehre	120	22,3	118	10,8	-2	-1,7
Chemistry of Materials	11	2,0	12	1,1	1	9,1
Electrical Engineering	54	10,0	54	4,9	-	-
Erwachsenenbildung	X	X	240	21,9	240	X
Fassadenkonstruktion	X	X	16	1,5	16	X
Geoinformatik	14	2,6	22	2,0	8	57,1
Informatik	-	-	14	1,3	14	100,0
Informationsmanagement	35	6,5	53	4,8	18	51,4
International Lean Manufacturing Consulting	X	X	8	0,7	8	X
Internationale Unternehmensberatung	124	23,0	148	13,5	24	19,4
Journalismus	21	3,9	41	3,7	20	95,2
Maschinenbau (Integr. Studiengang)	15	2,8	24	2,2	9	60,0
Master of Business Administration	108	20,1	181	16,5	73	67,6
Materialwissenschaften	-	-	1	0,1	1	100,0
Medienrecht	32	5,9	60	5,5	28	87,5
Technisches Gebäudemanagement	X	X	42	3,8	42	X
Voice	4	0,7	5	0,5	1	25,0
Insgesamt	538	100	1 097	100	559	103,9



gangenen Wintersemester waren 398 Studierende in einem Bachelor- bzw. Masterstudiengang der Informatik immatrikuliert, es folgten aufgrund der Zahl der Studierenden die Studiengänge Erwachsenenbildung (240), Informationsmanagement (208) und Internationale Unternehmensberatung (148).

Ein Viertel aller Studienanfänger entschied sich für ein Informatikstudium

Im Studienjahr 2003 begannen insgesamt 401 Studienanfänger in einem Bachelor- oder Masterstudiengang. Damit hat sich die Zahl gegenüber dem Studienjahr 2000 mehr als verfünffacht. Die meisten Ersteinschreiber entfielen im Studienjahr 2003 mit 83 Personen auf die Fachhochschule Trier. Es folgten mit 70 Ersteinschreibungen die Johannes Gutenberg-Universität Mainz vor

der Technischen Universität Kaiserslautern (50) und der Universität Koblenz-Landau (36). Fast drei Viertel der Erstimmatrikulierten schrieben sich in Bachelorstudiengänge ein, die Übrigen verteilten sich auf Masterstudiengänge. Diese im Vergleich zu den bisherigen Studierendenzahlen geänderte Gewichtung ist auf die verstärkte Umstrukturierung von Diplom- in Bachelorstudiengänge zurückzuführen.

Knapp die Hälfte der Ersteinschreiber (191) in den „internationalisierten“ Studiengängen belegte im Studienjahr 2003 eine Ausbildung mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Inhalt. Ein Viertel (99) studierte rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftliche Fächer, 18% (72) begannen eine ingenieurwissenschaftliche Ausbildung und 6% (24) wurden in sprach- und kulturwissenschaftlichen sowie 4% (15) in musisch-künstlerischen

Die meisten Studienanfänger an der FH Trier

Disziplinen gezählt. Ein Viertel (102) aller Studienanfänger mit angestrebtem Bachelor- oder Masterabschluss nahmen ein Informatikstudium auf. Knapp 9% (35) immatrikulierten sich im Studienfach Informationsmanagement, 8% entschieden sich für Prozesstechnik (33) und 7% studierten das Fach Soziale Arbeit (30).

172 Absolventen erlangten im Jahr 2003 einen Bachelor- oder Mastergrad

Im Prüfungsjahr 2003 erlangten sieben Absolventen den Bachelorgrad und 165 Personen den Mastertitel. Sämtliche Bachelorabschlüsse entfielen auf das Studienfach Informationsmanagement, das an der Abtei-

lung Koblenz der Universität Koblenz-Landau angeboten wird. Von den Masterprüfungen wurden 143 an wissenschaftlichen Hochschulen und 22 an Fachhochschulen erfolgreich beendet. Es erlangten 60 Absolventen den Mastergrad in Betriebswirtschaftslehre, 39 in Electrical Engineering, 34 in Business Administration, 22 in Internationaler Unternehmensberatung und 10 in Erwachsenenbildung. Insgesamt 68 Master-titel wurden an ausländische Studierende verliehen.

Mehrzahl der Absolventen an wissenschaftlichen Hochschulen

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken zuständig.

Verschuldung der Kommunen 2003



Von Rudolf Lamping

Die Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen hat auch im Jahr 2003 zugenommen. Jeder rheinland-pfälzische Einwohner war allein aus den Kernhaushalten mit 1 144 Euro kommunalen Schulden belastet, das waren 36 Euro je Einwohner mehr als im Vorjahr. Insbesondere die kreisfreien Städte waren hoch verschuldet, während der Landkreisbereich insgesamt betrachtet deutlich weniger Fremdmittel zur Finanzierung der Aufgaben benötigte. Gut ein Viertel aller Kommunen hatte überhaupt keine Schulden.

Weiterhin hohe Nettoneuverschuldung

Nettoneuverschuldung stieg um 55 Mill. Euro

Zur Finanzierung ihrer Aufgaben nehmen die Kommunen Kredite auf, weil die eigenen Einnahmen, z. B. aus Steuern und Gebühren, sowie die Zuweisungen und Zuschüsse, wie z. B. die Schlüsselzuweisungen des Landes, nicht ausreichen. Im Jahr 2003 belief sich die Nettoneuverschuldung auf 172 Mill. Euro, das waren 55 Mill. Euro mehr als im Vorjahr. Damit erhöhte sich ihr Anteil zur Finanzierung der Sachinvestitionen auf 14,9%. Die angespannte Haushaltslage der Kommunen wird auch durch den Anstieg der Abwicklung der Vorjahresfehlbeträge von 521 Mill. Euro auf 646 Mill. Euro verdeutlicht.

Fast 15% der Sachinvestitionen wurden durch neue Schulden finanziert

noch 1 906 Mill. Euro Kassenkredite, die zur Finanzierung kurzfristiger finanzieller Engpässe aufgenommen wurden. Auch der Bestand an Kassenkrediten hat deutlich zugenommen (+37,2%).

Anstieg der Kassenkredite um gut 37%

Eigenbetriebe konnten Schuldenstand geringfügig senken

Neben den in den Kämmereihaushalten (Kernhaushalte) nachgewiesenen Schulden von rund 4,6 Mrd. Euro haben auch die ausgliederten rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe Fremdmittel benötigt. Ihnen gelang es allerdings, ihren Schuldenstand

Schuldenstand stieg um 3,4%

Ende 2003 betrug der Schuldenstand der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände 4 641 Mill. Euro, das waren 3,4% mehr als im Jahr zuvor. Hinzu kamen

T 1

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände, Eigenbetriebe, Krankenanstalten und Zweckverbände 2002 und 2003

Körperschaftsgruppe	Insgesamt			Je Einwohner	
	2002	2003	Veränderung	2002	2003
	1 000 EUR		%	EUR	
Gemeinden/GV	4 488 107	4 641 133	3,4	1 108	1 144
Eigenbetriebe	4 015 872	3 982 047	-0,8	992	982
Krankenanstalten	131 674	131 439	-0,2	33	32
Zweckverbände	482 558	473 493	-1,9	119	117

Info

Kassenkredit

Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Ausgaben kann die Gemeinde Kassenkredite bis zu dem in der Haushalts-satzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen. Vor-aussetzung ist, dass für die Kasse keine anderen Mittel, z.B. aus der allgemeinen Rücklage, aus etwaigen Sonderrücklagen oder Mittel der Sondervermögen, zur Verfügung stehen. Kassenkredite dienen der Liquiditäts-sicherung und sind keine Deckungsmittel.

hiert werden muss, errechnet sich ein Ge-samtschuldenstand in Höhe von 9 133 Mill. Euro (ohne Kassenkredite). Das entspricht je Einwohner 2 251 Euro, davon entfallen allein auf den Kernhaushalt 1 144 Euro je Einwoh-ner (ohne Kassenkredite).

Öffentlich bestimmte Einrichtungen und Unternehmen haben insgesamt gut 10 Mill. Euro Schulden

geringfügig um 0,8% auf 3 982 Mill. Euro zu reduzieren, was allerdings auch von Än-derungen im Berichtskreis (Rechtsform-wechsel) beeinflusst worden sein kann. Von geringerer Bedeutung sind die Schul-den der Zweckverbände (473 Mill. Euro) und der in verschiedenen Rechtsformen betrie-benen kommunalen Krankenanstalten (131 Mill. Euro).

In Rheinland-Pfalz hatten 2003 alle vom Land bzw. den Kommunen¹⁾ bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unter-nehmen Schulden in Höhe von 10 522 Mill. Euro. Zu den öffentlich bestimmten Unter-nehmen und Einrichtungen zählen nicht nur die aus dem Kernhaushalt ausgegliederten rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe oder Unternehmen in öffentlich rechtlicher Form wie z.B. Zweckverbände, sondern auch privatrechtliche Unternehmensformen wie die wirtschaftlich und rechtlich selbstän-digen Eigengesellschaften oder Beteiligun-gen.

Hohe Schulden außerhalb der Kernhaushalte

Schulden aller kommunalen Bereiche, ohne Kassenkredite, 2 251 Euro je Einwohner

Werden die Schulden dieser kommunalen Bereiche addiert, wobei die Verschuldung untereinander in Höhe von 95 Mill. Euro zur Vermeidung von Doppelzählungen subtra-

Knapp zwei Drittel der Schulden der Sonder-vermögen entfielen auf die rechtlich un-

1) Eine Trennung dieser beiden Ebenen sieht das derzeitige bundeseinheitliche Auswertungsprogramm nicht vor.

T 2

Schuldenstand der ffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen¹⁾ 2002 und 2003 nach Schuldenarten und Rechtsformen

Schuldenart	Insgesamt		Davon					
			rechtlich unselbständige		öffentlich-rechtliche		privatrechtliche	
	2003	Verände-rung zum Vorjahr	2003	Verände-rung zum Vorjahr	2003	Verände-rung zum Vorjahr	2003	Verände-rung zum Vorjahr
	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Kreditmarktschulden	5 767 413	6,8	2 973 218	5,3	337 402	9,8	2 456 793	8,3
Schulden bei öffentlichen Haushalten	4 754 260	63,3	3 990 696	86,8	145 213	16,7	618 351	-5,0
Schulden insgesamt	10 521 673	26,6	6 963 914	40,4	482 615	11,8	3 075 144	5,4

1) Einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

selbstständigen Eigenbetriebe, während die privat-rechtlichen Unternehmen 29% und die öffentlich-rechtlichen, hierbei handelt es sich vor allem um die Zweckverbände, knapp 5% stellten.

45% der
Schulden sind
Darlehen
von öffentlichen
Haushalten

Die Struktur der Verschuldung weicht sehr stark von derjenigen der Kernhaushalte ab. Nur knapp 55% des Schuldenstandes stammten vom Kreditmarkt, die übrigen Gelder kamen von öffentlichen Haushalten, das heißt vor allem von den jeweiligen Trägerkörperschaften bzw. den Anteilseignern. Zur Vermeidung von Doppelzählungen muss bei einer zusammenfassenden Darstellung von Kernhaushalt und Sondervermögen die interne Verschuldung abgesetzt werden.

Nachweis kommunaler Schulden leidet unter Abgrenzungsproblemen

Die Einbeziehung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen neben den Kernhaushalten in den Nachweis der öffentlichen Schulden wird unterschiedlich gehandhabt und derzeit kontrovers diskutiert.

Ausgliederungen
verzerren
Schulden-
nachweis

Grundsätzlich ist der kommunale Schuldenstand z. B. in der Beschränkung auf den Kernhaushalt abhängig davon, ob und in welchem Umfang Ausgliederungen vorgenommen worden sind und welche Rechtsform gewählt worden ist. Bei einer Ausgliederung aus dem Haushalt entscheidet jede Kommune, ob sie für die ausgegliederte Einheit eine rechtlich unselbstständige Form oder eine rechtliche Verselbstständigung wählt. Auch bei bereits bestehenden Einheiten wird ein Rechtsformwechsel praktiziert. Dies bedeutet bei einer Beschränkung des

Schuldennachweises auf die Kernhaushalte und die rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe eine erhebliche Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit der Schuldennachweise einzelner Körperschaften.

Gegenstand der Diskussion muss daher sein, ob auch die Eigengesellschaften in privater Rechtsform und analog dazu die Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Form (z. B. Anstalt des öffentlichen Rechts) sowie die Beteiligungen adäquat berücksichtigt werden. Grundsätzlich gilt das auch für die Zweckverbände, denn auch sie nehmen Kredite auf und beeinflussen die Höhe der kommunalen Gesamtverschuldung (siehe hierzu Exkurs „Sondervermögen als Teil kommunaler Schulden“).

Integration
aller Bereiche ist
anzustreben

Wegen der zurzeit noch sehr unterschiedlichen Vorgehensweise und weil die Methodik der integrierten Darstellung auf Bundesebene noch nicht abschließend geklärt ist, trennen die folgenden vergleichenden Darstellungen zwischen Kernhaushalten und öffentlich bestimmten Einrichtungen und Unternehmen. Die Vergleiche zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz beschränken sich auf den Kernhaushalt.

Pro-Kopf-Verschuldung unter dem Bundesdurchschnitt

Verglichen mit Gemeinden und Gemeindeverbänden in anderen Bundesländern verzeichneten die Kernhaushalte der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände nach Bayern den höchsten Schuldenanstieg. In einigen Bundesländern, so z. B. in Sachsen und im Saarland, gelang

Exkurs

Sondervermögen als Teil kommunaler Schulden

■ **Eigenbetriebe:** Hierbei handelt es sich um wirtschaftlich verselbstständiges, aber rechtlich unselbstständiges Sondervermögen einer Kommune. Sie sind aus dem Kernhaushalt ausgegliederte wirtschaftliche Unternehmen und Einrichtungen, für die eine Sonderrechnung geführt, das heißt ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird. Der Eigenbetrieb ist die in Rheinland-Pfalz vorherrschende Organisationsform. Die Berücksichtigung der Schulden dieses Bereiches neben den Schulden des Kernhaushaltes wird allgemein anerkannt und nahezu durchgängig praktiziert. Nach dem Maastricht-Kriterium zählen diese Schulden jedoch überwiegend nicht zum öffentlichen Bereich, da Eigenbetriebe nach den Regeln des „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)“ mehrheitlich nicht zum Staatssektor gehören.

■ **Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Form:** Hierbei handelt es sich um öffentlich rechtliche Körperschaften wie Zweckverbände oder Anstalten des öffentlichen Rechts. Sie sind finanzstatistisch analog den Eigengesellschaften einzuordnen. In Rheinland-Pfalz sind Umwandlungen von Eigenbetrieben in Anstalten des öffentlichen Rechts zu beobachten.

Grundsätzlich sollten auch die Zweckverbände für den kommunalen Schuldennachweis adäquat berücksichtigt werden. Denkbar und realisierbar wäre es, einen sachgerechten Maßstab für die auf die Gemeinde entfallenden anteiligen Schulden des Zweckverbandes zu entwickeln. Die anteilige Berücksichtigung der Schulden könnte analog zum Vermögensnachweis in der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zukünftig zu erstellenden Bilanz geregelt werden.

■ **Eigengesellschaften:** Sie sind wirtschaftlich und rechtlich selbstständige Unternehmen, bei denen eine 100%ige Beteiligung am Grund-/Stammkapital bzw. Stimmrecht durch eine einzige Gebietskörperschaft vorliegt (andernfalls spricht man von Beteiligungen). Nach der Gemeindeordnung können in Rheinland-Pfalz für Eigengesellschaften lediglich die Rechtsformen der GmbH und – im Ausnahmefall – der AG gewählt werden. Darüber hinaus unterliegt die Kreditaufnahme besonderen Einschränkungen. Die Einbeziehung der Schulden der Eigengesellschaften zu den kommunalen Schulden ist noch nicht allgemein anerkannt, wird aber vereinzelt schon praktiziert. Auch sie gehören nach dem Maastricht-Kriterium nur dann zu den öffentlichen, wenn sie nach dem ESVG dem Staatssektor zuzurechnen sind.

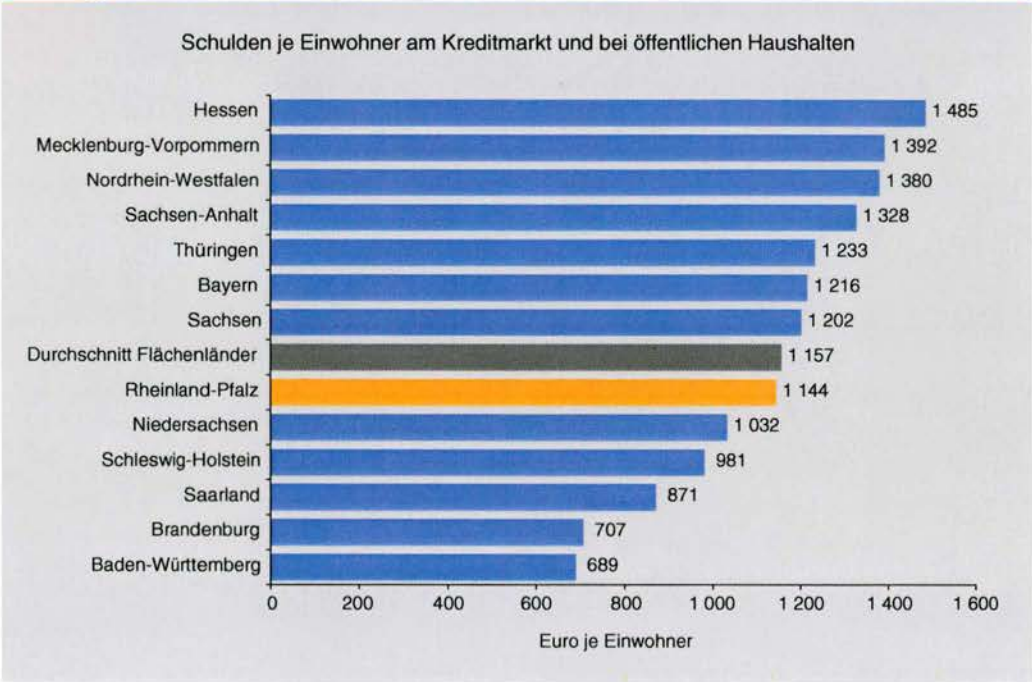
■ **Beteiligungen:** Für Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen muss nach der Gemeindeordnung eine Form gewählt werden, welche die Haftung der Kommune auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Sie werden finanzstatistisch erfasst, sofern an ihnen die öffentliche Hand mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Abhängig von der Höhe der Beteiligung gelten nach der Gemeindeordnung unterschiedliche Rechtsvorschriften, so gelten z. B. bei einer Beteiligung von mindestens 75% die gleichen Rechtsvorschriften wie bei Eigengesellschaften. Die Zuordnung dieser Schulden zu den einzelnen Anteilseignern ist strittig, weil es (noch) keinen konsensfähigen Aufteilungsschlüssel gibt. Diskutiert werden als Alternativen:

- die Schulden dieses Bereiches nicht der kommunalen Verschuldung zuzuordnen,
- die Gesamtschulden in voller Höhe entweder jedem Anteilseigners oder nur dem Anteilseigner mit dem höchsten Anteil an diesen Schulden zuzurechnen,
- Anrechnung der Schulden in Höhe des Anteils der Anteilseigners, ggf. mit der Einschränkung dies auf den Betrag zu begrenzen, für den die Kommune haftet.

Am besten geeignet erscheint der letztgenannte Maßstab mit Berücksichtigung des Haftungshöchstbetrags, der allerdings kein Erhebungsmerkmal der Schuldenstatistik ist. Die anteilige Berücksichtigung der Schulden ohne diese Begrenzung könnte, wie für die Zweckverbände vorgeschlagen, geregelt werden. Bei der Darstellung der Schulden wäre eine Einteilung in Größenklassen nach der Höhe des Anteils vorzusehen. Zurzeit lässt das bundeseinheitliche Auswertungsprogramm diese Art der Darstellung noch nicht zu, auch weil der Abstimmungsprozess auf Bundesebene noch nicht abgeschlossen ist.

S 1

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände 2003



es den Kämmerern die Kommunalverschuldung recht deutlich zurückzuführen, was aber auch durch Ausgliederungen aus dem Kernhaushalt beeinflusst worden sein kann. Unter den Flächenländern rangierten die rheinland-pfälzischen Kommunen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte von 1 144 Euro an sechster Stelle, noch knapp unterhalb des vergleichbaren Bundesdurchschnitts. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diesbezüglich keine Veränderung ergeben.

umgekehrt. In Rheinland-Pfalz vereinigen die privatrechtlichen Unternehmensformen 29% der Pro-Kopf-Schulden auf sich, der Abstand zum nächstfolgenden Saarland, wo auf diese Rechtsform 59% entfallen, ist sehr groß und der Anteil reicht bis zu Werten von über 80% in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

In Rheinland-Pfalz haben die Schulden der Eigenbetriebe mit einem Anteil von 66% die größte Bedeutung. Es folgen Baden-Württemberg mit 32% und Bayern mit 25%. Es fällt auf, dass in allen neuen Bundesländern sowie in Nordrhein-Westfalen die Eigenbetriebe keine große Rolle spielen, hier liegen die Anteile zwischen 2 und 7%. Bei Ausgliederungen wird in diesen Ländern also nicht die rechtlich-unselbstständige Form gewählt, sondern es wird die privatrechtliche oder die öffentlich-rechtliche Form bevorzugt.

Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt große Strukturunterschiede bei Ausgliederungen auf

Die öffentlich bestimmten Unternehmen in Rheinland-Pfalz weisen bei der Pro-Kopf-Verschuldung den fünfthöchsten Wert unter den Flächenländern auf. Das Gewicht der einzelnen Rechtsformen ist unterschiedlich. Die Bedeutung der Schulden von privatrechtlichen Unternehmen ist in allen Ländern erheblich größer als in Rheinland-Pfalz. Bei den Eigenbetrieben ist das Verhältnis

Die öffentlich-rechtlichen Unternehmensformen, im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zweckverbände, haben in Nordrhein-Westfalen mit 30% das größte Gewicht, wesentlich niedriger liegt die Quote in Rheinland-Pfalz mit 5%. Noch kleiner ist der Wert in Bayern und Hessen.

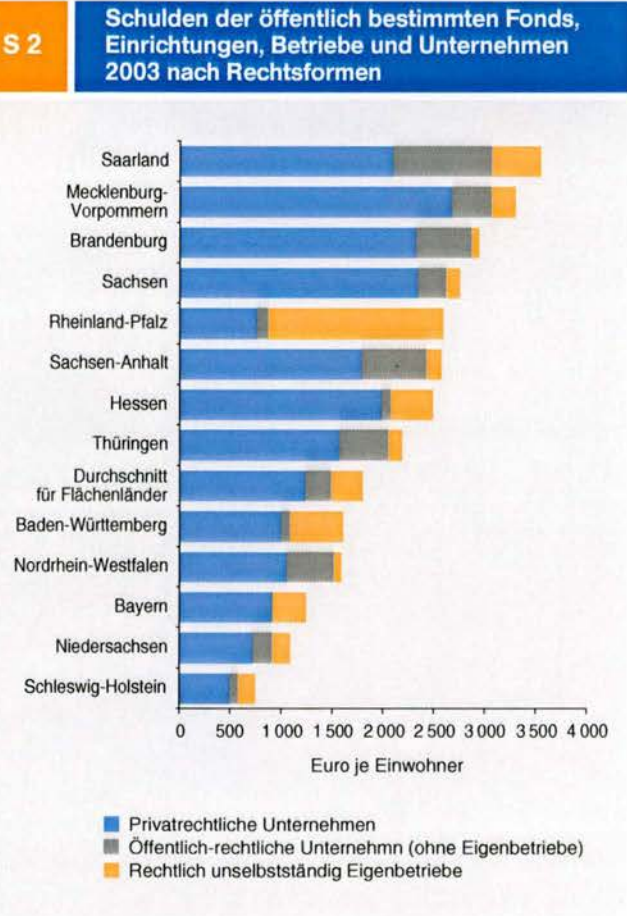
Unterschiedliche Schuldenstände in den Kernhaushalten einzelner Körperschaftsgruppen

Kreisfreie Städte am höchsten verschuldet

Die Haushalte der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz weisen seit Jahren die höchsten Schuldenstände nach. Im Jahr 2003 lasteten auf jedem Einwohner 1 506 Euro; im Landkreisbereich, hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung der Haushalte von Verbandsgemeinden einschließlich ihrer Ortsgemeinden, von verbandsfreien Gemeinden und des Landkreises selbst, waren es dagegen nur 1 019 Euro. Allerdings war der Kreditbedarf im Landkreisbereich größer als bei den kreisfreien Städten.

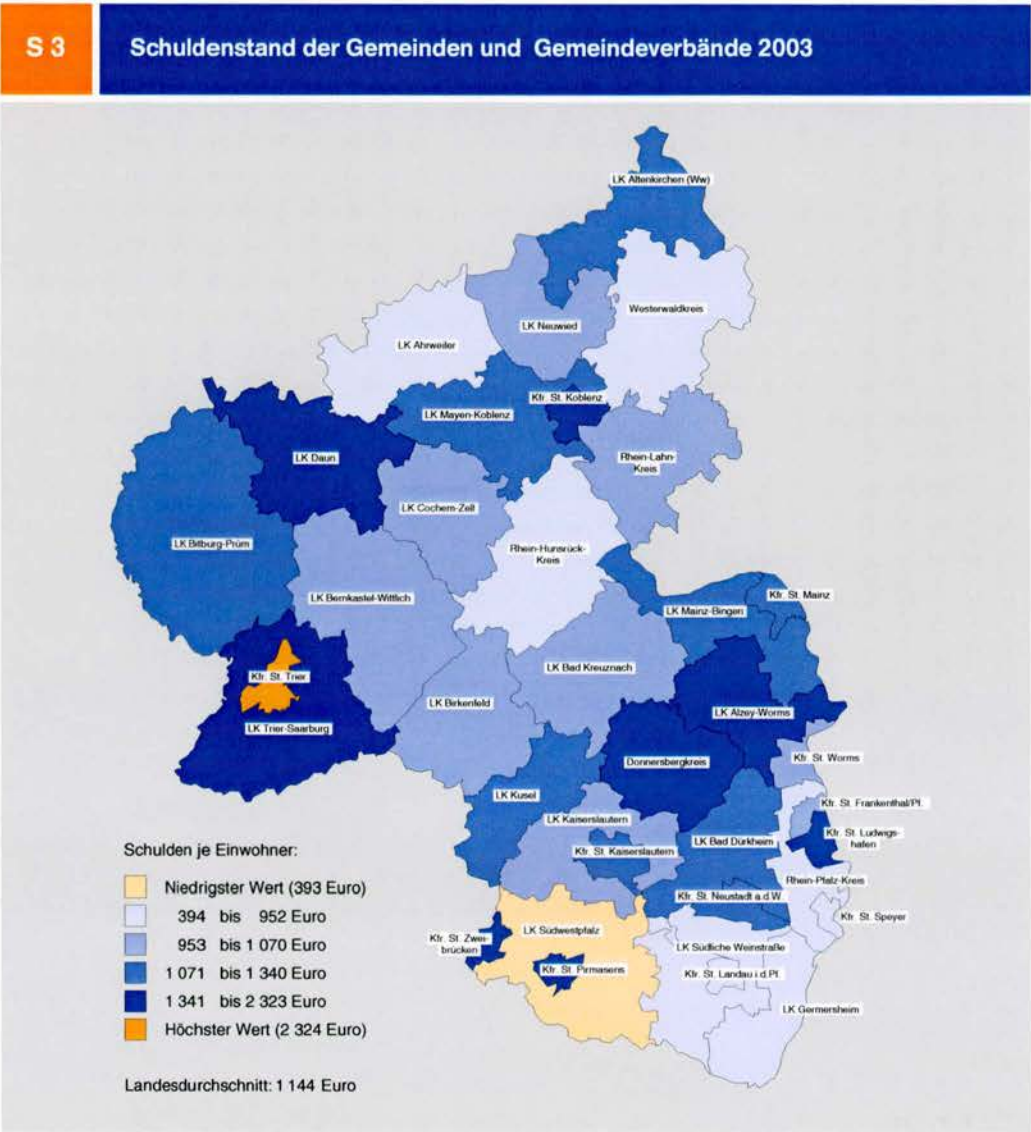
Kreisfreie Städte durch Aufgabenkonzentration vergleichsweise stark belastet

Die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte erklärt sich aus ihrem Aufgabenbereich. Sie müssen alle kommunalen Aufgaben wahrnehmen, die sich im Landkreisbereich auf mehrere Ebenen verteilen, und darüber hinaus aufgrund ihrer zentralen Stellung auch überörtliche Funktionen befriedigen. Insbesondere die großen kreisfreien Städte Trier, Ludwigshafen und Koblenz haben sehr hohe Kämmererschulden, während Landau und Speyer bezogen auf die Einwohner wesentlich geringer verschuldet sind.



Gegenüber dem Vorjahr erhöhten vor allem Pirmasens, Landau und Mainz den Schuldenstand, während in anderen kreisfreien Städten, besonders in Ludwigshafen und Frankenthal, die Verbindlichkeiten der Kämmererei zurückgeführt werden konnten.

Im Landkreisbereich weisen die Verbandsgemeinden und die Landkreise mit jeweils etwa 300 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Schuldenstände auf. Auf den Einwohnern von Ortsgemeinden lasten gut 400 Euro pro Kopf. Eine Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Schulden von verbandsfreien Gemeinden und von Verbandsgemeinden einschließlich ihrer Ortsgemeinden zeigt, dass die verbandsfreien Gemeinden einen deutlich höheren Kreditbedarf hatten.



Bereich Südwestpfalz mit niedrigstem Schuldenstand

Die Gemeinden und Gemeindeverbände in den einzelnen Landkreisbereichen weisen stark unterschiedliche Schuldenstände nach, wobei der Abstand zwischen dem am höchsten verschuldeten Bereich, nämlich Daun, und dem mit den niedrigsten Schulden, nämlich Südwestpfalz, im Jahr 2003 noch größer geworden ist.

Der durchschnittlichen Verschuldung am nächsten kamen die beiden Landkreisberei-

che Rhein-Lahn und Bernkastel-Wittlich. Insgesamt zehn Landkreisbereiche hatten unterdurchschnittliche Schuldenstände, die übrigen lagen über dem Mittelwert.

Gegenüber dem Vorjahr hat das Kreditvolumen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf Landkreisebene deutlich zugenommen, dies vor allem im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Bereich Bitburg-Prüm. Lediglich in den Bereichen Bernkastel-Wittlich, Mainz-Bingen und Germersheim konnte der Schuldenstand reduziert werden.

Nur drei Landkreisbereiche mit weniger Schulden

Zehn Landkreisbereiche mit unterdurchschnittlicher Verschuldung

T 3

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner 2002 und 2003 nach Gebietskörperschaftsgruppen und Einwohnergrößenklassen

Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden				Sonstige Gebietskörperschaftsgruppen			
Größenklasse nach der Zahl der Einwohner	2002	2003	Veränderung	Größenklasse nach der Zahl der Einwohner	2002	2003	Veränderung
	EUR je Einwohner		%		EUR je Einwohner		%
Ortsgemeinden				Verbandsfreie Gemeinden			
10 000 - 20 000	721	771	6,9	50 000 - 100 000	823	852	3,5
5 000 - 10 000	562	582	3,6	20 000 - 50 000	837	774	- 7,5
3 000 - 5 000	394	407	3,3	10 000 - 20 000	739	755	2,2
1 000 - 3 000	333	357	7,2	5 000 - 10 000	820	813	- 0,9
unter 1 000	261	282	8,0				
zusammen	380	402	5,8	zusammen	790	778	- 1,5
Verbandsgemeinden				Kreisfreie Städte			
20 000 - 50 000	298	320	7,4	100 000 - 200 000	1 625	1 779	9,5
10 000 - 20 000	287	287	0,0	50 000 - 100 000	1 414	1 091	- 22,8
5 000 - 10 000	274	289	5,5	20 000 - 50 000	1 199	1 306	8,9
zusammen	288	296	2,8	zusammen	1 474	1 506	2,2
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden				Landkreise			
20 000 - 50 000	691	738	6,8		289	304	5,2
10 000 - 20 000	654	671	2,6	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise			
5 000 - 10 000	686	737	7,4		983	1 019	3,7
zusammen	669	699	4,5	Bezirksverband Pfalz	8	11	37,5
Insgesamt je Einwohner: 2002 – 1 108 EUR Veränderung: +3,2% 2003 – 1 144 EUR							

Höhere Schuldenstände oft in größeren Gemeinden

Die Einteilung der Gemeinden nach Einwohnergrößenklassen zeigt, dass größere Gemeinden eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen als kleinere Gemeinden. Lediglich die kleinsten verbandsfreien Gemeinden haben insgesamt betrachtet eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung.

wohner). Neben diesen höchstverschuldeten Gemeinden gab es 687 vorwiegend kleinere Gemeinden und darüber hinaus einen Landkreis (Südwestpfalz) sowie vier Verbandsgemeinden (Bad Marienberg, Enkenbach-Alsenborn, Weilerbach, Waldsee), die ohne Kämmereischulden ihre Aufgaben finanzieren konnten. Weitere 233 Gemeinden hatten mit weniger als 100 Euro je Einwohner einen relativ niedrigen Schuldenstand.

Ein Viertel der Gemeinden ohne Schulden

Die am höchsten verschuldete Gemeinde in Rheinland-Pfalz war Lissendorf im Landkreis Daun mit 4 045 Euro je Einwohner. Ihr folgten Ammeldingen an der Our (3 333 Euro je Einwohner) und Stadtkyll (3 022 Euro je Ein-

Rudolf Lamping, Diplom-Volkswirt, ist Leiter des Referates Finanzen und Steuern.

Rekordernte von Getreide und Winterraps 2004

Von Jörg Breitenfeld

Die rheinland-pfälzische Ernte beläuft sich nach vorläufigen Schätzungen auf über 1,6 Mill. t Getreide, 29% mehr als im Vorjahr. Dieses Ergebnis würde die bisherige Rekordernte 1997 geringfügig übertreffen. Inwieweit die länger anhaltende niederschlagsreiche Phase gegen Ende August die endgültige Getreideernte noch beeinflusst hat, bleibt abzuwarten. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist auf deutlich höhere Hektarerträge, eine Ausdehnung des ertragreicheren Wintergetreideanbaus und eine größere Getreidefläche zurückzuführen. Auch beim Raps sorgen Spitzenerträge und eine Ausweitung der Anbaufläche für ein Rekordergebnis.

Getreide mit Abstand wichtigste Kulturart auf dem Ackerland

Getreide steht auf rund einem Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Der Getreideanbau trägt rund ein Achtel zum Produktionswert der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz bei. Flächenmäßig nimmt er etwa ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes ein. Getreide ist darüber hinaus die mit Abstand wichtigste Kulturart auf dem Ackerland. Immerhin rund 60% des Ackerlandes werden für den Getreideanbau genutzt. Da Getreide eine wichtige Rolle in der menschlichen Ernährung spielt, steht die Ermittlung der Getreideernte und deren Qualität im besonderen Interesse der Öffentlichkeit.

Witterung legte Grundstein für Rekordernte

Während das Erntejahr 2003 durch negative Witterungseinflüsse wie Winterfröste und lang anhaltende Trockenheit geprägt war, die zu einer unterdurchschnittlichen Ernte

führten, kamen die diesjährigen Witterungsverhältnisse dem Anbau von Getreide und Winterraps entgegen. Das trockenheitsbe-

Winterrapsanbau um 6% ausgedehnt

Info

Grundlagen der Ertragsermittlung

Für die Feststellung der Erträge von Feldfrüchten werden sowohl die Ergebnisse der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) als auch die der Ernte- und Betriebsberichterstattung herangezogen. Im Rahmen der BEE wird auf insgesamt 500 nach stichprobenmethodischen Grundsätzen ausgewählten Feldern das gesamte Erntegut vom Landwirt verwogen. Die BEE wird für Winterweizen, Sommer- und Wintergerste, Roggen und Triticale sowie seit 2004 auch für Winterraps durchgeführt. Zusätzlich entnimmt der Landwirt Proben, die labormäßig auf Qualitätsparameter untersucht werden.

Darüber hinaus berichten während der Vegetationszeit ehrenamtlich tätige Landwirte und Landfrauen im Haupt- und Nebenerwerb oder anderweitig mit der Landwirtschaft befasste Fachleute über den Wachstumsstand und geben Ertragsschätzungen ab. Die Erntemengen werden anhand der geschätzten Hektarerträge und der jeweiligen Anbaufläche berechnet.

dingte frühe Ende der Ernte 2003 und die Witterungsbedingungen zum Aussaatzeitpunkt veranlassten die Landwirte, den Winterrapsanbau um 6% auf 33 300 ha auszudehnen. Hinzukamen noch attraktive Verkaufspreise für Raps.

Die Aussaat des Wintergetreides fand im weiteren Jahresverlauf größtenteils unter ebenfalls guten Aussaatbedingungen statt, so dass der Anbau um 10% auf 157 500 ha ausgedehnt wurde. Der Winter war durch winterliche und milde Abschnitte gekennzeichnet. Auswinterungen blieben dadurch die Ausnahme. Die Frühjahrsbestellung erfolgte im Allgemeinen ohne größere Probleme.

Die landwirtschaftlichen Kulturen hatten in den beiden recht kühlen Monaten Mai und Juni gute Wachstumsbedingungen. Die kühle Witterung setzte sich bis in den Juli fort, wodurch sich die Getreideernte verzögerte. Erst gegen Ende des Monats wurde es sommerlich warm. Mitte August setzte regneri-

sches Wetter ein, so dass die Erntearbeiten wegen zum Teil ergiebiger Niederschläge nicht fortgesetzt werden konnten. Die Ernteunterbrechung betraf vor allem die Höhengelände. In diesen so genannten Spätdruschgebieten müssen die Betriebe Einbußen bei Menge und Qualität des Getreides hinnehmen.

42% der Getreideernte entfielen auf Winterweizen

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung wurden 243 400 ha Getreide zur Ernte 2004 angebaut. Gegenüber dem Erntejahr 2003 waren das rund 2% mehr. Der Zuwachs dürfte im Wesentlichen auf die verringerte Stilllegungsverpflichtung und der sich daraus ergebenden Ausweitung des Getreideanbaus zurückzuführen sein. Größere Veränderungen gab es auch bei den Anbauflächen der einzelnen Getreidearten.

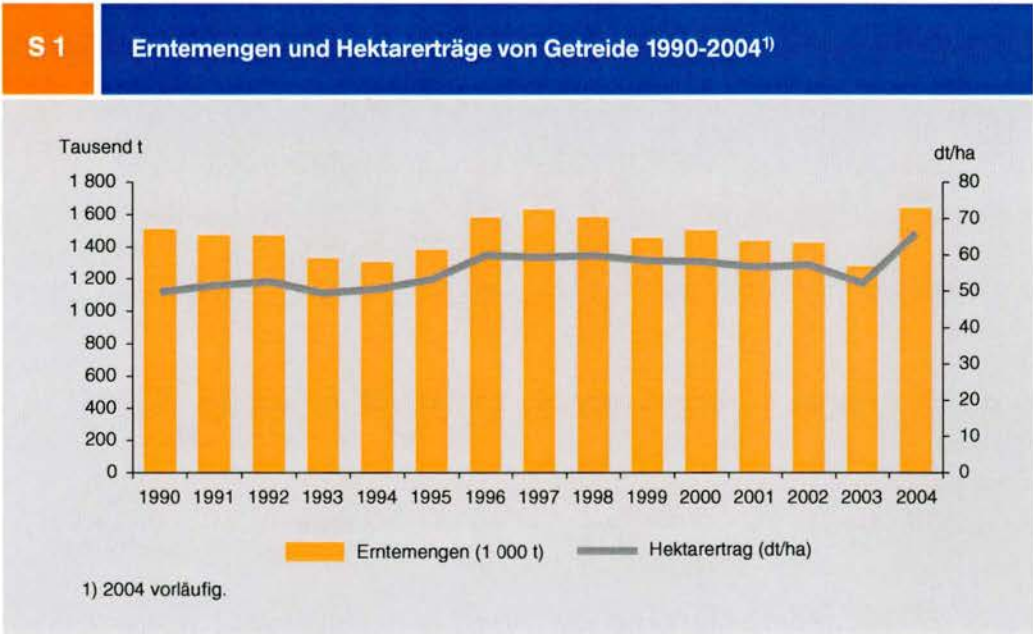
10% mehr Anbau von Wintergetreide

Witterungsbedingungen verzögerten Getreideernte

T 1 Getreide- und Rapsenernte in Rheinland-Pfalz 2004¹⁾

Fruchtart	Erntemengen				
	Durchschnitt (D) 1998/2003	2003	2004	Veränderung 2004 zu	
				D 1998/2003	2003
				1 000 t	
			%		
Getreide insgesamt	1 416,9	1 248,7	1 609,9	13,6	28,9
Wintergetreide					
Winterweizen	587,2	503,7	684,2	16,5	35,8
Wintergerste	195,1	164,6	228,2	16,9	38,6
Triticale	85,5	73,5	101,0	18,2	37,4
Roggen	73,5	41,3	75,3	2,5	82,7
Wintermenggetreide	15,9	16,0	20,7	29,8	29,0
Sommergetreide					
Sommergerste	373,9	373,9	423,4	13,2	13,2
Hafer	54,3	47,4	51,8	-4,5	9,3
Sommermenggetreide	11,1	9,4	10,3	-7,0	9,3
Sommerweizen	12,9	12,8	8,2	-36,2	-36,1
Hartweizen	7,5	6,1	6,7	-10,5	10,9
Winterraps	83,4	85,4	136,6	63,9	60,0

1) Vorläufiges Ergebnis.



Rekordernte
von 1,6 Mill. t

Nach einer ersten Auswertung Ende August ernteten die rheinland-pfälzischen Landwirte 1,6 Mill. t Getreide. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 29% übertroffen. Das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahr 1997 wurde ebenfalls geringfügig überschritten.

ste brachte 59 dt/ha. Ein Wert der um 11 dt über dem Durchschnitt lag. Damit entfielen 26% des Getreides auf Sommergerste.

Wintergerste mit höheren Hektarerträgen als Triticale

Winterweizen-
anbau dominiert
mit Abstand

Der Winterweizenanbau wurde um 13% auf 94 400 ha ausgeweitet und nahm 39% der Getreideanbaufläche in Anspruch. Mit Abstand folgte Sommergerste. Sie wuchs nur noch auf 71 500 ha. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Minus von 9%. Ein wichtiger Grund für die deutliche Einschränkung der Sommergerstenfläche dürften die geringen Erlöse für Braugerste gewesen sein.

Wintergerste (33 300 ha), die im langjährigen Vergleich ertraglich hinter Triticale (15 500 ha) liegt, brachte mit 69 dt/ha rund 3 dt mehr als Triticale. Im sechsjährigen Durchschnitt brachte Wintergerste 57 und Triticale 58 dt/ha. Die Erntemenge von Wintergerste und Triticale erreicht in diesem Jahr 228 000 t bzw. 101 000 t. Einen größeren Anbauumfang nahm auch wieder Roggen ein. Er wuchs auf 11 100 ha (+30%). Im letzten Erntejahr war der Anbau auf Grund des Wegfalls der Intervention für Roggen eingebrochen. Die Roggenernte betrug 75 300 t. Sie überstieg damit in diesem Jahr den mehrjährigen Durchschnitt um 2,5%.

Wieder mehr
Roggen

42% der Ernte
entfällt auf
Winterweizen

Von einem Hektar Winterweizen ernteten die Landwirte im Durchschnitt 72 dt/ha. Gegenüber dem schlechten Vorjahresergebnis bedeutete dies ein Plus von 12 dt. Der Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2003 wurde um 5 dt überschritten. Insgesamt belief sich die Winterweizenernte auf 684 000 t oder 42% der Gesamtgetreideernte. Die Sommerger-

Die vorläufige bundesdeutsche Ernte wurde auf 46,2 Mill. t geschätzt, und erreichte somit ebenfalls eine bisher noch nicht da gewese-

Ernte in
Deutschland
auf 46,2 Mill. t
geschätzt

ne Größenordnung. Auch in Europa wird mit einer im Allgemeinen guten bis sehr guten Ernte gerechnet. Wegen der großen Ernte bewegen sich die Verkaufspreise zurzeit unter dem Niveau des Vorjahres. Erste Untersuchungen zur Qualität des Erntegutes deuten auf gute Ergebnisse hin. Lediglich Partien, die nach der Regenperiode Ende August eingebracht wurden, dürften qualitativ abfallen und nur noch als Futtergetreide verwertbar sein.

Winterrapserte auf Rekordhöhe

Winterraps war in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr erstmals in die Besondere Erntermittlung einbezogen worden. Er erreichte einen Hektarertrag von 41 dt. Das stellte eine deutliche Zunahme gegenüber dem langjähri-

gen Durchschnitt von 30 dt dar. Ein Teil der Zunahme war allerdings auf die Umstellung der Ertragsermittlung zurückzuführen. Da neben den hohen Erträgen auch der Anbauumfang ausgeweitet wurde, errechnete sich eine Rekorderntemenge von 136 600 t.

Wie bei Getreide wird die Rapsernte bundesweit ein Rekordniveau erreichen. Die Schätzung lag Ende August bei 5,1 Mill. t. Soweit die Vermarktung von Raps nicht durch Vorkontrakte abgesichert wurde, lässt er sich allerdings nur zu Preisen unterhalb denen des Vorjahres verkaufen.

Bei Raps wie bei Getreide auch Rekordniveau der Erntemenge in Gesamtdeutschland

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt.

STATSPEZ – der einfachere Weg zu einer statistischen Tabelle

Von Thomas Schardt, Stefan Klug

STATSPEZ steht für statistische Tabellenspezifikation und ist eine Client-Server-Anwendung, die vielfältige einfach zu handhabende Werkzeuge zur Spezifikation, Erzeugung und Präsentation statistischer Auswertungen in Tabellenform bietet. Auf der Grundlage der Richtlinien zur Spezifikation statistischer Tabellen ist im statistischen Verbund¹⁾ mit dem STATSPEZ-System ein automatisiertes Verfahren eingeführt worden, dass zum einen den Arbeitsablauf rationalisiert und zum anderen zu einheitlicheren Ergebnissen führt.

Entstehung und Ziele von STATSPEZ

Der Prozess zur Erstellung von Programmervorgaben für die statistische Verbundentwicklung ist formulargestützt. Er ist angelehnt an die Richtlinien zur einheitlichen Spezifikation im Statistischen Verbund. Die Formulare wurden bisher handschriftlich oder über Textverarbeitung auf dem PC erstellt. Die resultierenden Vorgaben, die weder maschinell auswertbar noch wiederverwendbar waren, musste der Programmierer lesen, verstehen und manuell in Programmcode umsetzen – ein aufwendiger und fehlerträchtiger Prozess.

Der statistische Programmierverbund beschloss daher mit STATSPEZ eine Client-Server-Entwicklungsumgebung zu schaffen, welche diese Fehlerquellen beseitigt und

den Workflow weitgehend automatisiert. Es wurden Werkzeuge erstellt, die Programmteile in SPLV (Statistisches Problemlösungs-Verfahren)²⁾ oder vollständig ablauffähige SPLV-Programme erzeugen. Mit Hilfe der generierten Programme können von den Fachabteilungen eigenständig Auswertungen auf dem PC durchgeführt und Statistiken erstellt werden. Diese Ergebnisse können auf den Arbeitsplatzrechner exportiert werden. Mit den vorhandenen Standard-Tools (z. B. Microsoft®-Word oder -Excel) kann eine weitere Auf- und Nachbereitung erfolgen.

Vorrangiges Ziel der Entwicklungsarbeiten war die Unterstützung der Erstellungsvorgänge und die Wiederverwendbarkeit von Zitiertbibliotheken mit Satzbeschreibungen, Gliederungen und Eigenschaften. Gleichzeitig sollte die Einheitlichkeit der Vorgaben und Dokumente erreicht werden. Dieses Ziel wird mit dem Einsatz des Datensatzbeschreibungs-Editors zur Beschreibung der Datenstruktur und des Spezifikationseditors zur Erstellung von Tabellenspezifikationen

1) Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder arbeiten gemeinsam in einem IT-Verbund, in welchem Software arbeitsteilig geplant, konzipiert und koordiniert erstellt wird.

2) SPLV (Statistisches Problemlösungsverfahren) ist eine plattformunabhängige, problemorientierte, stark an den Aufgaben im Bereich der statistischen Auswertung orientierte Programmiersprache.

umgesetzt, so dass die fachlichen Vorgaben maschinell auswertbar und für die Programmierung wiederverwendbar sind.

Mit der gesamten STATSPEZ-Entwicklungsumgebung (Kernstück ist der integrierte SPLV-Compiler) soll der Fachabteilung ein Werkzeug an die Hand gegeben werden, das nicht nur die Spezifikationskomponenten erstellt, sondern den Anwender bei der Erstellung der Vorgaben bis hin zur Ergebnisaufbereitung unterstützt. Dies wurde durch die zusätzlichen Editoren zur Beschreibung der Tabellenmatrix, zur Darstellung des Druckbildes und zum Aufbau der Programmstruktur (Tabelleneditor, Layouteditor bzw. Problemstruktureditor) erreicht.

Darüber ermöglicht STATSPEZ

- eine integrierte Benutzerverwaltung,
- eine automatisierte Software-Verteilung,
- die gemeinsame Nutzung von Objekten,
- die Verarbeitung von Großrechner-Datenbeständen auf dem PC,
- die Speicherung von Daten und Tabellen in metadatengestützten XML-Formaten sowie die Konvertierung nach Word, Excel, HTML oder PDF.

Organisatorischer Aufbau des Systems

Durchlässigkeit
des Systems
über vier
hierarchische
Arbeitsebenen

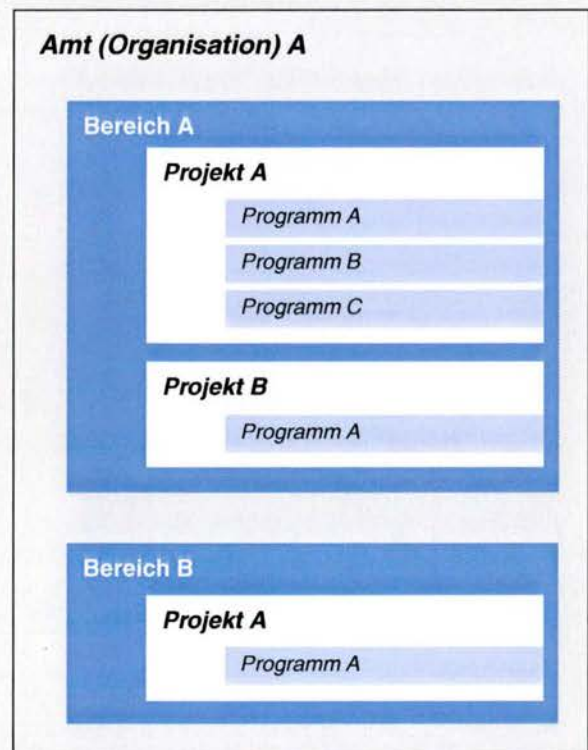
STATSPEZ ist hierarchisch strukturiert und gliedert sich in 4 Ebenen. Die oberste stellt die Ebene eines Amtes (z. B. Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt) oder eines Unternehmens dar. Ihr nachgeordnet ist die Bereichsebene. Es folgt die Projektebene und schließlich die Programmebene.

Innerhalb des STATSPEZ-Systems können beliebig viele Bereiche, Projekte bzw. Programme auf den jeweiligen Ebenen angelegt werden. Auf jeder Ebenen können die STATSPEZ-Objekte, wie z. B. die Datensatzbeschreibungen, Spezifikationen und Merkmale, eingerichtet werden. Je nachdem auf welcher Ebene ein Objekt angelegt wird, ist dieses auf darunter liegenden Ebenen sichtbar und nutzbar.

Die Rechtevergabe erfolgt über eine integrierte Benutzer- und Objektverwaltung. Mit Hilfe der Benutzerverwaltung werden Benutzer eingerichtet, Passwörter für das Login vergeben, die Benutzer einer oder mehreren

Integrierte
Benutzer-
verwaltung
regelt Vergabe
der Zugriffs-
rechte

S1 Aufbau der STATSPEZ-Ebenen



Ebenen zugeordnet und Lösungs-, Veränderungs- sowie Verwendungsrechte an Objekten dieser Ebenen vergeben. Die Objektverwaltung dient im Wesentlichen der Freigabe und Sperrung von Objekten der verschiedenen Ebenen.

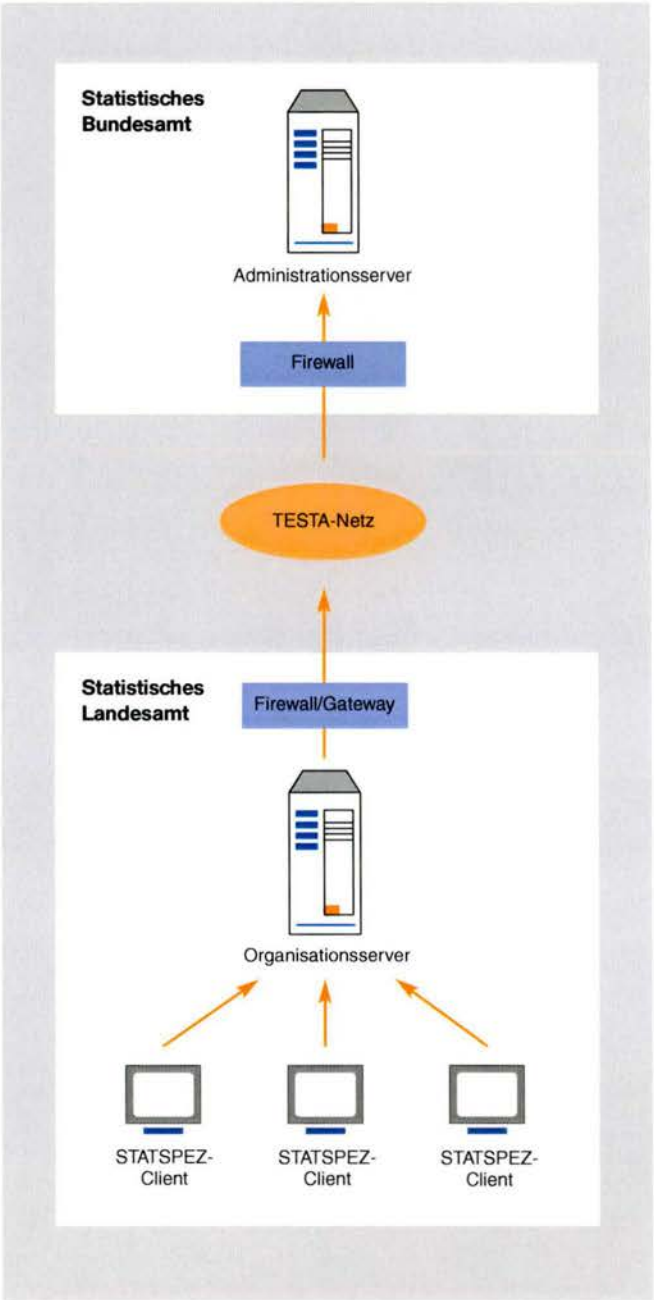
Vorteile durch Client-Server-Entwicklungsumgebung

STATSPEZ wurde als Client-Server-Anwendung realisiert. Sämtliche Informationen des Entwicklungsprozesses werden in einer integrierten Datenbank abgelegt. Sie kann auf einem zentralen Server im Netz geführt und damit auch zentral gesichert werden. Die Möglichkeit, dass Fachabteilung und Programmierung gleichzeitig an einem Projekt arbeiten, ist somit gegeben. Das Einrichten einer lokalen Datenbank ist ebenfalls möglich.

Vor der Einführung von STATSPEZ arbeitete jedes Statistische Landesamt mit IT-Systemen des eigenen Hauses, ein länderübergreifender Zugriff war nicht möglich. Da im Statistischen Programmierverbund häufig Datenbestände mit identischem Aufbau zu bearbeiten sind, ist der mit der verteilten STATSPEZ-Datenbank realisierte gemeinsame Zugriff aller Statistischen Ämter auf einheitliche Meta-Informationen und Auswertungsprogramme sowie die automatische Verteilung dieser Meta-Informationen von großem Vorteil. Auch Updates sowie neue STATSPEZ-Programmversionen können automatisiert verteilt werden. In der „Verteilungsversion“ wird von jedem angeschlossenen Amt eine eigene Organisationsdatenbank verwaltet, in der sich alle Änderungen

Systemumgebung mit verteilter Datenbank erleichtert auch Arbeiten im Statistischen Programmierverbund

S2 Verbindung des Organisationsserver mit dem Administrationsserver über TESTA-Netz



eines Amtes niederschlagen. Zwischen den einzelnen Ämtern werden eingegebene Änderungen über den zentralen Administrationsserver im Statistischen Bundesamt verteilt. Die Kommunikation wird über das TESTA-Netz abgewickelt.

Die verteilte Datenbank unterscheidet zwischen privaten und öffentlichen Ebenen. Die privaten Ebenen sind in allen Organisationen sichtbar, jede Organisation kann aber neben der öffentlichen Ebene nur die eigene private nutzen. Die öffentlichen Ebenen sind in allen Organisationen sichtbar; freigegebene Objekte können von allen Organisationen benutzt werden. Die Verteilung einer öffentlichen Ebene kann zudem auf bestimmte Organisationen eingeschränkt werden.

Mit diesem Zugriff auf die verteilte Datenbank entfallen Versand und Installationsaufwand der Auswertungsprogramme sowie der Meta-Informationen. Um Änderungen durchzuführen können Objekte vom pro-

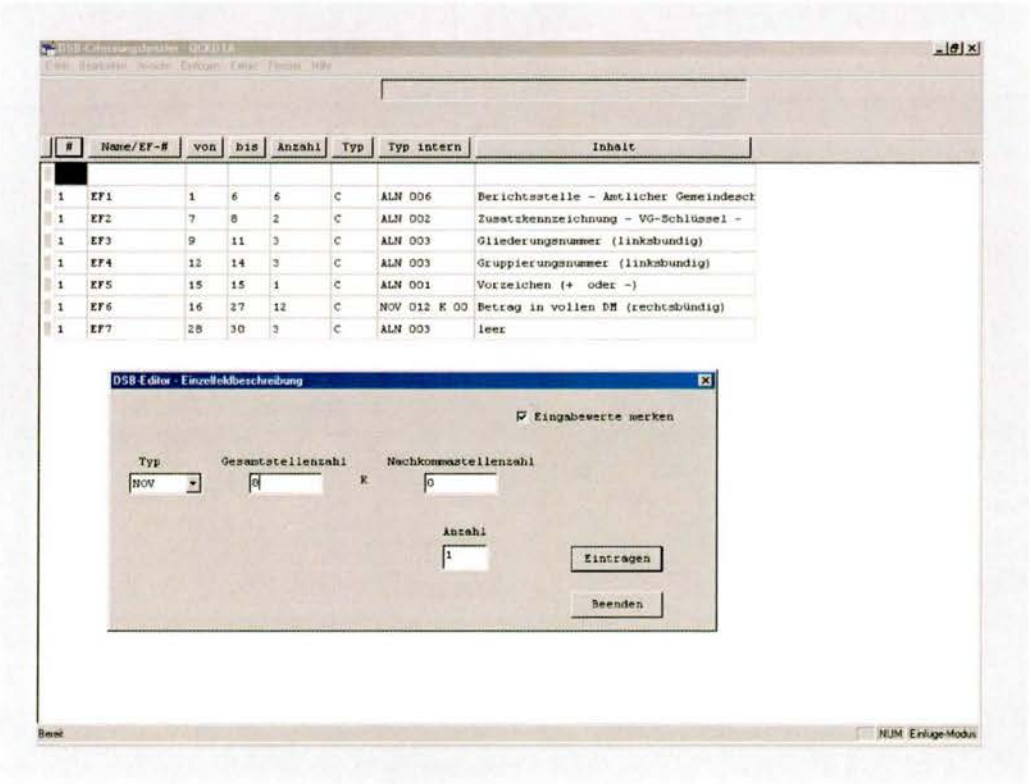
grammierenden Land gesperrt, anschließend bearbeitet und durch erneute Freigabe automatisch über den Admin-Server im Statistischen Bundesamt an die Länder verteilt werden.

Die realisierten Werkzeuge:
DSB-Editor, Tabellen-Editor, Formular-Editor, PL-Editor

Mit dem Datensatzbeschreibungs-Editor wird der zu verarbeitende Datenbestand einmalig beschrieben. Für jedes Datenfeld werden der Typ, die Stellenzahl, der Name und die Lage innerhalb des Datensatzes eingetragen. Lediglich der Feldtyp ist an der vorgesehenen Position des Feldes im Daten-

Beschreibung von Datensätzen mit dem DSB-Editor

S 3 Datensatzbeschreibungs-Editor (DSB-Editor)



S4 Spezifikations-Editor

Spezifikation - Gliederungen bearbeiten

Allgemeines

Bezug

Ausprägungen

ANLAGE2B001-074-1

Pos.	Ausprägungs-Name	FS	Drucktext	Drucktext für Spalten	Formel
1	ANLAGE2B001-074-1		Personalausgaben		(4)
2	ANLAGE2B001-074-2		laufender Sachaufwand		(50 ,51 ,52 ,53 ,54 ,55
3	ANLAGE2B001-074-3		sächliche		(50 ,51 ,52 ,53 ,54 ,55
4	ANLAGE2B001-074-4		Erstattungen an andere		(675,676,677)
5	ANLAGE2B001-074-5		sonstige Zuschüsse für		(717)
6	ANLAGE2B001-074-6		Zinsausgaben		(800,801,802,803,804,808)
7	ANLAGE2B001-074-7		an öffentlichen		(800,801,802,803)
8	ANLAGE2B001-074-8		an andere Bereiche		(804,808)
9	ANLAGE2B001-074-9		laufende Zuweisungen		(670,671,672,673,674,710,7
10	ANLAGE2B001-074-10		an öffentlichen		(670,671,672,673,674,710,7
11	ANLAGE2B001-074-11		allgemeine		(821,822,823,824,831,832,8
12	ANLAGE2B001-074-12		an Land		(821,831)
13	ANLAGE2B001-074-13		an Gemeinden (Gv.)		(822,832)
14	ANLAGE2B001-074-14		an Zweckverbände		(823,824,833)
15	ANLAGE2B001-074-15		Zuweisungen für		(670,671,672,673,674,710,7
16	ANLAGE2B001-074-16		an andere Bereiche		(715,716,725,726,727,73
17	ANLAGE2B001-074-17		laufende Zuschüsse		(715,716)
18	ANLAGE2B001-074-18		Renten,		(73 ,74 ,75 ,76 ,77 ,78
19	ANLAGE2B001-074-19		Schuldendiensthilfen		(725,726,727)

Prüfen

Speichern

Beenden

S5 Tabellen-Editor

Tabelle-Assistent [TAB1]

Beschreibung der Operationen auf der Tabellenmatrix

☒ Aktion in der SPALTEN-Beschreibung

ZEILEN-Beschreibung für 32 Zeilen

1

☐ GLD-VERBANDSGEMEINDE

2

☐

GLD-NR-13

GLD-NR-2-6-7

SPALTEN-Beschreibung für 6 Spalten mit Aktion

1

☐ GRP-SP-1-2 LEER

GRP-SP-4-5 GRP-SP-ZUSATZ

2

☐

AKTION + EF4

Technische Sicht [TAB1]

Tabelle Bearbeiten Einfügen Ansicht Extras Hilfe

				LEER	
		+ EF4	+ EF4		+ EF
		1	2	3	4
34001	13 Brandschutz	1			
	2 Schulen	2			
	6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	3			
	7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	4			
34002	13 Brandschutz	5			
	2 Schulen	6			
	6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	7			
	7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	8			
34003	13 Brandschutz	9			
	2 Schulen	10			
	6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	11			
	7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	12			

Prüfen

88 Layout-Editor

Verw. be-zirk	Aufgabengebiet	Erwerb von Sachvermögen	Baumaßnahmen	Zuweisungen und Zuschüsse für Invest		
				insgesamt	an öffent-lichen Bereich	a. sons. Bere
		932 + 935	94 ./.. 347	98	980 - 984	985 -
34001	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34002	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34003	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34004	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34005	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34006	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34007	13 Brandschutz 2 Schulen 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung					
34008	13 Brandschutz 2 Schulen					

satz explizit anzugeben, alle weiteren Informationen, wie Feldname, Anfangs- und Endposition des Feldes, werden automatisch ermittelt.

Zu bestehenden Datensatzbeschreibungen können Spezifikationen erstellt werden, die einen Bezug zu den im Datensatz verwendeten Feldern haben. Diese Spezifikationen können Gliederungen, Eigenschaften oder Rechenoperationen verkörpern, die später beim Tabellenaufbau herangezogen werden. Gliederungen z. B. beschreiben die Ausprägungen eines Eingabefeldes mit den zugehörigen Drucktexten für die Tabelle.

Mittels des Tabellen-Editors wird in mehreren Schritten die Struktur einer zu erstellen- den Tabellenmatrix erzeugt. Dazu werden die zuvor angelegten Spezifikationen ge-

nutzt. Des Weiteren können Zeilen- und Spaltenoperationen definiert werden.

Im Layout-Editor wird die Druckaufbereitung der fertigen Tabelle beschrieben. Überschriften und Fußnoten können erstellt und eingefügt, erzeugte Kopf- und Vorspaltentexte verändert, Rahmen und Linien zur Gestaltung der Tabelle eingefügt und Masken zur Druckaufbereitung der Werte ausgewählt werden.

Wie und wo wird STATSPEZ eingesetzt?

Im Bereich der Verbundprogrammierung kommt STATSPEZ zunehmend zum Einsatz. In 25 Bereichen wurden Projekte bereits umgesetzt, so z. B. bei der Wohngeldstatistik, dem Mikrozensus und der Krankenhaussta-

Darstellung des Druckbildes mit dem Layout-Editor

Erstellung von Spezifikationen mit dem Spezifikations-Editor

Beschreibung der Tabellenmatrix mit dem Tabellen-Editor

tistik. Die Neuentwicklungen der Auswertungsprogramme werden in STATSPEZ realisiert; die im Einsatz befindlichen SPLV-Großrechnerverfahren werden Zug um Zug auf STATSPEZ umgestellt. In verschiedenen Bereichen, wie z. B. der Insolvenzstatistik, Gewerbeanzeigenstatistik und den Dienstleistungsstatistiken, erstellen die Fachabteilungen mit den entwickelten Auswertungsprogrammen eigenständig ihre Tabellen und konvertieren sie zur Weiterverarbeitung oder Veröffentlichung nach Word bzw. Excel. Auch landeseigene Aufgaben, wie die Haus-

haltsansatzstatistik oder die Auswertung der Lohnsteuererlegung, werden mit STATSPEZ abgewickelt.

Thomas Schardt betreut als Anwendungs- und Organisationsprogrammierer den Einsatz von STATSPEZ; Stefan Klug, Diplom-Informatiker, leitet das Referat Programmentwicklung und -betreuung für die amtliche Statistik.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann

ifo Geschäftsklima hat sich im September leicht verschlechtert

Im September hat sich das ifo Geschäftsklima für Deutschland zum zweiten Mal in Folge leicht verschlechtert. Der ifo Geschäftsklimaindex, der als qualitativer Frühindikator der Konjunktur gilt, sank von 95,3 auf 95,2 Punkte. Angesichts des stark gestiegenen Rohölpreises und der leicht rückläufigen US-Konjunktur war von Experten allerdings mit einer stärkeren Eintrübung gerechnet worden. Die weitere konjunkturelle Entwicklung wird uneinheitlich eingeschätzt.

Für das schwächere Geschäftsklima im September sind die schlechteren Zukunftserwartungen der Unternehmen verantwortlich. Die 7 000 Unternehmen, die vom ifo Institut befragt worden sind, schätzten ihre aktuelle Geschäftslage fast unverändert ein. Der Teilindex der Lage verbesserte sich von 94,7 auf 94,8 Punkte. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate haben sich hingegen erneut verschlechtert, und zwar von 95,9 auf 95,7 Punkte. Nach wie vor ist der Export der Motor der Konjunktur; allerdings rechnen die Unternehmen in den kommenden Monaten mit einer leichten Abschwächung ihres Auslandsgeschäfts.

Der Großhandel verzeichnete im September eine Klimaverbesserung. Bei den Großhändlern haben sich sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen verbessert. Weiter verschlechtert hat sich wegen der immer noch schwachen Binnen-

nachfrage die Stimmung im Einzelhandel. Zwar wird die aktuelle Geschäftslage von den Einzelhändlern gegenüber dem Vormonat günstiger beurteilt, die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich jedoch verschlechtert.

Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe ist ebenfalls rückläufig. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die -erwartungen für die kommenden Monate sind getrübt. Im Bauhauptgewerbe beurteilen die Unternehmen ihre Lage etwas besser. Ihre Geschäftserwartungen haben sich jedoch verschlechtert.

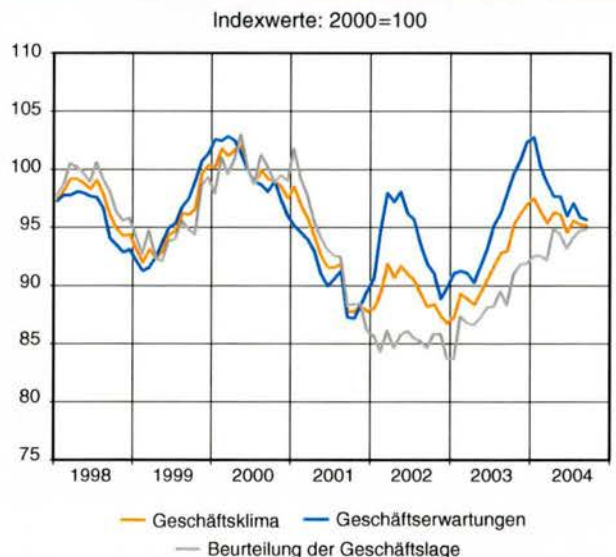
Leichte Verbesserung im Großhandel, im Einzelhandel und im verarbeitenden Gewerbe

Zum zweiten Mal in Folge Rückgang des Geschäftsklimas

Zukunfts-
erwartungen der
Unternehmen
skeptischer

Stand:
September
2004

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nehmen zu – auch Bauaufträge leicht gestiegen

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes z. B. aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im verarbeitenden Gewerbe sind die Auftragseingänge im Juni 2004 gestiegen. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 7,6%. Die Zuwachsrate ist im Vergleich zum Vormonat fast unverändert geblieben (Mai 2004: +7,7%).

Wie in den Vormonaten ist die günstige Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe hauptsächlich auf die Zunahme der Bestellungen aus dem Ausland zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen im Juni dieses Jahres real um 12,3% über dem Juni des Vorjahres. Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz profitiert also weiterhin von einem noch günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

Die Auftragseingänge aus dem Inland legten im Vergleich zum Juni 2003 nur um 3,2% zu. Die Zuwachsrate hat sich zum vierten Mal in Folge abgeschwächt; sie lag um 1,7 Prozentpunkte unter der Rate vom Mai 2004.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Juni 2004 real gut 11% mehr Bestellungen als im entspre-

chenden Vorjahresmonat. Die Zuwachsrate ist im Vergleich zum Vormonat leicht gestiegen (+1,4 Prozentpunkte). Den stärksten Beitrag lieferten hierzu die Aufträge aus dem Ausland, die im Vergleich zum Juni 2003 um fast 16% höher waren. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen im Vergleich zum Juni 2003 dagegen nur um 6,8%.

Auch im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) sind die Auftragseingänge stark gestiegen. In dieser Branche nahm das Volumen der Auftrags-eingänge gegenüber dem Juni des Vorjahres um fast 11% zu. Die Zuwachsrate schwächte sich im Vergleich zum Vormonat jedoch um mehr als 3 Prozentpunkte ab. Ursache für diese Abschwächung war der Rückgang der inländischen Bestellungen, die um 1% sanken. Die Auslandsbestellungen stiegen im Vergleich zum Juni 2003 um knapp 20%.

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) hat sich das Wachstum der Auftrags-eingänge im Juni 2004 weiter abgeschwächt. Die Auftragseingänge erhöhten sich in dieser Branche im Vergleich zum Juni 2003 um 5% nach einem Plus von fast 8% im Mai dieses Jahres. In dieser Branche stiegen die Bestellungen aus dem Inland stärker als die Auslandsbestellungen. Im Vergleich zum Juni 2003 nahmen die Inlandsbestellungen um 6,5% zu, während die Auftragseingänge aus dem Ausland nur um 2,9% stiegen.

In der chemischen Industrie, die in Rheinland-Pfalz mit einem Umsatzanteil von 32% die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes ist, hat sich die Geschäftslage – nach einer längeren Schwächephase – in den letzten Monaten deutlich verbessert. Seit Februar verbucht die chemische Industrie

Im Maschinenbau kräftiger Anstieg der Auftrags-eingänge aus dem Ausland

Weniger Aufträge in der Metallerzeugung und -verarbeitung

Geschäftslage in der chemischen Industrie verbessert sich von Monat zu Monat

Zuwächse bei den Auftragseingängen, und die Steigerungsraten sind von Monat zu Monat größer geworden. Im Juni 2004 stieg der Volumenindex der Auftragseingänge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 8,5%. Damit lag die Wachstumsrate um 1,7 Prozentpunkte über derjenigen des Vormonats. Dieser Zuwachs wurde ausschließlich durch das Auslandsgeschäft getragen. Die Auslandsaufträge stiegen im Vergleich zum Juni 2003 um fast 14 Prozent. Die Auftragseingänge aus dem Inland waren rückläufig; sie sanken gegenüber Juni 2003 um 0,5%.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe kräftig gestiegen

Auch im Bauhauptgewerbe hat sich die Auftragslage verbessert. Der Index des Auftragseingangs ist im Juni 2004 gegenüber Juni 2003 um 4,9% gestiegen. Damit ist die Zuwachsrate im dritten Monat in Folge positiv; allerdings ist die Rate im Vergleich zum Vormonat um gut 3 Prozentpunkte gefallen. In Rheinland-Pfalz entwickeln sich die Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes günstiger als im Bundesdurchschnitt. In Deutschland sind die Bauaufträge nach wie vor rückläufig; im Juni nahmen sie im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 8,7% ab.

Zahl der Baugenehmigungen nimmt weiter ab

Die Baugenehmigungen sind in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Vorjahr erneut stark gesunken. Im Juni 2004 gingen sie im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um mehr als 20% zurück. In Deutschland belief sich der entsprechende Rückgang auf 13%.

Schwache Umsatzentwicklung im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur lau-

fen und sich verändern. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze haben sich im Juni 2004 preisbereinigt gegenüber Juni 2003 nur leicht erhöht (+0,4%). Weiterhin wartet der Einzelhandel auf eine Erholung. Die sehr verhaltene Umsatzentwicklung in den zurückliegenden Monaten zeigt, dass sich die Verbraucher – angesichts vieler Unwägbarkeiten – mit ihren Käufen zurückhalten.

Nur schwacher Umsatzzuwachs im Einzelhandel

Der Großhandel verzeichnete im Juni 2004 – wie schon im Vormonat – im Jahresvergleich einen Umsatzrückgang. Der reale Umsatz sank im Vergleich zum Juni 2003 um 2,8%.

Für das Gastgewerbe ist der Abwärtstrend, der seit dem Sommer 2003 besteht, ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im Juni 2004 gegenüber dem Juni des Vorjahres real um 5,5%. Damit hat sich der Abwärtstrend weiter beschleunigt. Auch in dieser Branche macht sich die anhaltende Konsumzurückhaltung der Verbraucher bemerkbar.

Ungebrochener Abwärtstrend im Gastgewerbe

Verbraucherpreise im September moderat gestiegen

Preisindizes – insbesondere der Preisindex der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der Verbraucherpreisindex ist im September 2004 auf einen Wert von 106,1 gesunken. Er lag damit 0,4% unter dem Wert des Vormonats, aber 1,7% über dem Wert vom Sep-

Preissteigerungsrate gesunken

tember des Vorjahres. Damit ist die Preissteigerungsrate etwas rückläufig, im Vormonat hatte sie noch 2% betragen.

Verantwortlich für den Preisanstieg sind nach wie vor die Güter und Dienstleistungen der Gesundheitspflege (+21,5% im Vergleich zum September 2003), die alkoholischen Getränke und Tabakwaren (+7,6%), die Güter und Dienstleistungen im Bereich Verkehr (+3,7%) sowie im Bereich Bildungswesen (+2,7%).

Keine Entspannung am Arbeitsmarkt

Die Zahlen der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und der offenen Stellen sind nachlaufende Indikatoren, die weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagen, dafür aber wichtige Gesamtindikatoren für die Wirtschaftspolitik sind.

Zahl der Arbeitslosen im August gestiegen

Die Arbeitslosigkeit bleibt in Rheinland-Pfalz auf einem hohen Stand. Im August 2004 waren 155 723 Personen arbeitslos gemeldet – rund 808 Personen mehr als im Juli. Dieser leichte Anstieg im Vergleich zum Vormonat dürfte überwiegend saisonal bedingt sein.

Arbeitslosenquote unverändert

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im August 2004 auf 7,7%. Sie ist gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben. Im Vergleich zum August 2003 ist die Quote jedoch um 0,2 Punkte höher ausgefallen. Dieser Anstieg sagt zurzeit aber nur wenig über die Situation auf dem Arbeitsmarkt aus. Der Vergleich zum Vorjahr ist wegen der verschärften Regelungen für die Registrierung der Arbeitslosen und für die Zumutbarkeit einer angebotenen Tätigkeit nur eingeschränkt möglich. Darüber hinaus wurde zum 1. Januar 2004 die Abgrenzung des Arbeitslosenbegriffs geändert.

Nach der neuen Definition zählen die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zur Gruppe der Arbeitslosen.

Verglichen mit dem westdeutschen Durchschnitt ist die Arbeitsmarktlage in Rheinland-Pfalz günstiger. Wie bereits in den Vormonaten lag die rheinland-pfälzische Arbeitslosenquote auch im August 2004 unter der westdeutschen Quote.

Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer ist in Rheinland-Pfalz im Juli 2004 abermals kräftig gesunken. Dies hat auch saisonale Gründe; die Kurzarbeiterzahlen sind in den vergangenen Jahren im Juli gegenüber Juni oft rückläufig gewesen. Im Vergleich zum Juli des Vorjahres gab es im Juli 2004 rund 30% weniger Kurzarbeiter.

Weniger Kurzarbeiter

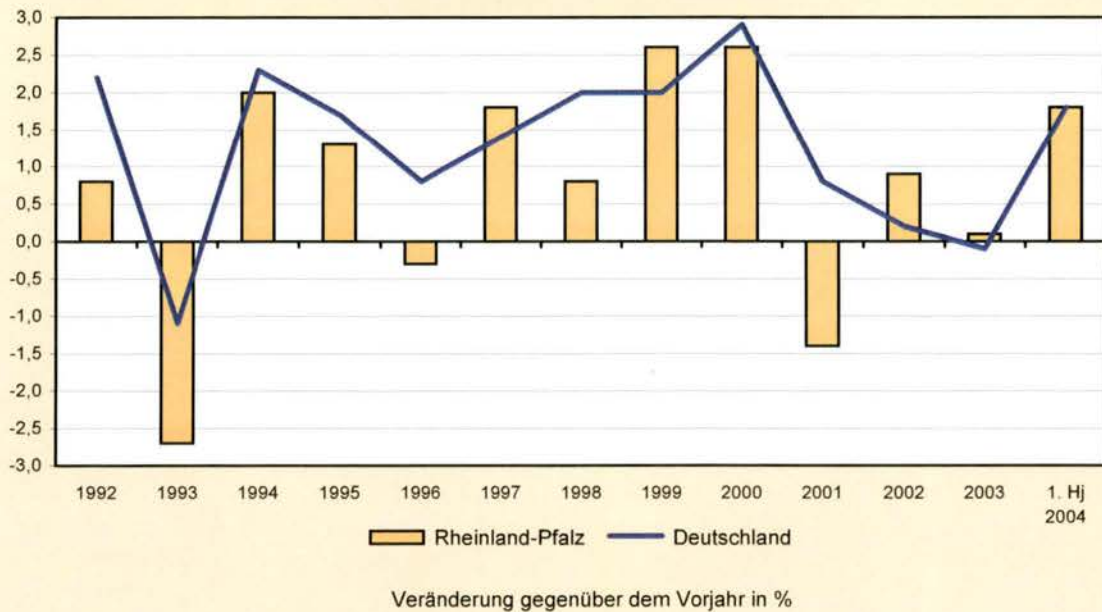
Die Zahl der offenen Stellen ist im Juli im Vergleich zum Vormonat um rund 4% gesunken. Auch dies dürfte saisonal bedingt sein. Es gibt derzeit allerdings auch im Vergleich zum Vorjahresmonat beträchtlich weniger offene Stellen in Rheinland-Pfalz. Im Juli 2004 war die Zahl der von den Unternehmen gemeldeten offenen Stellen gegenüber Juli 2003 um knapp 25% niedriger.

Weniger offene Stellen

Durch den kräftigen Rückgang der offenen Stellen und dem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen ist das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen weiter angestiegen. Es belief sich im Juli auf 7 Arbeitslose je offener Stelle. Im Juli 2003 lag diese Verhältniszahl noch bei 5 Arbeitslosen je offener Stelle, wobei ein Vergleich dieser beiden Zahlen aus den bereits genannten Gründen nur eingeschränkt möglich ist.

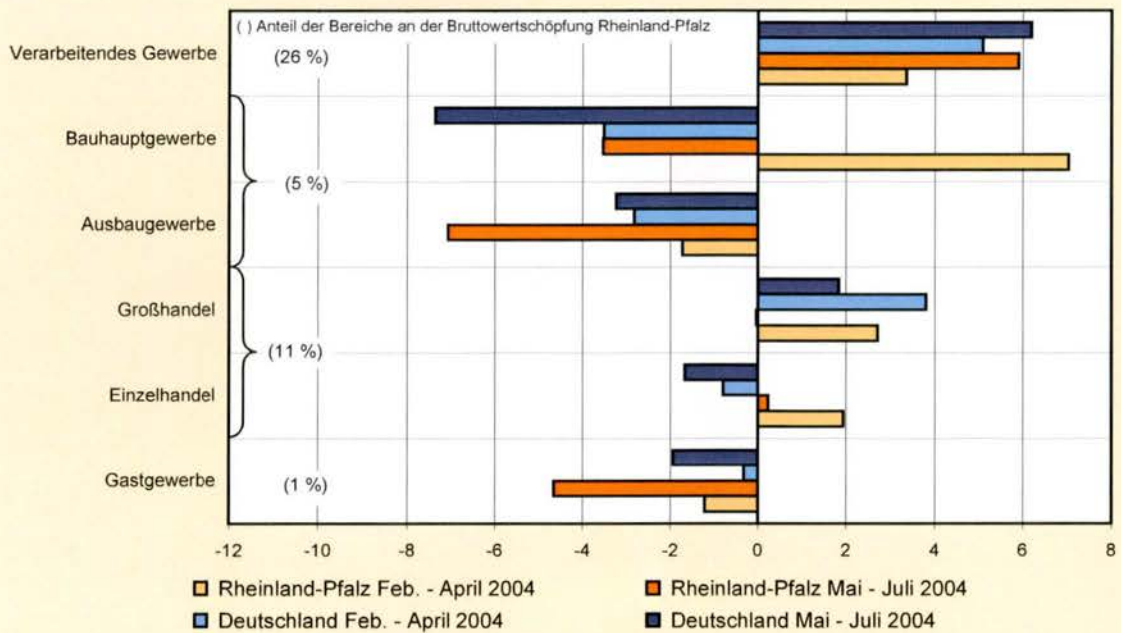
Dr. Ludwig Böckmann ist Leiter des Referats Analysen, Prognosen, Forschungsdatenzentrum.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: August 2004)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2004 im Februar 2005.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland

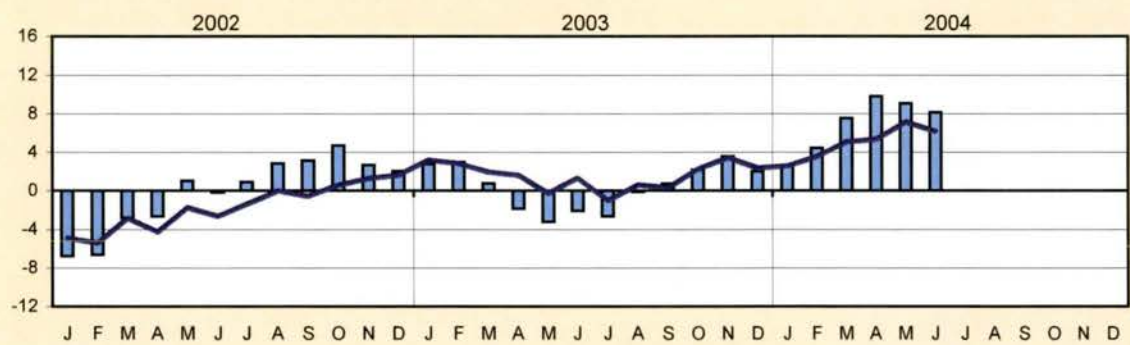


1) Ausbaugewerbe: Quartalsergebnisse.

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

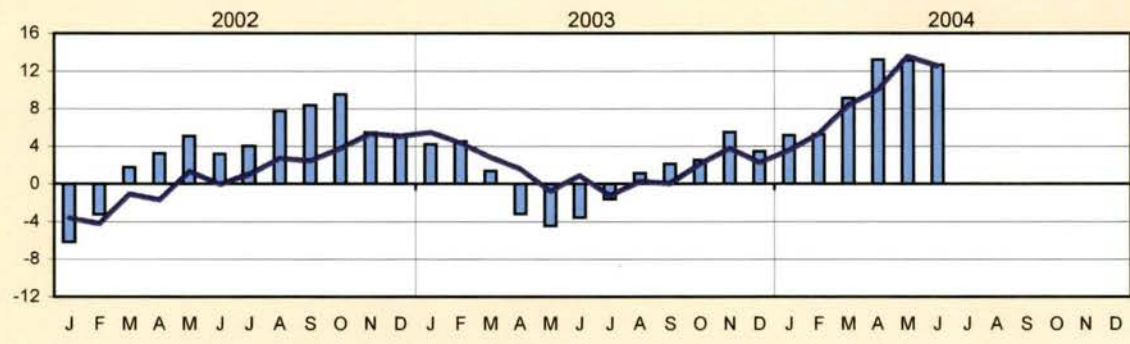
Insgesamt



Inland



Ausland



Auftragseingang Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

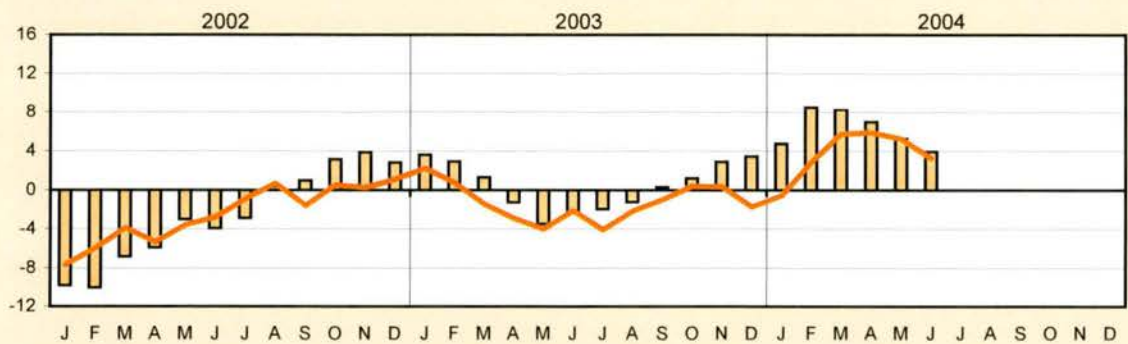
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

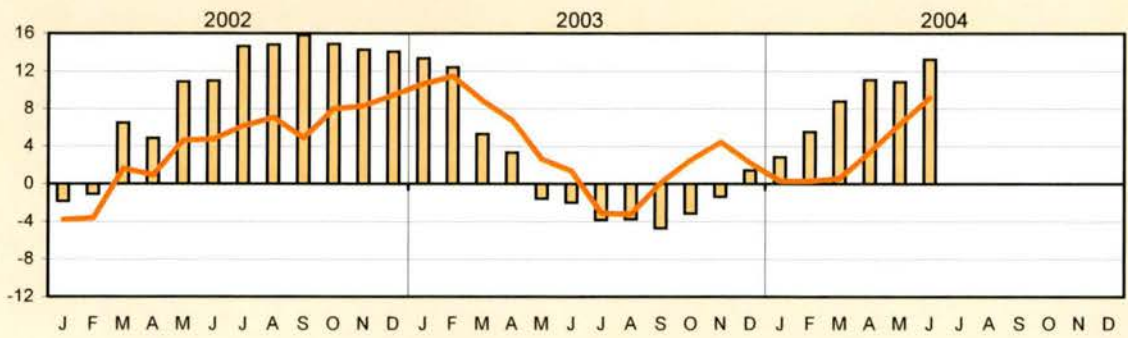
Insgesamt



Inland



Ausland

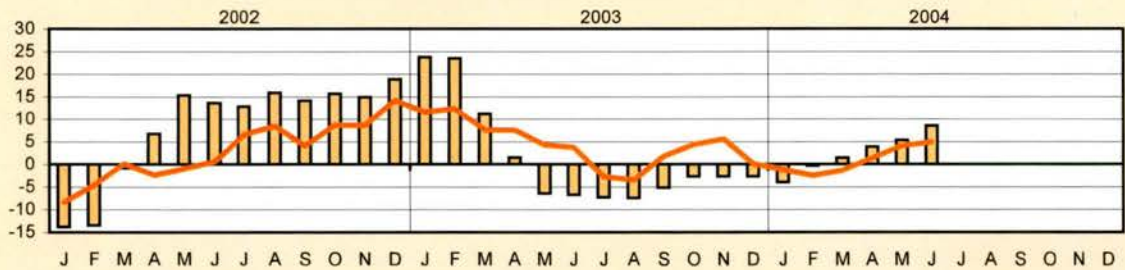


Auftragseingang Gesamtumsatz

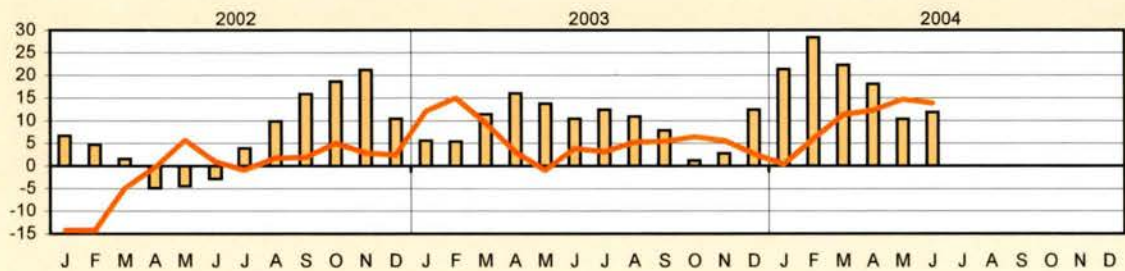
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 32%)



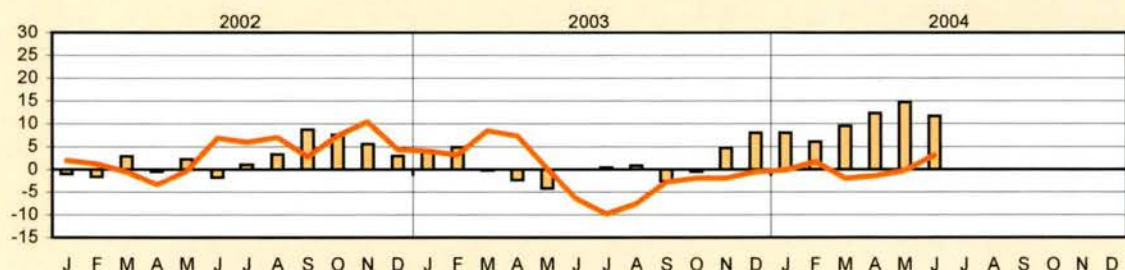
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 14%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 10%)



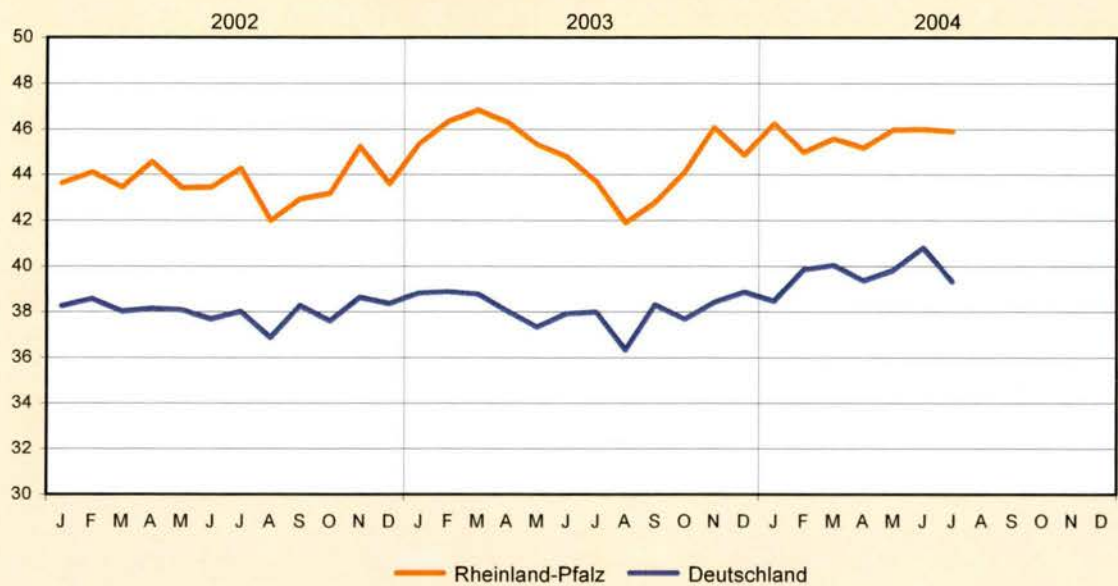
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

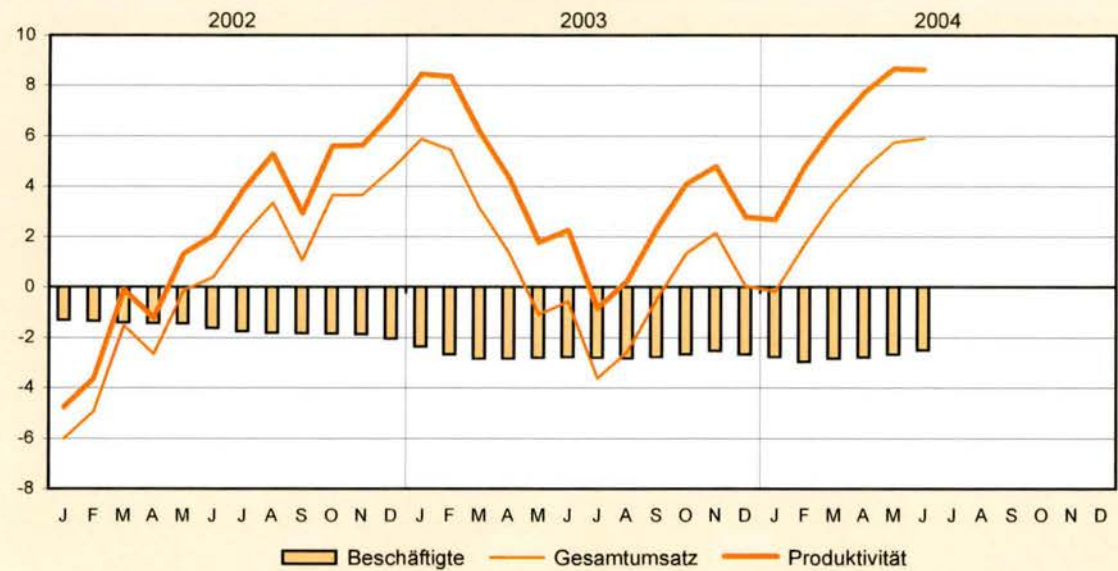
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Exportquote
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

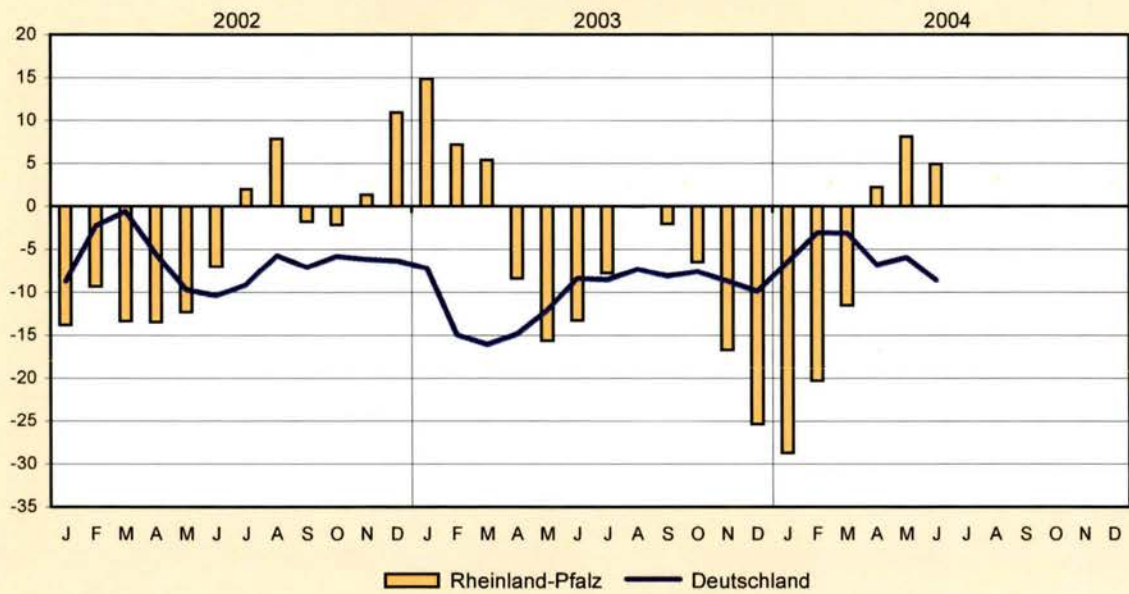
**Beschäftigte, Umsatz und Produktivität
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

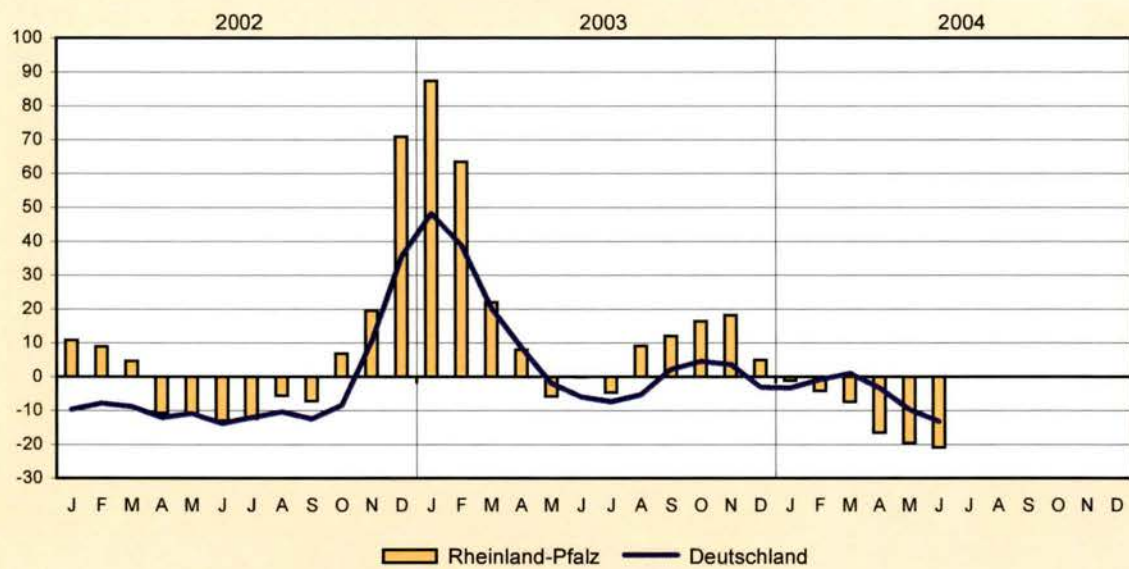
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



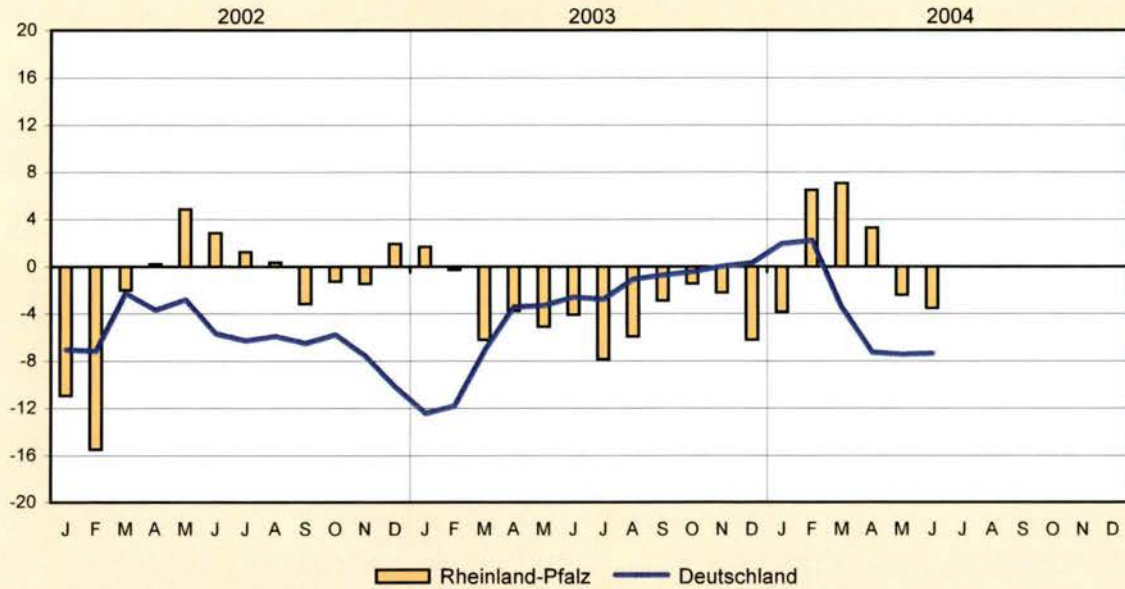
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen
Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

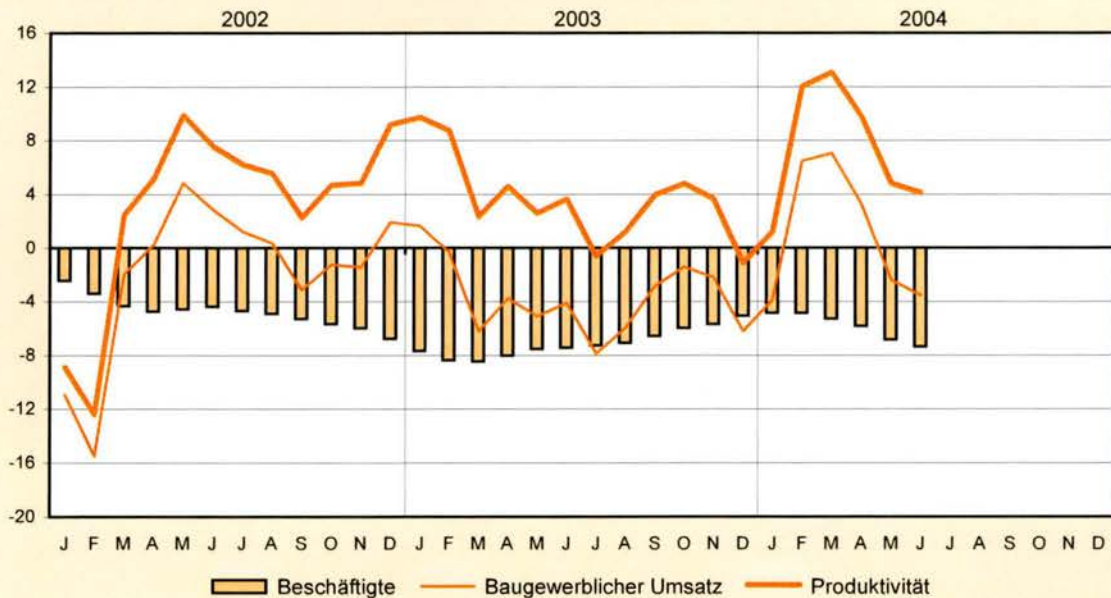
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

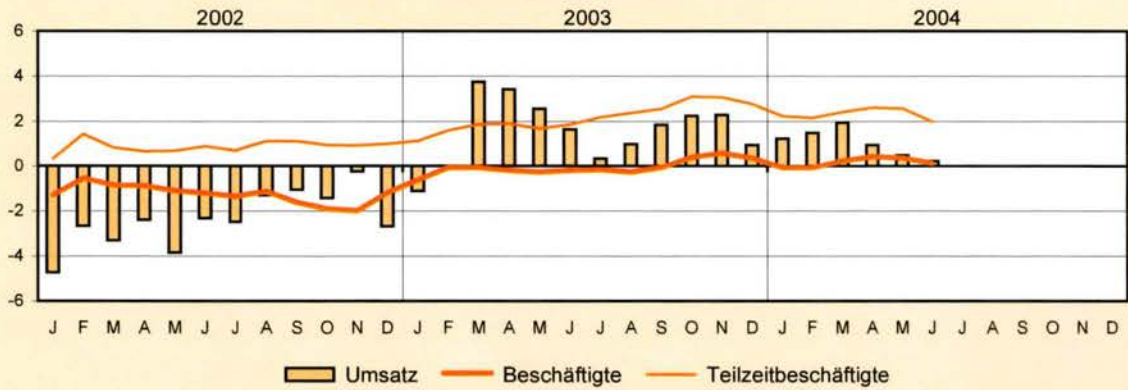
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

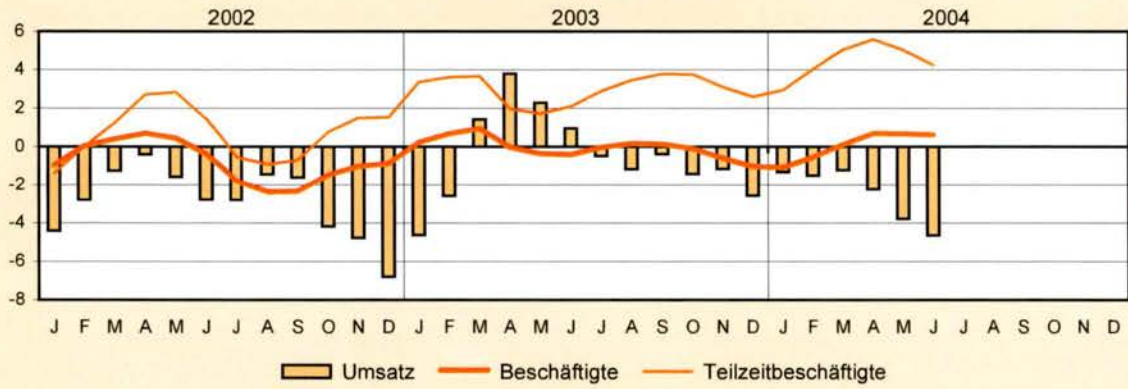
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2000=100)
in Rheinland-Pfalz



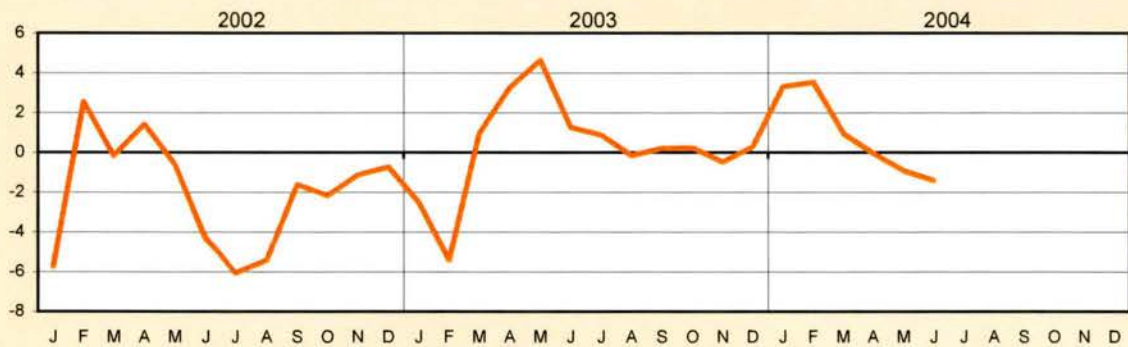
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2000=100)
in Rheinland-Pfalz



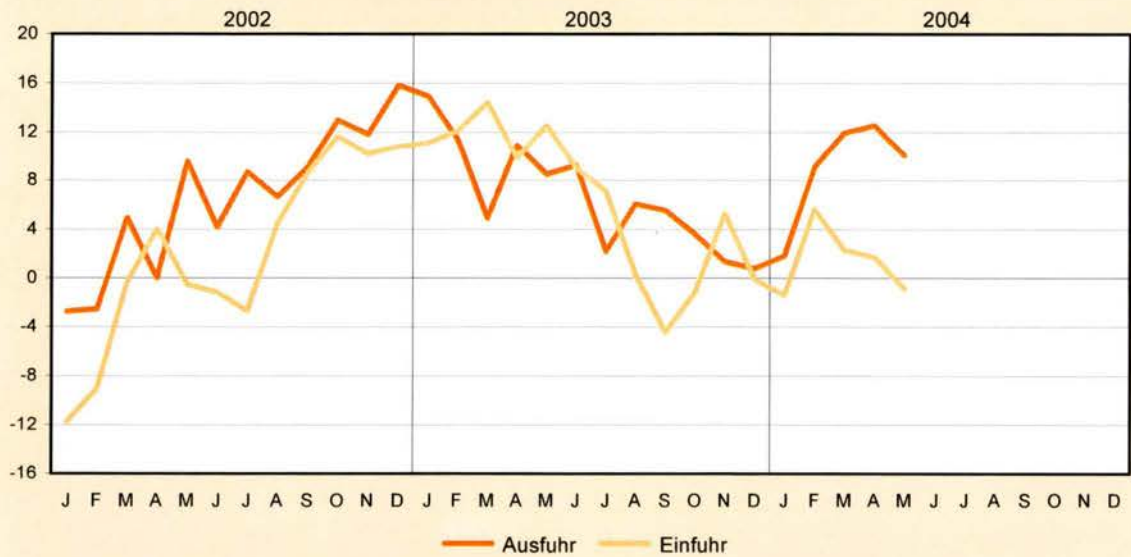
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



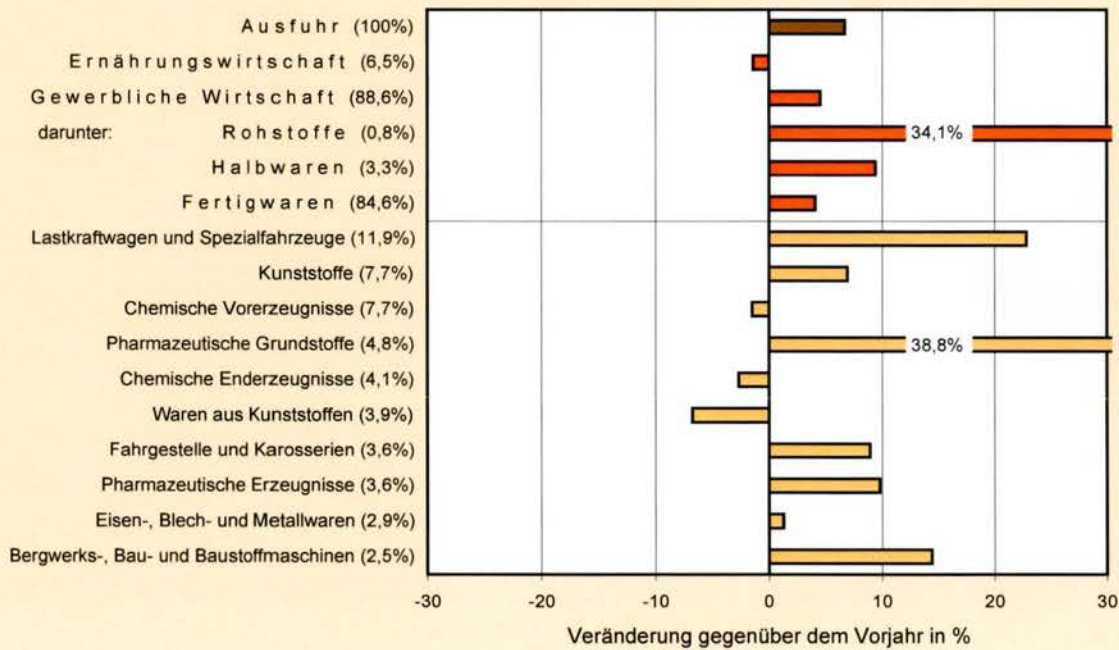
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

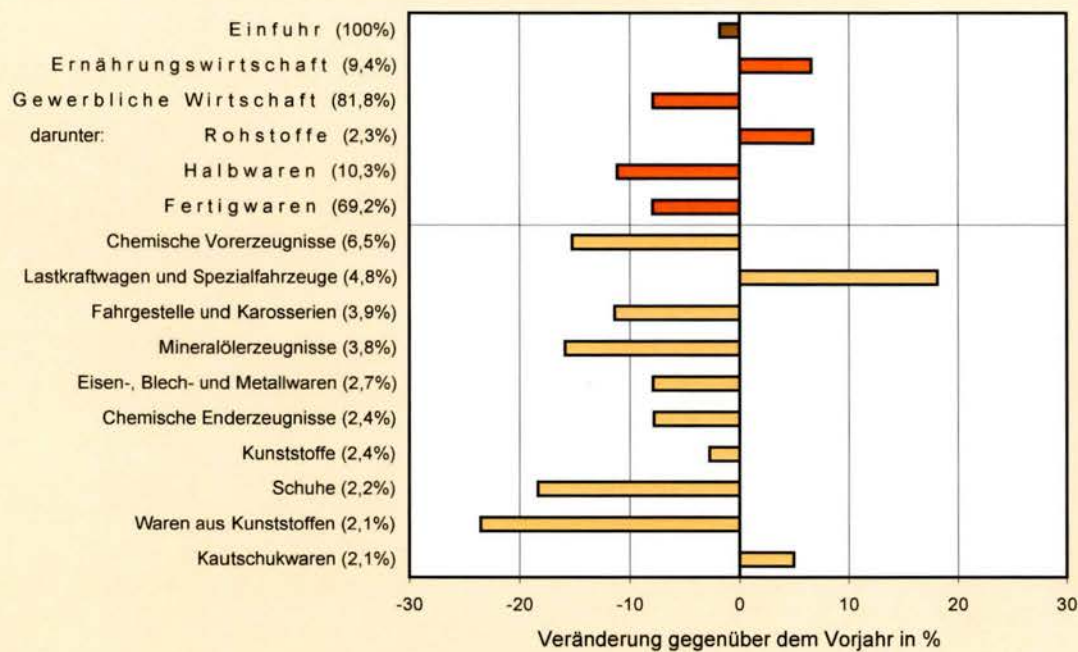


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Juli 2003 - Juni 2004)

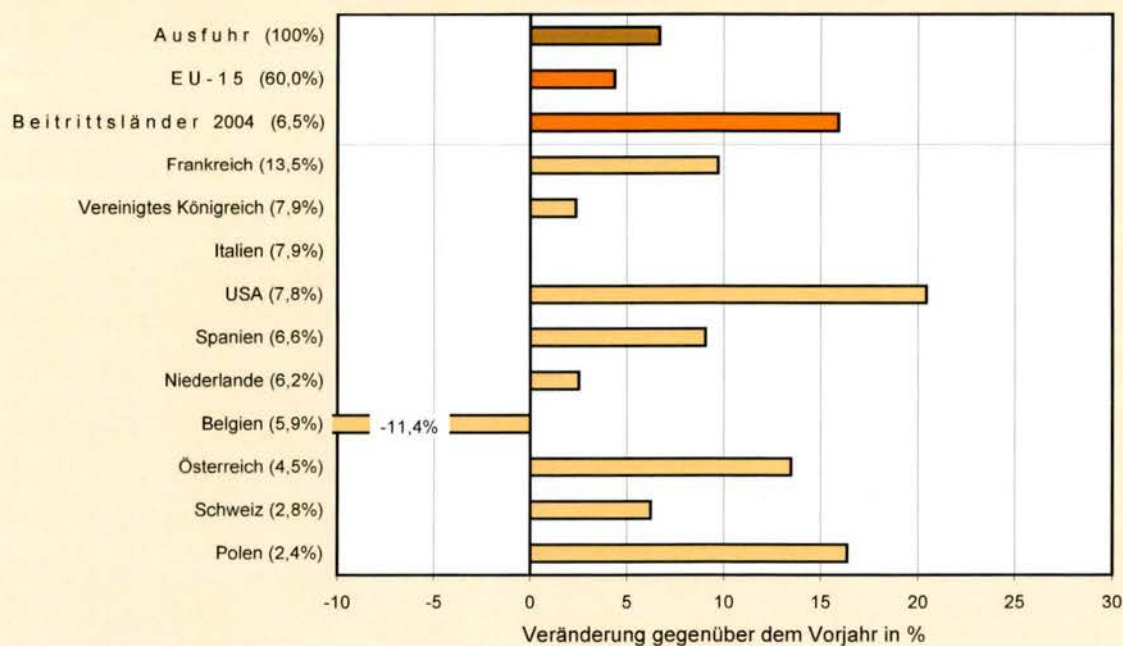


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Juli 2003 - Juni 2004)

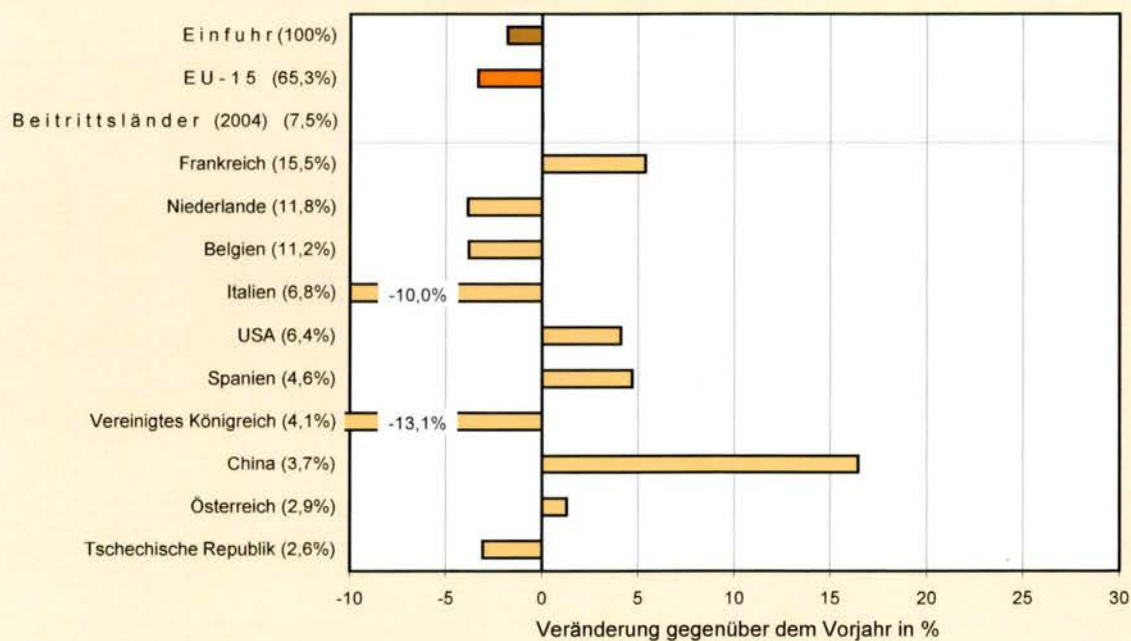


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

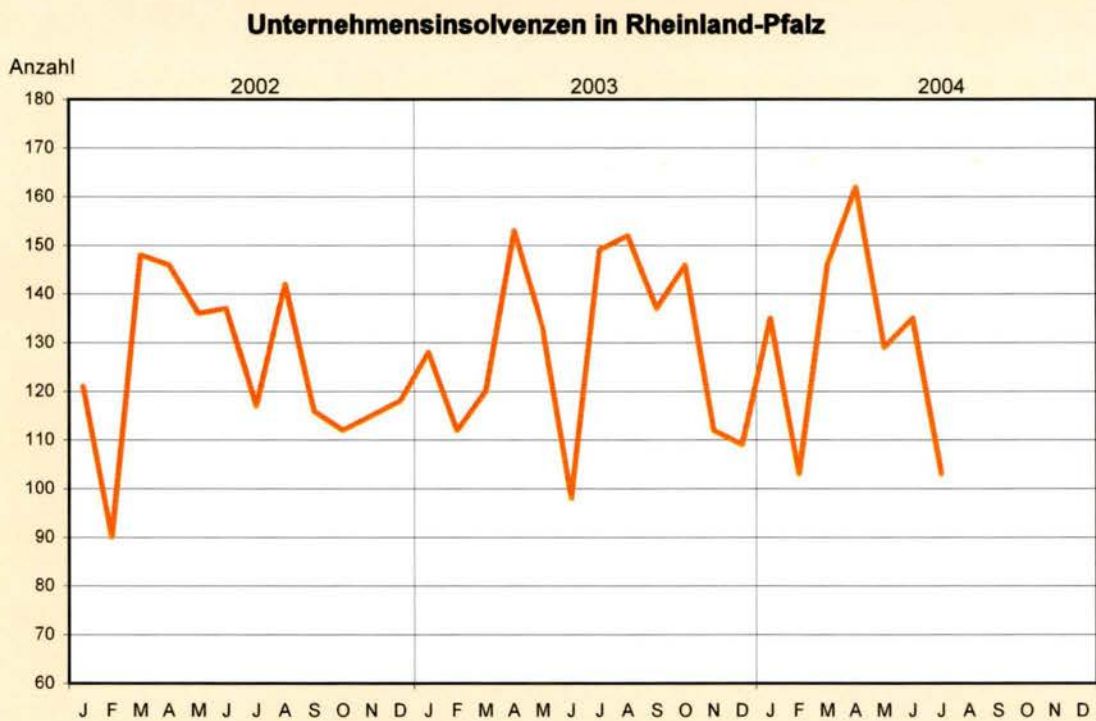
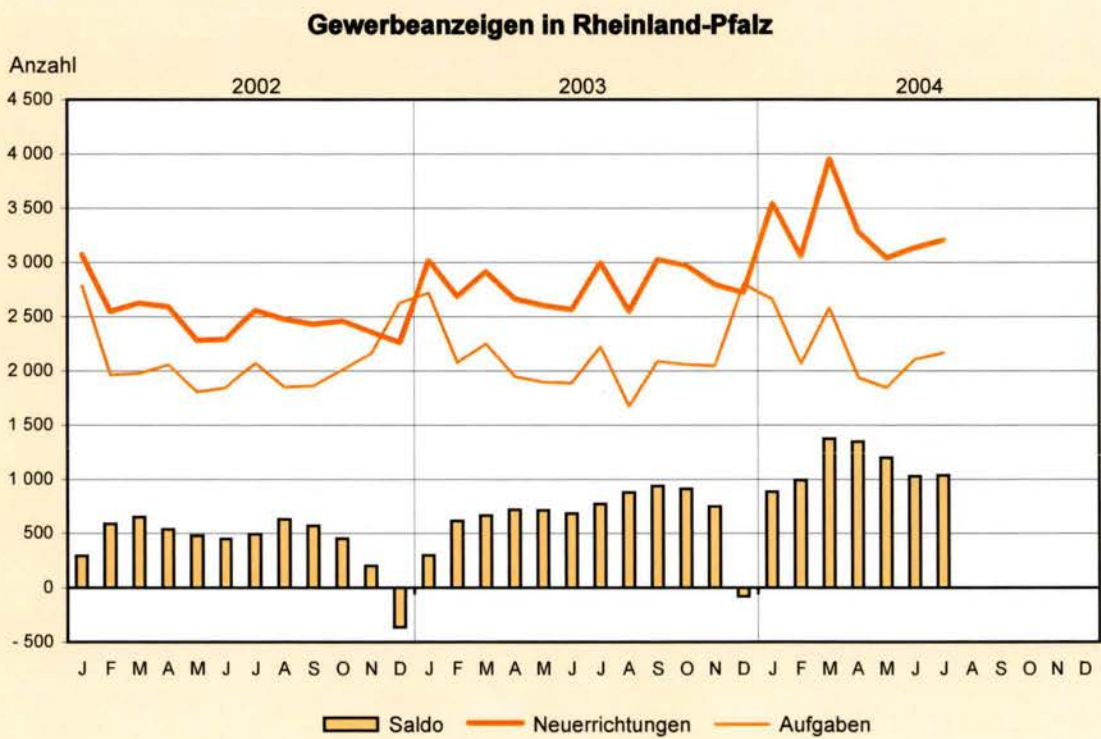
Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾ (Juli 2003 - Juni 2004)



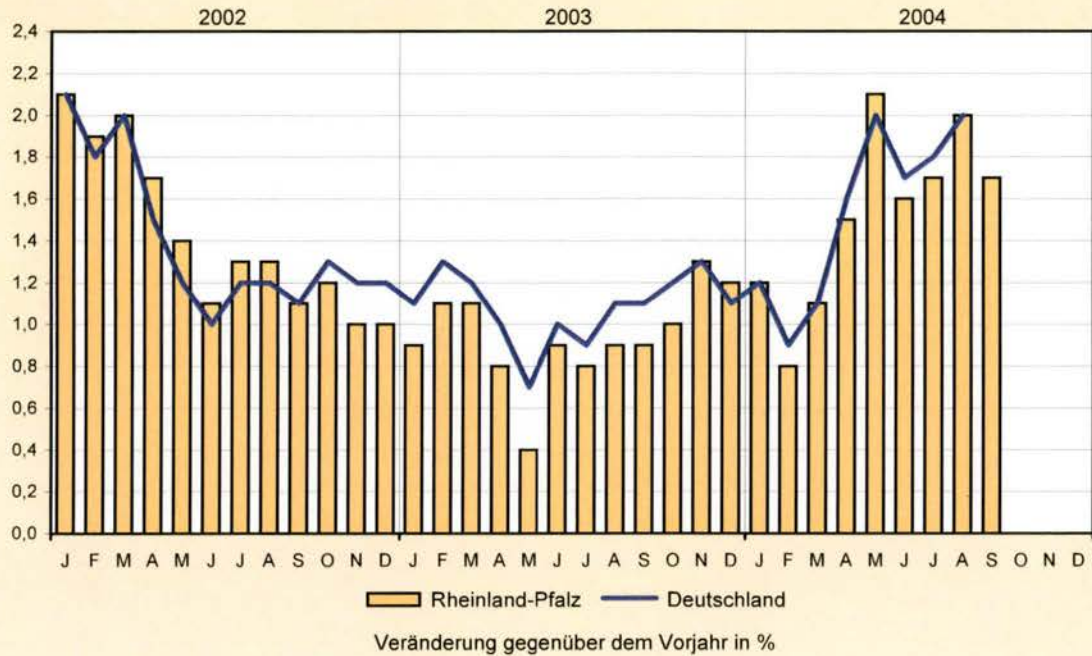
Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾ (Juli 2003 - Juni 2004)



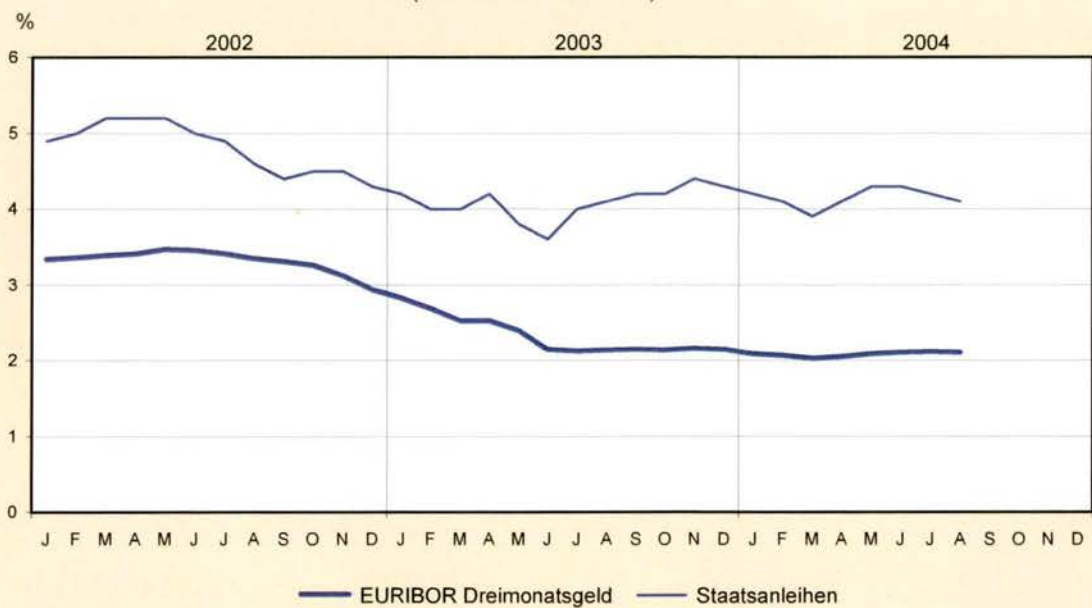
1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.



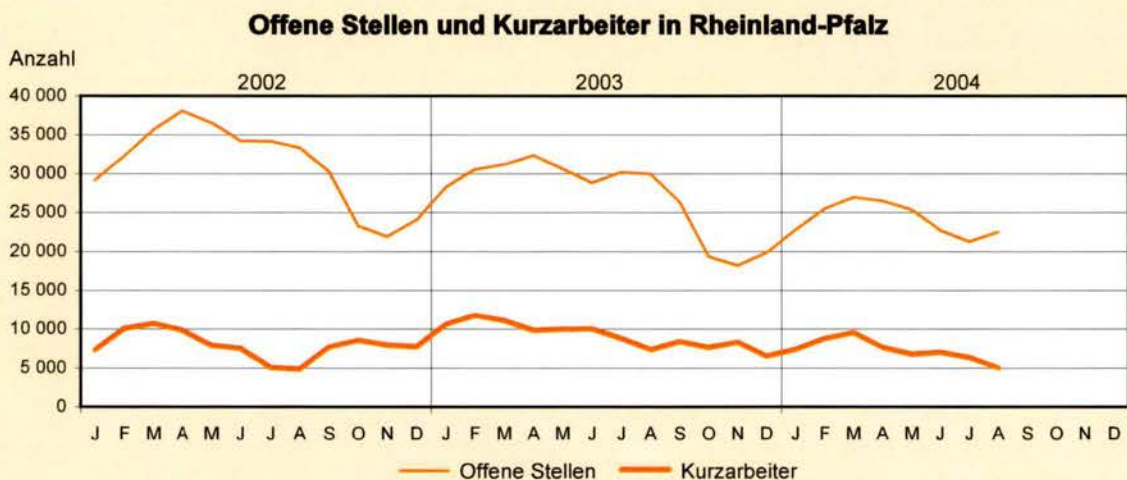
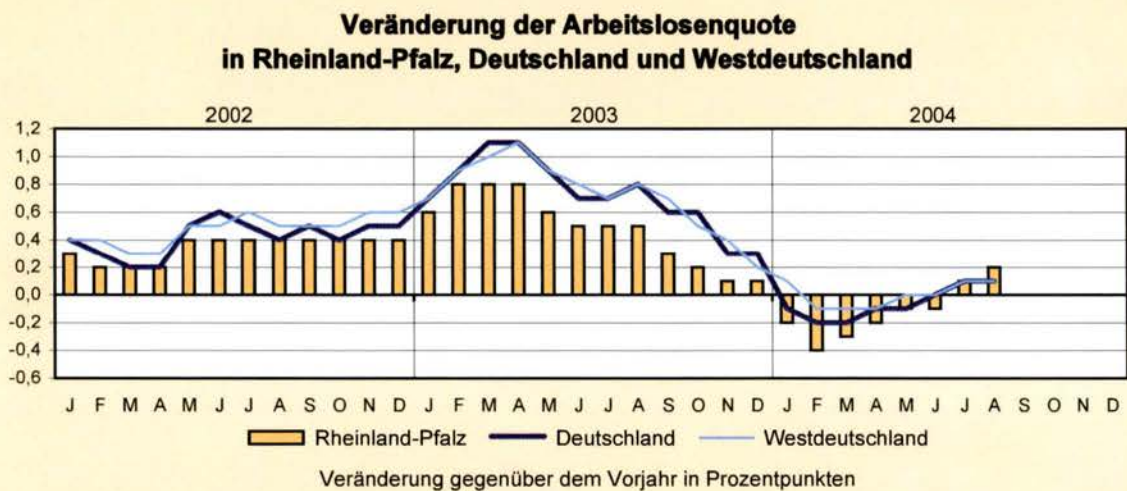
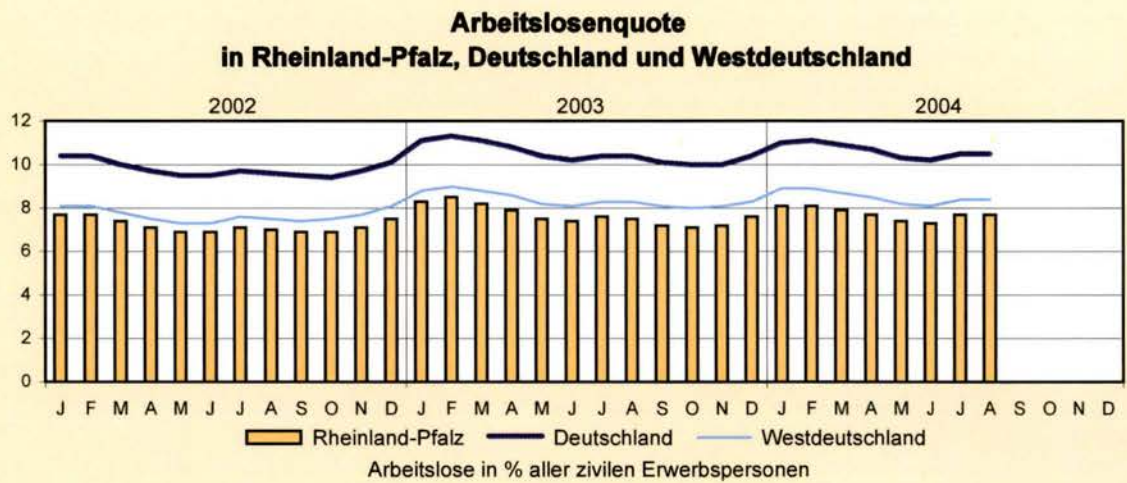
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



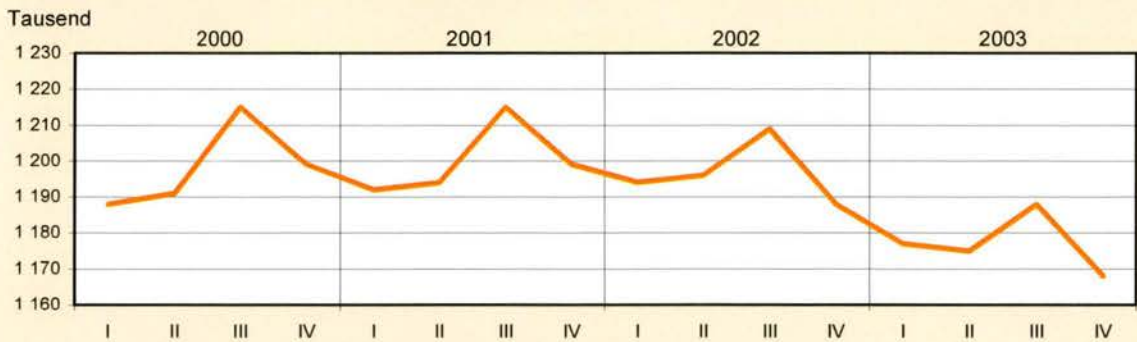
Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)



Quelle: Deutsche Bundesbank.



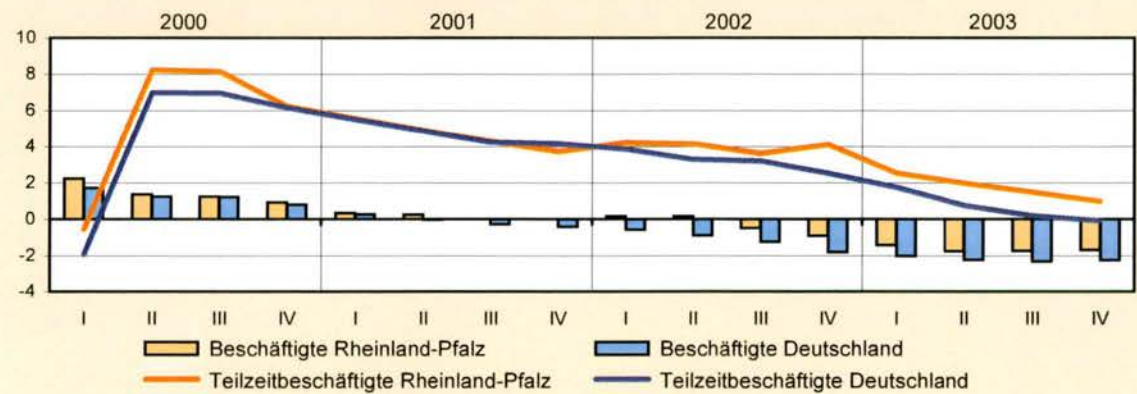
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte
am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



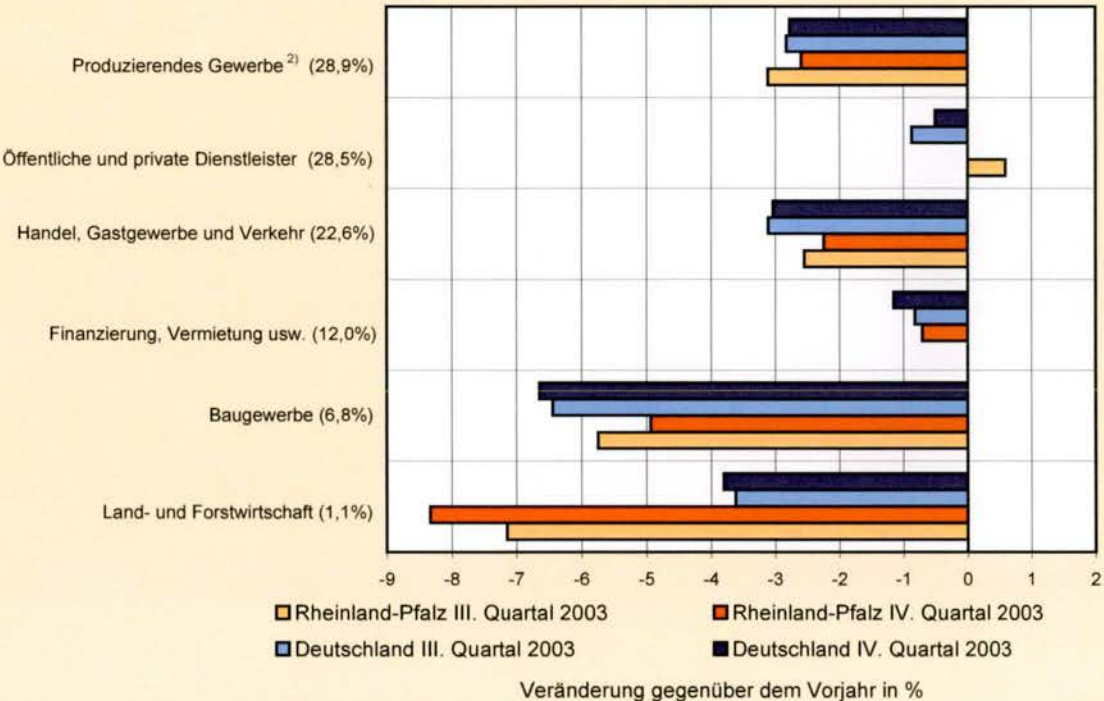
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am
Arbeitsort (Veränderungsraten)



1) Rechtsänderung zum 1. April 1999.

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
nach Wirtschaftsbereichen¹⁾**



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2003. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. September 2004.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerie, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilmbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie un-

bezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbstständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „StimmungsindeX“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ertragskraft ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien

Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 058 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 055	4 055	4 056	4 057	4 057	4 057	4 057
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	314	315	315	313	313	314	315
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 733	1 677	1 225	1 251	2 279	716	1 034	1 796	2 227
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 895	2 840	2 783	2 778	2 849	2 468	2 749	2 475	2 418
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,6	8,4	8,1	8,3	8,3	7,7	8,0	7,4	7,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 556	3 661	4 098	3 604	3 545	3 426	3 986	3 408	3 019
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,8	11,9	10,8	10,3	10,6	11,6	10,2	8,8
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	14	11	16	15	7	16	9	11
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	4,9	4,3	4,1	5,6	2,8	5,8	3,6	4,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 661	- 821	- 1 315	- 826	- 696	- 958	- 1 237	- 933	- 601
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,4	- 3,8	- 2,5	- 2,0	- 3,0	- 3,6	- 2,8	- 1,7
Wanderungen ⁸⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 258	8 406	5 492	8 822	7 676	6 331	8 077	7 494	7 075
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 694	2 346	1 746	2 475	2 267	1 784	2 239	2 032	2 248
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 875	7 505	6 042	7 177	6 455	5 905	7 152	6 654	6 167
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 724	1 849	881	1 914	1 576	1 686	2 130	1 898	1 849
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 382	900	- 550	1 645	1 221	426	925	840	908
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 953	12 821	8 123	13 872	11 938	10 220	13 104	12 265	11 060
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2000	2001	2002			2003			
		30.6.			30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 191	1 194	1 196	1 209	1 188	1 177	1 175	1 188	1 168
* Frauen	1 000	518	525	532	538	535	531	527	531	527
* Ausländer/-innen	1 000	77	78	76	77	72	72	72	73	69
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	184	193	201	201	203	203	205	204	205
* darunter Frauen	1 000	162	169	176	175	177	178	179	178	179
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	14	14	12	12	13	13	11
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	361	358	351	353	347	343	340	342	338
* Baugewerbe	1 000	92	88	85	87	81	78	80	82	77
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	268	268	271	275	268	265	265	268	262
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	134	138	141	144	142	141	141	144	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	322	327	334	336	338	337	335	338	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2004 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose ²⁾	Anzahl	143 665	154 664	149 113	153 685	152 215	150 021	148 128	154 915
* Frauen	Anzahl	63 014	66 055	64 037	66 972	67 190	64 004	63 913	67 771
* Männer	Anzahl	80 651	88 609	85 076	86 713	85 025	86 017	84 215	87 144
darunter									
Bauberufe	Anzahl	7 723	8 181	7 192	6 885	6 766	7 685	7 254	7 264
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	41 323	44 796	43 480	44 046	42 883	43 609	42 376	43 565
* Arbeitslosenquote ^{2,3)}	%	8,0	8,5	8,2	8,5	8,4	8,3	8,2	8,6
* Frauen	%	7,5	7,8	7,6	7,9	7,9	7,5	7,5	8,0
* Männer	%	8,3	9,2	8,8	9,0	8,8	9,0	8,8	9,1
* Ausländer/-innen	%	17,1	17,7	17,0	16,8	16,5	17,5	17,2	17,0
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,9	8,1	7,2	9,0	9,0	7,4	7,5	9,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	7 897	9 170	10 017	8 775	7 335	6 767	6 983	6 349
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 083	27 293	28 791	30 154	29 961	25 333	22 692	21 240
darunter									
Bauberufe	Anzahl	579	473	487	521	577	317	337	268
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 172	5 473	6 163	6 153	6 555	4 968	5 101	4 566
BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
		2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	802	988	770	646	855	584	561	649
insgesamt									
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	768	949	726	618	817	553	529	606
3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	35	39	44	28	38	31	32	43
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	1	5	-	1	1	-	6
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	96	125	108	93	133	49	54	62
private Haushalte	Anzahl	703	862	657	553	721	534	507	581
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 084	1 322	1 189	846	1 265	814	781	885
* Umbauter Raum	1 000 m ³	783	952	801	621	880	613	555	618
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	172	143	111	158	110	101	114
Wohnräume	Anzahl	6 159	7 525	6 257	5 002	6 855	4 794	4 406	5 016
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	176	217	181	143	202	144	131	142
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	139	128	140	135	161	118	129	144
insgesamt									
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	15	23	10	14	13	19	22
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	116	106	111	111	139	90	96	110
private Haushalte	Anzahl	8	6	6	14	8	15	14	15
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	33	16	14	18	19	10	15	6
* Umbauter Raum	1 000 m ³	778	661	705	624	740	935	444	731
* Nutzfläche	1 000 m ²	119	98	103	92	110	114	73	107
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	82	67	64	43	77	139	51	55
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 239	1 491	1 330	988	1 450	947	940	1 134
nahmen an bestehenden Gebäuden)									
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 147	8 660	7 321	5 940	7 963	5 633	5 460	6 196

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 434	10 393	10 029	9 169	9 867	10 604	9 915	10 526	10 000
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 801	2 693	2 477	1 921	2 324	2 819	2 121	2 302	2 178
* Kälber	t	22	18	14	10	12	29	19	14	13
* Schweine	t	7 511	7 595	7 443	7 156	7 460	7 639	7 687	8 126	7 731
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	10 321	9 621	9 456	9 157	9 382	10 122	9 717	9 492	9 082
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 988	64 148	70 323	66 336	67 079	65 244	68 857	65 277	65 787
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 384	2 260	2 264	2 265	2 261	2 176	2 186	2 193	2 196
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	296 590	288 559	288 375	288 302	287 820	280 777	280 551	280 945	281 370
* darunter Arbeiter/-Innen ⁵⁾	Anzahl	186 727	180 771	180 142	180 221	181 089	175 078	175 010	175 378	176 165
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h		36 381	36 641	34 893	37 392	36 039	34 706	36 221	36 066
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	892	889	967	939	848	861	960	915	847
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	464	455	465	481	441	438	457	475	435
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	429	434	502	458	407	422	503	439	413
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 183	5 230	5 191	5 191	5 299	5 489	5 324	5 776	5 507
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	2 748	2 779	2 768	2 745	2 845	2 930	2 900	3 096	2 954
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 362	1 366	1 383	1 391	1 368	1 495	1 425	1 598	1 496
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	116	98	95	94	112	104	113	102
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	956	968	942	960	992	953	895	969	955
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 590	1 666	1 661	1 651	1 629	1 712	1 724	1 784	1 676
Fahrzeugbau	Mill. EUR	710	751	750	720	741	846	787	905	826
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 263	2 348	2 352	2 324	2 315	2 479	2 448	2 657	2 528
Exportquote ⁸⁾	%	43,7	44,9	45,3	44,8	43,7	45,2	46,0	46,0	45,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,5	99,6	95,7	99,5	102,6	108,5	100,2	109,8	110,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	98,5	99,1	96,9	99,9	104,0	104,2	99,3	110,4	109,9
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	99,6	100,5	95,8	99,4	101,9	114,5	104,7	110,4	114,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,2	89,1	77,9	79,0	84,9	93,6	85,4	107,0	92,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	109,4	103,1	94,3	106,0	102,8	118,4	94,1	104,1	106,5
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	102,6	102,3	98,0	106,3	106,9	107,1	102,6	116,3	118,7
Fahrzeugbau	2000=100	97,8	105,2	101,6	101,7	107,5	124,5	112,0	111,4	122,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	87	87	87	86	86	86	86
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 936	10 660	10 712	10 646	10 516	10 412	10 388	10 416	10 281
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 394	1 363	1 352	1 285	1 420	1 310	1 277	1 344	1 328
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	34	34	32	33	32	33	31	32	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	542	640	493	490	558	620	658	526	555
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	530	624	482	479	546	607	644	514	541

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeiterstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	42 573	39 526	39 711	40 054	39 695	37 189	37 133	36 778	36 784
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 142	3 967	4 324	4 295	4 845	4 045	3 878	4 245	4 133
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 579	1 568	1 729	1 734	2 020	1 618	1 573	1 779	1 709
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 083	995	1 081	1 010	1 088	971	931	925	942
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 480	1 404	1 514	1 551	1 737	1 456	1 374	1 541	1 482
darunter Straßenbau	1 000 h	676	639	703	714	807	708	675	783	740
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	95	90	91	91	95	87	82	87	86
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	71	67	69	68	72	65	61	63	64
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	23	22	24	23	22	21	24	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	332	337	346	392	310	320	351	366
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	107	106	115	107	131	105	106	114	120
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	101	92	97	92	100	83	85	90	93
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	133	125	143	161	122	129	147	154
darunter Straßenbau	Mill. EUR	62	56	52	68	68	51	55	64	64
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2002	2003	2002	2003			2004		
		Durchschnitt		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	386	368	378	369	370	368	365	331	331
* Beschäftigte ^{7) 8)}	Anzahl	13 214	12 338	12 822	12 143	12 333	12 495	12 381	11 569	11 497
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 923	3 677	3 836	3 536	3 643	3 813	3 715	3 446	3 467
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	87	80	92	75	81	80	86	73	75
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	61	57	64	53	57	58	62	52	54
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	26	23	27	22	23	22	24	21	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	281	270	336	198	262	273	348	195	244
HANDEL										
		2002	2003				2004			
Großhandel ^{9) 7)}		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2000=100	91,0	86,5	87,2	86,7	87,0	84,5	84,1	84,4	84,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	95,8	91,5	91,4	90,9	93,6	96,9	95,1	96,1	97,2
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	93,6	94,6	95,7	92,5	98,6	98,3	93,1	96,8	96,8
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	92,6	92,2	93,6	90,3	96,8	93,8	88,3	92,4	92,2
Einzelhandel ^{9) 9)}										
* Beschäftigte	2000=100	101,4	100,6	100,1	100,1	100,3	100,8	100,4	100,2	100,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,8	105,0	103,7	104,2	105,4	106,7	106,4	106,4	106,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,3	101,3	103,4	97,4	102,3	106,0	100,3	100,5	103,0
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,8	99,7	101,8	95,8	100,9	104,2	98,5	98,7	101,4
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{9) 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	101,0	100,9	101,4	101,4	102,1	101,7	102,4	102,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,8	103,0	104,2	105,9	104,2	111,8	112,6	113,2	114,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,6	103,9	106,7	105,3	113,1	114,2	107,3	110,8	107,2
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,1	101,5	104,6	103,1	110,3	110,3	103,4	106,8	103,3
GASTGEWERBE ⁹⁾										
* Beschäftigte	2000=100	99,8	99,8	101,0	102,5	103,0	99,2	102,4	102,7	103,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,6	103,5	104,2	106,7	107,9	106,2	110,9	110,6	110,8
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,0	99,4	106,7	106,3	107,0	93,6	104,0	99,5	101,6
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	94,6	93,2	100,4	99,8	99,9	87,6	97,0	92,8	93,9

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gästeankünfte	1 000	554	560	706	729	763	557	742	734	781
* darunter von Auslandsgästen	1 000	120	122	142	155	224	124	158	156	227
* Gästeübernachtungen	1 000	1 654	1 658	1 967	2 096	2 454	1 565	2 065	2 004	2 364
* darunter von Auslandsgästen	1 000	367	373	402	440	838	321	445	432	754
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 279	10 305	9 835	10 821	10 180	9 908	9 677	10 503	10 286
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 548	1 540	1 532	1 724	1 856	1 275	1 439	1 713	1 732
* Getötete Personen	Anzahl	30	30	37	40	31	26	20	24	27
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	18	17	20	22	14	15	10	13	15
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	9	11	7	3	6	8	7
Radfahrer	Anzahl	2	2	4	-	4	2	1	2	3
Fußgänger	Anzahl	4	3	1	4	2	3	2	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	2 043	2 042	2 059	2 242	2 464	1 649	1 829	2 214	2 287
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	406	409	404	479	502	324	396	473	468
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	202	203	186	199	213	178	188	219	207
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	95	109	138	158	64	112	133	121
Radfahrer	Anzahl	49	51	54	83	79	24	39	73	73
Fußgänger	Anzahl	44	40	34	39	34	41	39	34	45
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 836	13 931	16 597	15 791	15 145	17 308	16 193	14 452	16 479
darunter										
Krafträder	Anzahl	889	898	1 829	1 483	1 325	1 798	1 825	1 338	1 613
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	13 776	11 897	13 482	13 066	12 702	14 080	12 936	11 940	13 536
* Lastkraftwagen	Anzahl	803	741	727	786	731	829	776	732	852
* Zugmaschinen	Anzahl	197	196	241	237	223	313	373	255	304
Personenbeförderung										
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000 Mill.	2002	2003	2002	2003			2004		
		Durchschnitt	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	-	-	-	-	-	-	71 535 623	70 036 654	
Binnenschifffahrt										
		2002	2003			2004				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gütereingang	1 000 t	1 239	1 125	1 248	1 374	1 253	1 197	1 165	1 146	1 241
* Güterversand	1 000 t	785	756	848	860	728	843	817	811	847
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 213	2 362	2 370	2 576	2 354	2 771	2 572	2 753	2 711
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	152	154	150	187	156	173	145	196	175
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 061	2 094	2 103	2 264	2 083	2 464	2 304	2 413	2 396
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	18	23	15	20	19	18	103	16
* Halbwaren	Mill. EUR	78	78	73	90	75	90	90	91	90
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 965	1 997	2 007	2 158	1 988	2 355	2 196	2 219	2 291
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	609	661	653	691	624	746	672	680	729
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 356	1 337	1 354	1 467	1 365	1 608	1 524	1 539	1 562

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 645	1 759	1 800	1 908	1 804	2 066	1 907	2 005	1 972
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 331	1 417	1 466	1 558	1 426	1 843	1 710	1 783	1 734
Belgien	Mill. EUR	146	140	154	170	133	134	126	138	119
Luxemburg	Mill. EUR	29	28	22	32	28	36	32	26	38
Dänemark	Mill. EUR	32	32	33	35	32	32	33	27	34
Finnland	Mill. EUR	17	19	20	33	18	20	20	17	22
Frankreich	Mill. EUR	296	319	333	333	331	418	367	345	372
Griechenland	Mill. EUR	23	22	25	24	22	32	28	29	39
Großbritannien	Mill. EUR	177	188	211	186	182	234	197	203	230
Irland	Mill. EUR	9	11	11	11	10	12	13	13	12
Italien	Mill. EUR	182	187	190	195	201	217	200	192	216
Niederlande	Mill. EUR	134	147	147	210	144	145	129	234	137
Österreich	Mill. EUR	98	107	102	105	108	123	131	125	118
Schweden	Mill. EUR	37	43	40	43	38	55	52	50	42
Spanien	Mill. EUR	130	155	162	167	156	177	163	159	175
Portugal	Mill. EUR	19	19	19	16	22	24	29	15	17
* Afrika	Mill. EUR	47	50	61	64	55	62	57	56	69
* Amerika	Mill. EUR	241	260	230	243	245	285	287	339	306
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	180	201	174	189	174	203	214	261	219
* Asien	Mill. EUR	260	271	257	340	228	333	298	329	341
darunter nach Japan	Mill. EUR	44	50	54	45	36	43	36	44	52
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	18	21	22	20	21	25	23	24	22
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 473	1 561	1 621	1 632	1 513	1 750	1 559	1 566	1 756
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	147	147	151	158	147	186	183	185	180
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 326	1 278	1 330	1 332	1 230	1 411	1 246	1 229	1 403
davon										
Rohstoffe	Mill. EUR	41	36	19	50	42	55	44	50	50
* Halbwaren	Mill. EUR	176	161	175	187	146	217	156	140	201
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 109	1 080	1 136	1 095	1 042	1 140	1 047	1 039	1 152
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	266	279	279	265	277	264	264	295
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	834	814	857	816	777	863	783	775	857
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 164	1 248	1 283	1 318	1 242	1 404	1 222	1 253	1 398
darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	941	1 020	1 059	1 072	1 026	1 260	1 095	1 126	1 266
Belgien	Mill. EUR	147	175	209	196	185	191	175	181	193
Luxemburg	Mill. EUR	27	24	20	25	24	26	25	22	29
Dänemark	Mill. EUR	33	32	31	36	24	38	17	36	34
Finnland	Mill. EUR	7	7	4	6	5	7	5	6	5
Frankreich	Mill. EUR	217	243	232	250	243	312	230	283	283
Griechenland	Mill. EUR	3	3	4	2	2	3	4	5	2
Großbritannien	Mill. EUR	68	65	72	71	53	69	64	58	68
Irland	Mill. EUR	12	21	21	13	25	9	9	11	14
Italien	Mill. EUR	104	107	113	103	105	109	97	94	102
Niederlande	Mill. EUR	168	184	177	195	195	199	147	170	243
Österreich	Mill. EUR	46	45	41	36	46	49	68	46	52
Schweden	Mill. EUR	31	32	57	37	35	42	27	48	41
Spanien	Mill. EUR	59	71	65	71	76	65	74	69	85
Portugal	Mill. EUR	18	13	13	34	11	11	8	10	8
* Afrika	Mill. EUR	29	24	36	25	15	37	36	21	42
* Amerika	Mill. EUR	126	138	150	126	115	149	147	124	144
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	106	111	113	87	98	104	113	99	119
* Asien	Mill. EUR	148	147	147	158	133	156	150	164	162
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	31	37	30	36	24	27	25	30
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	4	5	5	8	4	4	4	9
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 065	3 278	3 072	2 997	3 467	3 822	3 485	3 604	3 722
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 630	2 658	2 374	2 382	2 779	2 501	2 317	2 570	2 700

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –

2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Anzahl	344	399	392	344	454	494	444	438	419
* Insgesamt	Anzahl	125	129	133	98	149	162	129	135	103
* Unternehmen	Anzahl	106	155	165	132	176	218	205	173	193
* Verbraucher	Anzahl	74	100	79	94	115	102	102	115	109
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	39	16	15	20	14	12	8	15	14
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe										
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	133	121	164	85	92	109	90	112	116
HANDWERK ²⁾		2002		2002	2003			2004		
		Durchschnitt		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	.	98,2	.	98,1	98,0	100,0	96,6	93,1	92,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	.	100,0	.	86,0	101,3	103,4	109,2	85,4	98,2
PREISE		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	103,4	104,3	104,5	104,4	104,3	106,0	106,3	106,5	106,1
VERDIENSTE ⁶⁾		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 465	2 531	2 447	2 535	2 559	2 540	2 504	2 599	...
* Männer	EUR	2 537	2 602	2 514	2 608	2 632	2 611	2 574	2 675	...
* Frauen	EUR	1 853	1 909	1 880	1 893	1 916	1 925	1 910	1 930	...
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,00	15,38	15,29	15,34	15,48	15,37	15,48	15,67	...
* Männer	EUR	15,41	15,79	15,73	15,74	15,89	15,76	15,91	16,09	...
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,51	16,96	16,93	16,94	17,10	16,87	16,99	17,20	...
angelernte Arbeiter	EUR	14,73	15,12	14,96	15,02	15,19	15,19	15,36	15,60	...
Hilfsarbeiter	EUR	12,48	12,60	12,50	12,58	12,62	12,64	12,68	12,66	...
* Frauen	EUR	11,48	11,78	11,64	11,67	11,85	11,84	11,82	11,90	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,66	10,97	10,83	10,86	11,03	11,05	11,02	11,04	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,8	37,9	36,8	38,0	38,0	38,0	37,2	38,2	...
Arbeiter	h	37,9	37,9	36,8	38,1	38,1	38,1	37,2	38,3	...
Arbeiterinnen	h	37,2	37,3	37,2	37,3	37,2	37,4	37,2	37,3	...
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 572	3 686	3 625	3 640	3 689	3 736	3 766	3 785	...
* Männer	EUR	3 849	3 957	3 895	3 912	3 960	4 009	4 053	4 069	...
* Frauen	EUR	2 776	2 888	2 837	2 843	2 899	2 930	2 927	2 946	...
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 284	3 394	3 358	3 359	3 395	3 431	3 442	3 475	...
Männer	EUR	3 779	3 882	3 858	3 854	3 874	3 915	3 945	3 981	...
Frauen	EUR	2 712	2 821	2 774	2 780	2 832	2 858	2 848	2 872	...
* technische Angestellte	EUR	3 798	3 909	3 831	3 856	3 917	3 970	4 020	4 028	...
Männer	EUR	3 882	3 991	3 912	3 939	3 999	4 052	4 104	4 110	...
Frauen	EUR	3 014	3 136	3 071	3 076	3 144	3 194	3 225	3 233	...
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 687	2 780	2 718	2 734	2 760	2 850	2 871	2 857	...
* Männer	EUR	2 982	3 068	2 996	3 021	3 047	3 142	3 164	3 139	...
* Frauen	EUR	2 303	2 393	2 350	2 343	2 367	2 461	2 476	2 474	...
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 700	2 791	2 727	2 741	2 766	2 867	2 893	2 883	...
Männer	EUR	3 060	3 133	3 061	3 081	3 105	3 215	3 246	3 223	...
Frauen	EUR	2 308	2 401	2 356	2 350	2 375	2 470	2 486	2 487	...
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 140	3 246	3 185	3 208	3 247	3 294	3 323	3 324	...

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002		2003			2004		
		Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	113 760	115 671	112 720	108 375	112 393	112 230	112 953
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	13 528	15 970	13 155	12 693	12 574	12 674	12 524
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	10 873	10 601	10 407	10 490	10 702	10 424	9 987
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	89 359	89 100	89 158	85 192	89 117	89 132	90 442
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	107 311	109 284	106 612	102 136	106 242	106 093	106 903
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	94 544	93 830	93 847	89 272	92 997	93 207	93 794
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 767	15 454	12 765	12 864	13 245	12 886	13 109
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 449	6 387	6 108	6 239	6 151	6 137	6 050
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	82 347	82 328	83 542	83 980	86 842	86 538	87 046
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	21 481	21 523	22 590	22 381	24 439	23 574	24 394
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	24 970	25 136	25 576	26 445	26 769	27 559	27 485
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 654	5 373	5 226	5 132	5 130	5 044	5 061
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	30 242	30 296	30 150	30 022	30 504	30 361	30 106
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	79 736	79 774	80 754	81 484	84 429	83 882	84 093
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	77 529	77 756	78 360	79 023	81 863	82 012	82 095
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 207	2 018	2 394	2 461	2 566	1 870	1 998
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	2 611	2 554	2 788	2 496	2 413	2 656	2 953
STEUERN		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 053	2 084	2 465	1 836	1 970	2 525	2 231	1 784	1 857
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	712	733	1 156	472	702	1 042	917	440	449
Lohnsteuer	Mill. EUR	615	636	555	520	823	782	483	494	457
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. EUR	120	121	-	-	355	324	-	-	341
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	16	5	224	- 84	- 33	- 58	248	- 69	- 34
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	36	195	29	26	189	46	30	11
Zinsabschlag	Mill. EUR	25	23	8	11	44	23	6	10	9
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. EUR	5	5	-	-	35	16	-	-	56
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	33	174	- 4	- 159	105	134	- 25	6
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- erlegung	Mill. EUR	- 30	- 10	-	-	- 88	48	-	-	- 22
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 340	1 351	1 309	1 364	1 269	1 483	1 314	1 344	1 408
Umsatzsteuer	Mill. EUR	369	354	339	369	310	395	327	352	418
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	971	997	971	995	959	1 088	987	992	990
Zölle	Mill. EUR	92	96	87	91	100	107	107	117	125
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	129	114	77	75	107	95	83
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	70	66	64	79	48	35	53	64	52
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	33	60	24	21	33	47	23	22

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landes-
zentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	84	78	71	90	92	81	75
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	1	1	0	1	1	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	9	10	19	13	7	23	17	8	10
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	13	15	15	14	14	14	16	15	16
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	34	33	34	36	29	34	38	36	35
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	12	13	8	11	17	13	12	17	9
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	3	0	0	1	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	4	4	3	4	4
		2002	2003	2002	2003			2004		
		Durchschnitt	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	366	350	364	303	382	376	341	355	447
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	5	4	4	5	6	3	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	95	97	86	89	103	108	88	91	107
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	248	240	267	201	261	254	243	251	323
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	18	10	7	8	12	8	6	8	13
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	574	546	664	414	551	558	663	468	609
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	185	160	155	154	202	169	113	227	262
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	242	247	367	145	200	239	405	127	191
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	45	13	28	28	47	11	31
		2002	2003			2004				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	560	577	796	477	504	765	637	481	616
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	84	78	71	90	92	81	75
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	252	263	463	147	232	412	346	131	294
Lohnsteuer	Mill. EUR	211	220	186	171	299	282	155	159	288
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	2	95	- 36	- 14	- 25	106	- 29	- 14
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	14	92	9	6	93	16	8	- 0
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	10	3	5	19	10	3	4	28
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	4	17	87	- 2	- 79	53	67	- 12	- 8
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	219	220	249	204	194	261	200	218	244
Umsatzsteuer	Mill. EUR	157	155	175	152	126	180	141	160	191
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	65	74	52	69	81	58	59	52
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	8	0	22	3	0	0	16	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	0	4	1	0	0	6	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	6	7	0	18	3	1	0	24	2
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	0	4	1	0	0	5	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 103	1 116	1 310	1 028	1 011	1 246	1 136	939	1 102
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	129	114	77	75	107	95	83
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	307	317	519	202	288	465	403	187	350
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	678	683	663	690	643	706	627	640	667
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	8	0	22	3	0	0	16	1

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

September

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im
4. Vierteljahr 2003 (vorläufige
Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200344

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Gerichtliche Ehelösungen im
Jahr 2003
Bestellnr.: A2023 200300

Abschlussprüfungen an
Hochschulen im Prüfungsjahr 2003
(Wintersemester 2002/03 und
Sommersemester 2003)
Bestellnr.: B3033 200300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über
Feldfrüchte und Grünland –
Getreide- und Winterrapsernte 2004
– (vorläufiges Ergebnis)
Bestellnr.: C2023 200400

Ernteberichterstattung über Gemüse
und Obst im Juli 2004
Bestellnr.: C2033 200403

Wachstumstand der Reben Ende Juli
2004 (Berichtszeitraum 6.-30. Juli)
Bestellnr.: C2063 200402

Milcherzeugung und -verwendung,
Schlachtungen, Legehennenhaltung
und Eiererzeugung April-Juni 2004
Bestellnr.: C3053 200442

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für
das verarbeitende Gewerbe im
Juni 2004
Bestellnr.: E1033 200406

Bauhauptgewerbe im Juni 2004 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200406

Ausbaugewerbe 2003 –
Bauinstallation und sonstiges
Baugewerbe (vierteljährliche
Erhebung)
Bestellnr.: E3013 200300

Ausbaugewerbe im 2. Quartal 2004
– Bauinstallation und sonstiges
Baugewerbe (vierteljährliche
Erhebung)
Bestellnr.: E3023 200442

Umsatz und Beschäftigte im
Handwerk im 2. Vierteljahr 2004
Bestellnr.: E5023 200442

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2004
Bestellnr.: F2033 200407

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im
Einzelhandel und im Gastgewerbe
im Juni 2004
Bestellnr.: G1023 200406

Aus- und Einfuhr 2002
Bestellnr.: G3013 200200

Aus- und Einfuhr im Mai 2004
Bestellnr.: G3023 200405

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2004
Bestellnr.: H1023 200405

Sozialleistungen

Ausgaben und Einnahmen nach
dem Asylbewerberleistungsgesetz
2003
Bestellnr.: K1133 200300

Wohngeld im Jahr 2003
Bestellnr.: F2043 200300

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – 1. April bis 30. Juni 2004
Bestellnr.: L2023 200442

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im August 2004
Bestellnr.: M1013 200408

Gesamtrechnungen

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2002
Bestellnr.: P1053 200200

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1996 bis 2002
Bestellnr.: P1043 200200

Umwelt

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wasser-gefährdenden Stoffen 2003
Bestellnr.: Q1053 200300

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Schulverzeichnis Berufsbildende Schulen und Schulen des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz – Schuljahr 2003/2004
Bestellnr.: B2004 200400

Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätigenrechnung – 20 Jahre Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder – Sonderheft S. 2, Teil 1 / Porträt, Arbeitsweise, Datenangebot (kostenloser Download unter <http://www.statistikportal.de>)

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994 bis 2002 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
Bestellnr.: P1035 200200 (E-Mail-Versand)

Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2002 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2
Bestellnr.: P1095 200200 (E-Mail-Versand)

Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2002 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
Bestellnr.: P1105 200200 (E-Mail-Versand)

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR

Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und
entgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quel-
lengabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über
elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen
Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.